

## 39. Sitzung

am Donnerstag, dem 27. Oktober 1955, 9 Uhr  
in München

Geschäftliches . . . 1205, 1206, 1208, 1209, 1225, 1245, 1251

Antrag der Abg. Meixner u. Frakt. betr. **Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Überprüfung der Vorgänge um die Erteilung der Spielbankkonzessionen** (Beil. 845)

Zusatzantrag der Abg. von Knoeringen u. Frakt., Klotz u. Frakt., Dr. Becher u. Frakt., Dr. Eberhardt u. Frakt.

Stock (SPD)	1206, 1207
Meixner (CSU)	1207, 1208
Kiene (SPD)	1207
Dr. Lacherbauer (BP)	1207
Dr. Becher (GB/BHE)	1208
Dr. Eberhardt (FDP)	1208

Beschlüsse und Abstimmungen . . . 1206, 1207, 1208

**Interpellation** der Abg. von Knoeringen u. Frakt., Klotz u. Frakt., Dr. Becher u. Frakt., Dr. Eberhardt u. Frakt. betr. **Personelle Veränderungen im Kultusministerium** (Beil. 879) und

**Interpellation** des Abg. Meixner u. Frakt. betr. **Geschäftsverteilung des Bayer. Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 3. Oktober 1955** (Beil. 907)

Fortsetzung der Aussprache

Dr. Seidel (CSU)	1209
Dr. Hundhammer (CSU)	1209
Staatssekretär Dr. Meinzolt	1220

(Unterbrechung der Sitzung)

Dr. Brücher (FDP)	1225
Pittroff (SPD)	1229
Bantele (BP)	1238
Dr. Wüllner (GB/BHE)	1242
Eberhard (CSU), zur Geschäftsordnung	1245
Stock (SPD), zur Geschäftsordnung	1246

Vertagung . . . 1246

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des **Gesetzes zur Ausführung des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes** (Beil. 794)

— Zweite Lesung —

Berichte des Sozialpolitischen (Beil. 892), des Haushalts- (Beil. 909) und des Verfassungsausschusses (Beil. 910)

Dr. Dehler (FDP), Berichterstatter	1246
Klammt (GB/BHE), Berichterstatter	1247
Loos (SPD), Berichterstatter	1247
Abstimmung	1247

— Dritte Lesung —

Abstimmung	1248
Schlußabstimmung	1248

Antrag des Abg. Dr. Eberhardt u. Frakt. betr. **Einleitung von Hilfsmaßnahmen für die zu erwartenden Rußlandheimkehrer** (Beil. 784)

Berichte des Sozialpolitischen (Beil. 826) und des Haushaltsausschusses (Beil. 911)

Strenkert (CSU), Berichterstatter	1248
Gabert (SPD), Berichterstatter	1248
Beschluß	1249

Antrag des Abg. Dr. Becher betr. **Gewährung von Kriegsgefangenen-Entschädigung für Zivilinternierte in den Oststaaten** (Beil. 877)

Berichte des Sozialpolitischen (Beil. 893) und des Haushaltsausschusses (Beil. 912)

Seifert (SPD), Berichterstatter	1249
Riediger (GB/BHE), Berichterstatter	1250
Beschluß	1250

Dringlichkeitsantrag der Abg. Riediger, Luft u. Frakt., Klotz, Bantele u. Frakt., Berger u. Gen., Demeter u. Gen. und Muth betr. **Aussetzung der Verhandlungen über Mieterpreiserhöhungen für ehemalige Kasernenkomplexe** (Beil. 913)

Bericht des Wirtschaftsausschusses (Beil. 913)

Nerlinger (BP), Berichterstatter	1250
Beschluß	1250

Persönliche Erklärung des Abg. Dr. Lippert . . . 1251

Nächste Sitzung . . . 1251

Beginn der Sitzung: 9 Uhr 8 Minuten.

**Präsident Dr. Ehard:** Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wir nehmen die gestern unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich übergebe die Liste der Entschuldigten zum Protokoll. \*)

\*) Nach Artikel 5 Absatz 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt oder beurlaubt die Abgeordneten Dr. Billinger, Essl, Fürst Fugger von Glött, Lechner, Luft, Dr. Oechsle, Reißerweber, Strobl, Ullrich, Wölfel.

**(Präsident Dr. Ehard)**

Für die Fortsetzung unserer Tagesordnung schlage ich folgendes vor: Wir nehmen zunächst den Punkt, der an sich für heute vorgesehen war, vorweg, nämlich die Bildung eines Untersuchungsausschusses; dann wird der Herr Abgeordnete Dr. Seidel eine Erklärung zu der gestrigen Sitzung abgeben; danach wollen wir die Aussprache über die Interpellation fortsetzen und schließlich die Tagesordnung, soweit sie noch im Nachtrag vorliegt, erledigen. — Ich darf feststellen, daß mit dieser Sachbehandlung Einverständnis besteht.

Ich möchte noch eines vorwegnehmen. Es ist mir soeben ein Dringlichkeitsantrag vorgelegt worden, der lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, für Spätestheimkehrer-Polizeioffiziere unverzüglich solche Stellen außerplanmäßig in Anspruch zu nehmen, die mindestens der zuletzt bekleideten Besoldungsgruppe entsprechen, und sie in dieser Höhe auch dann zu besolden, wenn sie vorerst eine entsprechende Tätigkeit noch nicht ausüben können.

Meixner  
und Fraktion.

Ich würde dem Hohen Hause empfehlen, diesen Dringlichkeitsantrag dem Besoldungsausschuß und dem Haushaltsausschuß zu überweisen. Besteht dagegen eine Erinnerung? — Das ist nicht der Fall; dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf den

**Antrag der Abgeordneten Meixner und Fraktion betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Überprüfung der Vorgänge um die Erteilung der Spielbankkonzessionen (Beilage 845),**

sowie den hierzu gestellten

**Zusatzantrag der Abgeordneten von Knoeringen und Fraktion, Klotz und Fraktion, Dr. Becher und Fraktion, Dr. Eberhardt und Fraktion.**

Es ist der Antrag gestellt, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Sie finden den Wortlaut des Antrags auf Beilage 845. Ich darf ihn gleich verlesen:

Der Landtag wolle beschließen:

Zur Überprüfung der Vorgänge um die Erteilung der Spielbankkonzessionen und zur Überprüfung der Vorgänge, die in der Landtagssitzung vom 6. Oktober 1955 bei der Begründung der CSU-Interpellation vorgetragen wurden, wird ein Untersuchungsausschuß gemäß Art. 25 BV. eingesetzt.

Hierzu ist ein Zusatzantrag von den Koalitionsparteien gestellt, der folgendermaßen lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Antrag der CSU-Fraktion auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Über-

prüfung der Vorgänge um die Erteilung der Spielbankkonzessionen wird folgender Absatz beigelegt:

Der Untersuchungsausschuß wird seine Arbeiten sofort beginnen und in der Vollversammlung vom 22. November 1955 zum mindesten einen Zwischenbericht erstatten.

Dazu darf ich folgendes sagen. Ein Untersuchungsausschuß ist einzusetzen, wenn eine bestimmte Anzahl von Abgeordneten dies verlangt. Nachdem vom ganzen Haus der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gestellt ist, darf ich zunächst die Frage stellen: Wer ist gegen die Einsetzung eines solchen Untersuchungsausschusses? — Stimmenthaltungen? — Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses ist einstimmig beschlossen.

Nach § 46 der Geschäftsordnung besteht ein Untersuchungsausschuß in der Regel aus sieben Mitgliedern. Es muß aber jede Fraktion mit mindestens einem Mitglied vertreten sein; die endgültige Zahl der Mitglieder eines Untersuchungsausschusses bestimmt die Vollversammlung des Landtags von Fall zu Fall, ohne daß aus einer Bestimmung irgendein Präjudiz gezogen werden kann. Es wird also zunächst notwendig sein, die Zahl festzusetzen; sodann wird es notwendig sein, die Verteilung der Sitze innerhalb dieser festgesetzten Zahl vorzunehmen, ferner die Personen und ihre Stellvertreter zu bestimmen und schließlich den Vorsitzenden und den Stellvertreter zu benennen. Das alles ist Aufgabe der Vollversammlung und muß also hier geschehen.

Nachdem der Untersuchungsausschuß vom gesamten Haus beschlossen ist, kann der Vorsitzende und der Stellvertreter aus allen Mitgliedern bestimmt werden.

Darf ich zunächst fragen, welche Vorschläge hinsichtlich der Größe des Untersuchungsausschusses und der Verteilung der Sitze in diesem Ausschuß gemacht werden?

(Abg. Stock: Ich bitte ums Wort!)

— Herr Abgeordneter Stock!

**Stock (SPD):** Meine Damen und Herren! Wegen der Größe des Ausschusses ist, soweit mir bekannt ist, eine Einigung erzielt worden. Wir hatten uns wegen dieser Angelegenheit zweimal beim Herrn Landtagspräsidenten zusammengefunden, und da wurde von seiten des Herrn Kollegen Meixner der Vorschlag gemacht: 4 : 2 : 1 : 1 : 1. Darauf wurde erklärt, daß dieser Vorschlag nicht akzeptabel sei,

(Zurufe und Unruhe)

und wir wollen uns darüber noch einmal unterhalten.

(Erneute Zurufe)

— Meine Herren, lassen Sie mich doch ausreden! — Darauf wurde der Gegenvorschlag gemacht: 3 : 2 : 1 : 1 : 1. Dieser Gegenvorschlag wurde dann auch von den Vertretern der Koalitionsparteien angenommen. Soviel ich weiß, wollte der Vertreter der CSU darüber noch mit seiner Fraktion reden. Und nun handelt es sich darum, ob auch die Fraktion der CSU diesem Vorschlag: 3 : 2 : 1 : 1 : 1 zustimmt; das ist das Ergebnis der bisherigen Unterhandlung gewesen.

**Präsident Dr. Ehard:** Es wird der Vorschlag gemacht, den Untersuchungsausschuß nach folgendem Schlüssel: 3:2:1:1:1, das heißt also im ganzen mit acht Personen, zu besetzen. Ich nehme an, daß das ein Vorschlag von den Koalitionsparteien ist.

Darf ich den Herrn Abgeordneten Meixner bitten, sich dazu zu äußern?

**Meixner (CSU):** Herr Präsident, Hohes Haus! Die Fraktion der CSU hat, wie der verehrte Herr Kollege Stock soeben gesagt hat, den anderen Fraktionen den Vorschlag gemacht, den Untersuchungsausschuß in der Spielbankangelegenheit als Siebener-Ausschuß unter Aufstockung von je einem Sitz von den Fraktionen der Bayernpartei und der FDP, also als Neuner-Ausschuß zu konstituieren. Sie betrachtet diese Lösung nach wie vor als die einzig gerechte und keine Partei benachteiligende Regelung.

Die Fraktionen der Koalitionsparteien haben diesen Vorschlag der CSU abgelehnt und, wie Herr Kollege Stock soeben gesagt hat, ihrerseits die Einsetzung eines Achter-Ausschusses vorgeschlagen mit drei Sitzen der CSU, zwei der SPD und je einem der Bayernpartei, des BHE und der FDP.

(Zuruf von der CSU: Terrorisierung der Minderheit! — Erregte Gegenrufe)

Damit wird der Fraktion der CSU als einziger Fraktion ein Sitz entzogen. Die Fraktion der CSU legt gegen diese Benachteiligung Verwahrung ein; im Interesse des unverzüglichen und reibungslosen Anlaufens der Untersuchungen, das von allen Seiten gewünscht wird, erklärt sich jedoch die Fraktion der CSU mit dem Vorschlag der Bestellung eines Achter-Ausschusses in der soeben genannten Verteilung einverstanden. Sie tut dies einzig um der Sache willen.

**Präsident Dr. Ehard:** Ich darf also annehmen, daß der Vorschlag: acht Personen mit der Verteilung 3:2:1:1:1 von allen Fraktionen angenommen ist. Darf ich fragen, wer dagegen ist? — Stimmenthaltungen? —

(Widerspruch)

Ich kann auch so abstimmen lassen. Ich habe es nur der Einfachheit halber gemacht, weil feststeht, daß das Haus sich in dieser Form einigt. Wer für diese Zahl und für diese Verteilung ist, den bitte ich sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Gegen eine Stimme. Stimmenthaltungen? — Bei mehreren Stimmenthaltungen so beschlossen.

(Abg. Stock: Herr Präsident!)

— Bittel

**Stock (SPD):** Von seiten der CSU ist, nachdem der Herr Kollege Meixner sich mit dem Vorschlag einverstanden erklärt hatte, gerufen worden: „Das ist eine Terrorisierung der Minderheit.“ Das können wir uns nicht bieten lassen. Das geht nicht.

**Präsident Dr. Ehard:** Wer hat das gesagt?

(Abg. Michel erhebt die Hand)

— Ich muß bedauern, daß dieser Ausdruck gefallen ist; ich muß ihn zurückweisen; wir können so nicht arbeiten. Es kann der eine oder andere damit nicht einverstanden sein; man sollte es aber unterlassen, eine unnötige Schärfe in die ohnehin sehr schwierigen Verhandlungen zu bringen.

(Abg. Michel: Ich bitte ums Wort!)

— Eine persönliche Erklärung bitte am Schluß der Verhandlungen, außerdem nur zur Geschäftsordnung.

Nachdem nun feststeht: 8 Sitze in der Verteilung: 3:2:1:1:1, ist es Übung des Hauses in solchen Fällen, daß die einzelnen Fraktionen ihre nominellen Vorschläge zur Billigung durch das Hohe Haus diesem vorlegen. Ich darf die Fraktionen fragen, welche Vorschläge sie entsprechend ihrer Stärke machen. Es treffen auf die CSU 3 Sitze und 3 Stellvertreter, wobei ich gleich bemerken möchte, daß nach der Geschäftsordnung der Stellvertreter immer nur zu dem Sitz gehört, für den er gewählt wurde; es kann also der Stellvertreter etwa des zweiten Sitzes nur diesen, nicht aber den ersten oder dritten Sitz vertreten. Das wollen wir auch festhalten. Es muß also die Zahl der Mitglieder der Reihenfolge nach, die Zahl der Stellvertreter ebenfalls der Reihenfolge nach genannt werden.

Ich bitte den Herrn Abgeordneten Meixner.

**Meixner (CSU):** Als Mitglieder des Ausschusses schlägt die Fraktion der CSU vor die Abgeordneten Hanauer, Dr. Hundhammer und Dr. Lippert; als Stellvertreter des Abgeordneten Hanauer den Abgeordneten Goppel, als Stellvertreter des Abgeordneten Dr. Hundhammer den Abgeordneten Dr. Heubl, als Stellvertreter des Abgeordneten Dr. Lippert den Abgeordneten Donsberger.

**Präsident Dr. Ehard:** Ich darf also nochmals sagen:

1. Hanauer, Stellvertreter Goppel,
2. Dr. Hundhammer, Stellvertreter Dr. Heubl,
3. Dr. Lippert, Stellvertreter Donsberger.

Ist es so richtig? —

(Abg. Meixner bejaht)

Darf ich dann nach den Mitgliedern der SPD fragen?

**Kiene (SPD):** Die Fraktion der SPD schlägt vor den Abgeordneten Hirsch Martin, als Stellvertreter Dr. Kriegisch Josef; als weiteres Mitglied Dr. Zdralek Franz, als Stellvertreter Ospald Hermann.

**Präsident Dr. Ehard:** Die zwei Mitglieder der SPD sind also:

1. Hirsch Martin, Stellvertreter Dr. Kriegisch,
2. Dr. Zdralek, Stellvertreter Ospald Hermann.

Darf ich dann nach den Mitgliedern der Bayernpartei fragen?

**Dr. Lacherbauer (BP):** Die Fraktion der Bayernpartei schlägt als ordentliches Mitglied vor das Mitglied des Hauses Max Ludwig Lallinger und als seinen Stellvertreter den Abgeordneten Alfons Gaßner.

**Präsident Dr. Ehard:** Herr Abgeordneter Lallinger als Mitglied und als Stellvertreter der Abgeordneten Gaßner Alfons.

Dann darf ich die Fraktion des BHE fragen.

**Dr. Becher (GB/BHE):** Als Mitglied Dr. Schier, Stellvertreter Dr. Erzum.

**Präsident Dr. Ehard:** Dann kommt die Fraktion der FDP.

**Dr. Eberhardt (FDP):** Als Mitglied Herr Abgeordneter Kallenbach, als Stellvertreter Herr Abgeordneter Rabenstein.

**Präsident Dr. Ehard:** Kallenbach, Stellvertreter Rabenstein.

Soll ich die Mitglieder noch einmal verlesen?

(Zurufe: Nein!)

Darf ich nun das Hohe Haus bitten, sich zu entscheiden, ob es diesen Vorschlägen zustimmen will? Wer dieser Mitgliederzusammensetzung zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — 1 Stimmenthaltung. Es ist dann so beschlossen.

Jetzt kommen wir zur Wahl des Vorsitzenden. Ich mache darauf aufmerksam: Der Vorsitzende und sein Stellvertreter können nur aus der Zahl der Mitglieder des Ausschusses gewählt werden. Welche Vorschläge werden für den Vorsitzenden gemacht?

**Dr. Eberhardt (FDP):** Ich schlage den Abgeordneten Hirsch vor, Rechtsanwalt aus Marktredwitz, also mit den erforderlichen Eigenschaften im Sinne der Geschäftsordnung ausgestattet.

**Meixner (CSU):** Ich schlage den Abgeordneten Dr. Lippert vor, mit den gleichen Eigenschaften ausgestattet.

(Heiterkeit)

**Präsident Dr. Ehard:** Da zwei Vorschläge gemacht werden, müssen wir wählen. Ich bitte, die Stimmzettel auszuteilen, die Namen aufzurufen, und ich bitte die Mitglieder des Hauses, die Zettel abzugeben. Die Stimmzettel sind schon in der Mappe.

Ich bitte, mit der Verlesung des Namensverzeichnisses zu beginnen. —

Das Alphabet wird ein mal wiederholt. —

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich unterbreche die Sitzung zur Auszählung.

(Unterbrechung der Sitzung von 9 Uhr  
35 Minuten bis 9 Uhr 45 Minuten)

**Präsident Dr. Ehard:** Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Ergebnis: Es wurden 185 Stimmen abgegeben, davon für den Herrn Abgeordneten Hirsch 102 und für den Herrn Abgeordneten Dr. Lippert 81 Stimmen; 2 Stimmzettel waren leer. Damit ist der Herr

Abgeordnete Hirsch zum Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses gewählt.

Darf ich nun bitten, Vorschläge für den Stellvertreter zu machen.

**Meixner (CSU):** Ich schlage als stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Abgeordneten Dr. Lippert vor.

**Präsident Dr. Ehard:** Als stellvertretender Vorsitzender wird Herr Abgeordneter Dr. Lippert vorgeschlagen. Werden weitere Vorschläge gemacht? — Wenn das nicht der Fall ist, nehme ich an, daß das Hohe Haus einverstanden ist — —

(Abg. Dr. Lacherbauer: Wir verlangen Abstimmung mit Stimmzetteln!)

— Es wird verlangt, daß mit Stimmzetteln abgestimmt wird. Vorgeschlagen ist der Herr Abgeordnete Dr. Lippert als stellvertretender Ausschußvorsitzender.

Ich bitte, mit der Namensverlesung zu beginnen.

Der Namensaufruf beginnt. —

Das Alphabet wird ein mal wiederholt. —

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich unterbreche die Sitzung zur Auszählung.

(Unterbrechung der Sitzung von 9 Uhr  
59 Minuten bis 10 Uhr 10 Minuten)

**Präsident Dr. Ehard:** Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich darf das Ergebnis der Abstimmung bekanntgeben. Es sind abgegeben worden 188 Stimmen, davon 88 leer. Unverändert abgegebene Stimmzettel gelten nach § 52 Abs. 2 der Geschäftsordnung als nicht abgegeben. Für Herrn Dr. Lippert sind abgegeben 83 Stimmen; außerdem sind abgegeben für Herrn Dr. Hundhammer 4 Stimmen, für Herrn Kallenbach 6 Stimmen, für Herrn Donsberger 1 Stimme, für Herrn Gaßner 1 Stimme; 5 Stimmen verteilen sich auf Namen, die nicht im Ausschuß vertreten sind.

Damit ist Herr Abgeordneter Dr. Lippert zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses gewählt.

Ich darf damit diesen Punkt als erledigt betrachten. — Da ich eben darauf aufmerksam gemacht werde, möchte ich noch folgendes feststellen: Nach meiner Ansicht besteht kein Zweifel darüber, daß der Antrag der CSU betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses sowie der Zusatzantrag der Koalitionsparteien unverändert angenommen sind. Der Zusatzantrag versteht sich im übrigen ganz von selbst; denn in der Geschäftsordnung ist ausdrücklich vorgesehen, daß das Plenum des Landtags jederzeit vom Untersuchungsausschuß einen Zwischenbericht über den Stand des Verfahrens verlangen kann. Was im Zusatzantrag der Koalitionsparteien steht, ist daher nichts Außergewöhnliches.

Ich nehme also an — und so habe ich es von Anfang an verstanden —, daß der Antrag der CSU auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses plus Zusatzantrag der Koalitionsparteien unverändert angenommen worden ist. Ich darf aber der

(Präsident Dr. Ehard)

Sicherheit halber noch einmal fragen, ob eine Erinnerung gegen diese meine Auslegung besteht. — Das ist nicht der Fall.

Bevor wir in der Aussprache über die Interpellationen fortfahren, möchte ich auf Ersuchen des Herrn Vorsitzenden des Ausschusses für Verfassungsfragen und Rechtsfragen folgendes mitteilen. Der Ausschuß für Verfassungsfragen und Rechtsfragen wird um 14 Uhr zu einer Sitzung gebeten, damit der auf der Nachtragstagesordnung stehende Punkt

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes (Beilage 794)

nach vorausgegangener Beratung im Rechts- und Verfassungsausschuß heute noch im Plenum erledigt werden kann.

Wir fahren fort in der Aussprache über die beiden Interpellationen:

a) **Interpellation der Abgeordneten von Knoeringen und Fraktion, Klotz und Fraktion, Dr. Becher und Fraktion, Dr. Eberhardt und Fraktion, betreffend personelle Veränderungen im Kultusministerium (Beilage 879);**

b) **Interpellation des Abgeordneten Meixner und Fraktion betreffend Geschäftsverteilung des bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 3. Oktober 1955 (Beilage 907).**

Zunächst erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Seidel zur Abgabe einer Erklärung.

**Dr. Seidel (CSU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Koalitionsparteien haben nach der gestrigen Erklärung des Herrn Kollegen von Knoeringen den Schlußsatz meiner Interpellationsbegründung zu meinem Bedauern als Beleidigung der Staatsregierung und der Regierungsparteien aufgefaßt. Dazu darf ich sagen: Es war nicht meine Absicht, zu beleidigen; ich wollte aus ernster Besorgnis heraus zum Ausdruck bringen, daß bei den betroffenen Personen nicht der Eindruck entstehen darf, als ob sie so behandelt würden wie vor 22 Jahren.

**Präsident Dr. Ehard:** Das Wort hat in der Aussprache zunächst der Herr Abgeordnete Dr. Hundhammer.

**Dr. Hundhammer (CSU):** Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Wir haben zur Diskussion zwei Interpellationen, die eingebracht sind und begründet wurden und auf die der Vertreter des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus geantwortet hat. In den Mittelpunkt der Diskussion ist aber eigentlich nur die Interpellation der CSU gerückt. Sie geht auch am schärfsten auf die Beschwerden ein, die ihre Grundlage bilden.

Die **Interpellation der CSU** geht davon aus, daß nach Auffassung der Interpellanten gewisse Maßnahmen des Herrn Staatsministers für Unterricht und Kultus eine **Benachteiligung von Beamten** dieses Ministeriums aus **politischen und weltanschaulichen Gründen** bedeuten. Ist das geschehen? Das nachzuweisen und gegebenenfalls eine Änderung der Maßnahmen, eine Beseitigung von Fehlmaßnahmen zu erreichen, ist das Problem, über das wir uns zu unterhalten haben.

Der Herr Staatssekretär hat gestern in der Beantwortung der Interpellation erklärt, es seien nicht andere als sachliche Gründe maßgebend gewesen. Nach der Auffassung der Interpellanten ist auch nach dieser Antwort und nach den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs das nicht bewiesen. Es bleibt eine Benachteiligung der in Frage kommenden Persönlichkeiten wegen ihrer politischen Anschauung und wegen ihrer weltanschaulichen, wegen ihrer religiösen Einstellung.

Ich möchte vorweg bemerken, daß die Interpellation in der Aussprache auch nicht dadurch etwa abgeschwächt oder erledigt werden kann, daß man das Grundthema verläßt und jetzt Angriffe nach einer anderen Richtung, nach anderen Persönlichkeiten hin, gegen frühere Minister, erhebt. Man muß hier beim Thema bleiben

(Heiterkeit bei den Koalitionsparteien)

und die Frage diskutieren, um deretwillen die Interpellation eingebracht ist.

(Abg. Dr. Brücher: Aber die Ursache?)

Aber meine Damen und Herren von der Einheitskoalition! Sie haben sich zu früh gefreut. Mit den Angriffen, die erhoben worden sind, werde ich mich heute an Hand der Tatsachen sehr nachdrücklich auseinandersetzen.

(Beifall bei der CSU — Abg. Dr. Brücher:  
Wer hat denn angegriffen?)

— Es ist durch Hinweise auf Geschehnisse außerhalb des Kultusministeriums versucht worden, die Diskussion abzulenken. Auch hier werde ich nur auf die erhobene Kritik und die erhobenen Angriffe eingehen, nicht aber etwa nach dieser Richtung selber diesem Beispiel folgen.

Der Herr Kollege Goppel hat gestern die rechtliche Seite des Problems behandelt. Ich werde auf den Tatbestand im einzelnen eingehen und mich mit den einzelnen Fällen auseinandersetzen. Dabei möchte ich im vorweg vom Herrn Präsidenten die generelle Erlaubnis zu einer Anzahl von Zitaten und zur Benützung von schriftlichen Unterlagen erbitten.

(Abg. Bantele: Aus dem Kultusministerium!)

Sind bei den jetzt zur Debatte stehenden Maßnahmen bestimmte Beamte des Kultusministeriums aus politischen und weltanschaulichen Gründen benachteiligt und sind Maßnahmen durch solche Gründe motiviert worden? Ich habe vorhin den Zuruf gehört: „Unterlagen aus dem Kultusministerium“. Herr Abgeordneter Bantele, ich nehme an, daß Sie keinem Beamten verwehren wollen, in

(Dr. Hundhammer [CSU])

Wahrung seiner staatsbürgerlichen Interessen auch seine politische Freunde zu informieren,

(Beifall bei der CSU — Zuruf:  
Das kommt darauf an!)

ohne daß Unterlagen des Ministeriums dabei benutzt werden. Ich weiß nicht, ob die Vertreter der Regierungskoalition bei ihren Ausführungen jeweils ohne Informationen aus dem Ministerium vorgehen.

(Sehr richtig! bei der CSU)

Zunächst möchte ich die Frage aufwerfen — denn das ist die Grundlage des Ganzen —: Wo lag die **Initiative für die beanstandeten Maßnahmen?** Lag sie in der Persönlichkeit des Ministers, in seinen ursprünglichen, in ihm selber erwachsenen Entschlüssen und Ideen oder ist die Initiative für die beanstandeten Maßnahmen von außen herangekommen?

(Abg. Meixner: Das ist das Entscheidende!)

Das ist die Kernfrage.

Hierzu möchte ich zunächst einmal daran erinnern, daß der Vorstand der **Sozialdemokratischen Partei Südbayern**, wie der Bayerische Rundfunk am 8. August berichtet hat, einen Beschluß gefaßt hat dahingehend, daß die Reorganisation — wie man sich ausdrückt — des Kultusministeriums zwar Schwierigkeiten bereite, die notwendigen Personalkorrekturen aber nicht versäumt werden dürften. Es ist also von einer politischen Partei außerhalb des Ministeriums die Maßnahme zunächst einmal initiiert worden.

(Abg. Kiene: Das ist ihr gutes Recht!)

— Das will ich eben nachweisen, daß das geschehen ist. Ich freue mich, daß Sie es nicht bestreiten können.

(Abg. Kiene: Nein! — Heiterkeit bei der CSU  
— Weitere Zurufe der Abg. Dr. Lacherbauer  
und Kiene)

Weiter wurde in diesem Beschluß gesagt, es sei nun nach sieben Monaten an der Zeit, die Schlüsselstellungen im Ministerium umzubersetzen.

(Hört, hört! bei der CSU)

Damit haben Sie den Nachweis für das, was ich zunächst gesagt habe.

Am 12. August hat dann die „Südpost“ — das ist das offizielle Organ der SPD für Südbayern — darauf hingewiesen, daß Hundhammers Geist noch immer im Kultusministerium spuke,

(Heiterkeit — Beifall bei der CSU)

daß meine Tätigkeit im Kultusministerium, die 1950 abgeschlossen war,

(Abg. Klotz: — so segensreich war!)

so nachhaltig gewirkt hat.

(Heiterkeit — Beifall bei der CSU — Abg.  
Dr. Becher: Alle Achtung vor Ihrer Personalpolitik!)

„Wer an der langen Reihe der Türen des Kultusministeriums entlang wanderte, mußte betrübt fest-

stellen, daß ihm die Namen an den Türen noch aus den Zeiten bekannt sind, da Dr. Schwalber oder Dr. Hundhammer bayerischer Kultusminister war.“ Meine sehr verehrten Herren, wenn wir diese Frage in allen Ministerien und bei jedem Regierungswechsel stellen, wenn wir uns immer fragen, ist unter dem neuen Minister an der Türe noch der Name seiner früheren Mitarbeiter, Referenten und Beamten, und wenn wir bejahendenfalls eine Änderung verlangen, dann, meine Herren, begeben wir uns auf einen Weg, der mit der Verfassung ganz bestimmt nicht vereinbar ist.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Man müsse sich daher unwillkürlich die Frage nach dem **Geschäftsverteilungsplan** vorlegen, heißt es weiter. Hier haben Sie die ganz konkrete und wiederholte Forderung an den Minister, Maßnahmen zu treffen und Schritte zu unternehmen. Sie sehen, wie die motorische Kraft und wie die Initiative von außen an den Minister herangekommen, wie die Kritik daran gekommen ist, daß er selber offenbar, vermutlich trotz früher schon persönlich an ihn herangetragenem Forderungen oder Aufforderungen, nicht das getan hat, was man außerhalb des Ministeriums von Parteien aus politischen Gründen von ihm verlangt hat.

(Sehr gut! bei der CSU — Zuruf des Abg.  
Dr. Zdralek)

Es ist recht interessant, in dem Zusammenhang eine weitere Äußerung zu zitieren, die vom Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Herrn von Knoeringen, gemacht worden ist. Er hat gesagt: In drei Jahren wollen wir uns nicht den Vorwurf machen lassen, daß wir die Ära Hundhammer nicht beendet haben.

(Sehr gut! bei der SPD — Zuruf des Abg.  
Haas Franz)

Demgegenüber möchte ich doch den Herrn von Knoeringen und seine Fraktion fragen: Warum haben Sie in den vier Jahren vorher, wo Sie bereits in der Koalition waren und in der Regierung Einfluß hatten, nichts getan, um die Dinge zu ändern?

(Sehr gut! bei der CSU)

Da war es Ihnen recht, da haben Sie es stillschweigend hingenommen!

(Zuruf vom GB/BHE: . . . Kavalier!) )

Jetzt auf einmal schlägt Ihnen das Gewissen und jetzt glauben Sie, daß Sie in den nächsten drei Jahren eine Änderung herbeigeführt haben müßten. Meine sehr verehrten Zuhörer! Hier sehen wir neuerdings, daß das, was ich eingangs unterstrichen habe, durch die tatsächliche Entwicklung unterbaut ist.

Es geht aber noch weiter. Die „Südpost“ hat erklärt — und nun kommen die Namen der einzelnen Beamten —, daß Ministerialdirektor Dr. Mayer, daß Dr. Merkt, daß andere Leute, Regierungsdirektor Braun, der Kreisvorsitzender der CSU in Freising sei, von ihren derzeitigen Zuständigkeiten entbunden werden müßten. Hier wird die politische Einstellung eines Mannes herangeholt; wir haben noch eine Reihe anderer Fälle, die, so wird gefordert,

(Dr. Hundhammer [CSU])

aus ihren Posten und aus ihren derzeitigen Sachgebieten und Arbeitsgebieten amoviert werden müßten. Ausdrücklich wird festgestellt, ein Ausschuß, der aus Landtagsabgeordneten aller vier Koalitionsfraktionen bestand, habe eine mit konkreten Namen versehene Vorschlagsliste für diese Stellen ausgearbeitet.

(Hört, hört! bei der CSU)

Will da noch jemand bestreiten, was ich vorhin gesagt habe, daß die treibende Kraft, die Initiative sogar mit der Namensliste nicht beim Minister gelegen ist, sondern bei politischen Parteien außerhalb des Ministeriums? Und wenn bei einem dieser Leute sogar sofort gesagt wird, daß er Kreisvorsitzender der CSU war, wenn darauf Bezug genommen wird, dann soll noch jemand bestreiten, daß parteipolitische Voreingenommenheit hier mit im Spiel gewesen ist!

(Sehr richtig! und Beifall bei der CSU)

Der Minister wird dann von den Parteien noch öffentlich hergenommen und es wird ihm gesagt, zwar liege diese Liste, die der Koalitionsausschuß ausgearbeitet hat, in den Schubladen der Beteiligten,

(Abg. Dr. Lacherbauer: Sie müssen keine Behauptungen aufstellen, Herr Dr. Hundhammer!)

aber die Namensschilder vor den Amtsstuben am Salvatorplatz seien noch immer die gleichen. Also, der Minister wird gerügt, daß er die Maßnahmen, die von ihm verlangt worden waren, noch nicht durchgeführt habe.

(Abg. Schreiner: Das wäre in der Hundhammer-Ära nicht passiert.)

— Mir wäre das nicht passiert. —

(Heiterkeit)

Professor Rucker, der Kultusminister, hat auch jetzt noch gezögert. Er hat auf die Erklärung der „Südpost“, des Organs der SPD, anlässlich einer Pressekonferenz ausdrücklich betont, sein Ziel sei es, nur beste Fachleute zu Wort kommen zu lassen. Er hat sich noch gesträubt, geweigert.

Aber am 16. September hat dann die „Südpost“ neuerdings mit verstärkter Kraft — und inzwischen wurden auch andere Zeitungen, die den Forderungen der SPD besonders aufgeschlossen sind, eingeschaltet — erklärt, es sei ihr zwar gleich, welche politischen Anschauungen ein Mann in der Registratur habe, interessant seien die Schlüsselposten. Bestimmt wäre es möglich, für Frau Dr. Wilhelmine Böhm, für Herrn Schulrat Stöhr, Herrn Regierungsdirektor Wimmer einen passenden anderen Wirkungskreis zu finden. Hier hat sie ausdrücklich gefordert, diese Beamten — deren politische Anschauung sich im Rahmen der zugelassenen, staatstragenden politischen Parteien bewegt — aus politischen Gründen von ihrer Amtstätigkeit zu entfernen. In der Registratur könnten sie ruhig sein.

(Hört, hört! bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Da soll man nicht ausweichen und behaupten, es seien nicht politische Motive gewesen, aus denen man diese Beamten benachteiligt!

(Sehr richtig! und Beifall bei der CSU)

Es wurde dann gesagt, die Freie Demokratische Partei habe nach dem Nachrichtendienst des Bayerischen Rundfunks erklärt: „Den betroffenen Beamten geschehe ja kein Unrecht, da sie ihre Dienstgänge und ihre Einkünfte behalten“. — Ja! So weit soll es auch noch gehen, daß man sie degradiert und ihnen die Gehälter kürzt!

(Zuruf des Abg. Klotz — Abg. Brücher:  
Wer hat denn das verlangt?)

— Die Stellungnahme der Freien Demokratischen Partei nach der Mitteilung des Bayerischen Rundfunks vom 1. 10. 1955 ist die Grundlage für diese Erklärung hier. Die Benachteiligung eines Beamten besteht nicht bloß darin, daß man ihn etwa degradiert oder ihm den Gehalt kürzt, was nur in einem Dienststrafverfahren möglich wäre, sondern sie besteht auch darin, daß man ihn in seiner dienstlichen Position und Arbeit verkürzt, schmälert, beeinträchtigt, benachteiligt.

(Abg. Meixner: Diskriminiert.)

Das ist die Benachteiligung, und die ist nicht zulässig.

(Zuruf von der SPD)

Ich erinnere in dem Zusammenhang daran, wie in einem anderen besonders eklatanten Fall, der aus demselben Geiste erwachsen ist, gerade der jetzige stellvertretende Herr Ministerpräsident Dr. Baumgartner reagiert hat. Es war die sogenannte „**Brenner-Interpellation**“, die sich auf die Berufung des Herrn Dr. Hörmann in das Kultusministerium bezog.

(Abg. Klotz: Und keine CSU hat sich damals gerührt! — Abg. Meixner: Wer sagt denn das! Das wissen Sie nicht!)

— Herr Kollege! Auf Ihren Zwischenruf will ich Ihnen sagen, daß diese Tatsache erstmals überhaupt dadurch in die Öffentlichkeit gekommen ist, daß ich sie in einer sehr großen öffentlichen Veranstaltung in Regensburg auf den Tisch gelegt habe. Dadurch ist sie überhaupt bekannt geworden.

(Sehr richtig! bei der CSU — Abg. Klotz:  
Und wie hat sich die CSU damals  
verhalten?)

— Wir haben damals die allerschärfste Kritik geübt, und ich selbst habe alles getan, daß diese Sache nicht zum Tragen kam, und bin dabei von meinen Parteifreunden, dem Herrn Ministerpräsidenten und dem Herrn Kultusminister unterstützt worden.

Worum hat es sich damals gehandelt? Es sollte Dr. Hörmann, ein mit Note I im Examen und in seiner späteren beruflichen Tätigkeit qualifizierter Beamter als Referent ins Kultusministerium berufen werden. Damals hat einer der SPD-Angehörigen, der Herr Staatssekretär als Mitglied der Regierung, auf den Akt geschrieben: „Für die Einberufung in das Ministerium nicht geeignet, weil

(Dr. Hundhammer [CSU])

er bei den Jesuiten anderthalb Jahre als Lehrer tätig gewesen ist.“

(Pfui! bei der CSU)

Meine Herren! Ist das nicht ein Geist, der die Sorgen, denen der Herr Abgeordnete Dr. Seidel gestern hier scharf Ausdruck gegeben hat, begründet erscheinen läßt?

(Sehr richtig! bei der CSU)

Dieser Fall liegt durchaus in der Linie dessen, was jetzt von der „Südpost“, von der SPD und von der FDP verlangt worden ist.

(Abg. Dr. Brücher: Von der FDP ist nie etwas verlangt worden.)

— Ich habe vorhin Ihr Organ zitiert.

(Abg. Dr. Brücher: Was hat die FDP verlangt? — Abg. Dr. Eberhardt: Es steht doch gar nichts drin, daß wir etwas verlangt haben. Das ist doch eine Entstellung.)

Damit ist einwandfrei erwiesen, daß der Hintergrund der beanstandeten Maßnahmen politischer und weltanschaulicher Natur ist. Damit steht auch die Verfassungswidrigkeit der Handlungsweise des Herrn **Staatsministers Rucker** fest, der sich den von außen an ihn herankommenden Einflüssen nicht stark genug widersetzen konnte.

(Zustimmung bei der CSU)

Ich bedauere es, daß der Herr Staatsminister für Unterricht und Kultus infolge seiner Erkrankung heute bei der Behandlung der Interpellation nicht selber da sein kann; denn ich hielte es für richtig, mich einmal auch mit der ganzen bisherigen Tätigkeit dieses Leiters des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus auseinanderzusetzen. Ich würde die Frage aufwerfen, ob nach dem, was jetzt an Tatsachen feststeht und an Erfahrungen vorhanden ist, diese Persönlichkeit die Eignung hat, ein Ministerium im Staate zu leiten.

(Sehr richtig! bei der CSU — Widerspruch bei der BP und SPD — Abg. Kiene: Erinnern Sie sich noch, wie rücksichtslos Sie gegen einen anderen politisch verfolgten Beamten waren?)

Es überzeugt auch nicht, wenn der Herr Staatssekretär, wie es seine Aufgabe und verständlich ist, gestern versucht hat, die Handlungsweise seines Ministers, die Motive und Tatsachen, von denen ich hier gesprochen habe, zu rechtfertigen. Er hat sie nicht bestritten; er hat sie mehr übergangen.

Übrigens ist in diesem Zusammenhang auch noch eine weitere Äußerung des Herrn von Knoeringen interessant, dessen Reden und Stellungnahmen zu dem ganzen Problem zum wichtigsten Beweismaterial für die von uns kritisierten Maßnahmen gehören.

(Abg. Haas: In Zukunft fragen wir Sie, Herr Dr. Hundhammer, was wir sagen dürfen!)

Diese sprechen alle gegen die gestrigen Verteidigungsbemühungen des Herrn Staatssekretärs.

Nun zu einzelnen Fällen! Der Herr Staatssekretär hat selber den von den Schmälerungsmaßnahmen, den Beeinträchtigungsmaßnahmen betroffenen Beamten in einer Pressekonferenz **Anerkennung ihrer sachlichen Tüchtigkeit** gezollt. Es heißt in dem Bericht eines der Teilnehmer an dieser Pressekonferenz:

„Den versetzten Beamten und Angestellten zollte Dr. Meinzolt Lob für ihre bisherige jahrelange Arbeit und hob ihre fachliche Qualität betont hervor. Auch persönlich war nichts auszusetzen.“

(Hört, hört! bei der CSU)

Ich möchte hier mit besonderem Nachdruck unterstreichen, daß die Mehrzahl dieser Beamten ganz ausgezeichnet qualifizierte Leute sind mit ordnungsgemäßen Examen und Prüfungen, die nicht alle haben, die heute irgendwo im Staatsdienst tätig sind,

(Abg. Lallinger: Auch nicht der Herr Braun?)

mit Qualifikationen, die durchaus, wie hier offen bestätigt worden ist, vorzüglich sind.

(Abg. Dr. Lacherbauer: Wie steht es mit Frau Dr. Böhm?)

— Ich komme noch dazu! Ich nehme einen nach dem anderen vor. Zunächst den Herrn **Ministerialdirektor Dr. Mayer!** Sie wissen, daß er seinen Staatskonkurs als Jurist als Bester in seinem Jahrgang bestanden hat.

(Abg. Bantele: Thoma!)

— Herr Abgeordneter Bantele, ich glaube — —

(Abg. Bantele: Das war ein Spaß!)

— Ein Spaß! Gut! Sie dürfen aber jetzt bei der Bewertung von Qualifikationen nicht damit kommen; denn sonst würde es darauf hinauslaufen, daß die schlechtest Qualifizierten in den Spitzenstellungen stehen und die mit den besten Examen danebensitzen.

Herr Ministerialdirektor Dr. Mayer war 1933 als Kollege des jetzigen Herrn Staatssekretärs Regierungsrat I. Klasse. Der Herr Staatssekretär Dr. Meinzolt ist am 1. Januar 1933, also vor dem Dritten Reich, freiwillig aus dem Staatsdienst ausgetreten und in den Dienst der Evangelischen Kirche übergegangen. Er wurde dann 1945 unter Überspringung sämtlicher Zwischenstufen als Staatsrat wieder eingestellt.

(Abg. Dr. Lacherbauer: Da soll es auch andere geben!)

Dr. Mayer wurde 1942 aus politischen Gründen aus dem Ministerium entfernt.

(Zuruf von der SPD: Das hat aber lang gedauert!)

— Es hat auch andere gegeben, die sind bis 1945 im Amt geblieben, und wenn es heute jemand einfielen, ihnen deshalb einen Vorwurf zu machen oder sie zu benachteiligen, dann würden Sie ein großes Geschrei erheben.

(Sehr gut! bei der CSU)

Meine Damen und Herren, Sie müssen schon bei sachlichen Argumenten bleiben!

(Zuruf von der SPD: Sie auch!)



(Dr. Hundhammer [CSU])

— Sind das nicht sachliche Argumente?

(Zuruf von der SPD: Es gibt auch Gegenargumente!)

Die Beförderung zum Ministerialdirektor ist angesichts seiner Benachteiligung aus politischen Gründen, angesichts seiner hervorragenden Qualifikation durchaus nicht außergewöhnlich. Jetzt ist in demselben Alter, in dem seinerzeit Dr. Mayer Ministerialdirektor wurde, der neue Ministerialdirektor ins Kultusministerium berufen und zum Ministerialdirektor befördert worden. Ist da irgendeine Spur einer politischen Bevorzugung darin? Ist das nicht die ganz korrekte Laufbahn eines ausgezeichnet qualifizierten Staatsbeamten?

(Sehr gut! bei der CSU)

Ministerialdirektor Mayer ist als Wissenschaftler auch außerhalb des Ministeriums hervorgetreten. Manche von Ihnen werden wissen, daß er neben Laforet seinerzeit der Nächstanstehende für die Besetzung des staatsrechtlichen Lehrstuhles in Würzburg war. Dr. Mayer ist vor einiger Zeit mit der Komturwürde des Gregorius-Ordens ausgezeichnet worden, — ein Katholik. Und diese Einstellung ist wohl etwas, was hier wesentlich zu betonen und nicht zu übersehen ist.

Ich komme zum nächsten, zum **Regierungsdirektor Alois Braun**. Es ist vorhin von der Fraktion der Bayernpartei ein Zuruf gemacht worden,

(Zuruf von der CSU: Vom Abgeordneten Lallinger!)

der den Herrn Regierungsdirektor Braun betraf. Ich möchte demgegenüber auf folgendes verweisen: Regierungsdirektor Braun ist ins Kultusministerium berufen worden nicht von mir, nicht von Schwalber, nicht von Fendt; nein, die Amerikaner haben ihn seinerzeit, wie sie noch Einfluß genommen haben, unmittelbar nach dem Umsturz als Oberregierungsrat hineingesetzt. Er wurde in den 10 Jahren ein einziges Mal befördert, und zwar zum Regierungsdirektor, was angesichts von Beförderungen anderer Leute, die nicht der CSU angehört haben — ich werde solche Fälle dann aufzählen —,

(Abg. Klotz: Wie steht es mit Frau Böhm?)

wirklich keine Bevorzugung bedeutet. Die Persönlichkeit Brauns: Braun hat seit 1945 das Volksschulwesen im Kultusministerium geleitet, abgesehen von der Unterbrechung, während der ihm Minister Fendt die Tätigkeit bereits einmal genommen hatte. Braun hat auf dem sehr schwierigen Gebiet der Volksschulen mit den jetzt 27 000 Beamten, die man nach den Zerschlagungen in unserem Schulwesen im Jahre 1945 zusammenholen mußte, den ganzen Apparat wieder aufgebaut. Er hat, glaube ich, wirklich wesentliche Schwierigkeiten überwunden und das bayerische Schulwesen, wie es unter Berücksichtigung all der Umstände, aus denen es seit 1945 neu erwachsen mußte, in guter Weise aufgebaut.

(Sehr richtig! bei der CSU)

Braun war aber — und jetzt kommt das „aber“ — vor 1933 der Vorsitzende des Katholischen Lehrervereins in Bayern.

(Aha! bei der CSU — Zurufe)

Das ist das Motiv, daß man gegen ihn losgeht.

(Gegenrufe zwischen CSU und Bayernpartei — darunter Zuruf des Abg. Kurz: Das haben wir alles mitgemacht!)

Braun war einer von denen, die den Widerstand gegen den Nationalsozialismus auch praktisch durchexerziert haben. Er war zum Tod verurteilt. Und wenn er nicht hingerichtet worden ist, so ist es einem glücklichen Umstand zu verdanken.

(Zuruf des Abgeordneten Pöllath)

Braun hat aber noch eines: Er ist Kreisvorsitzender der CSU in Freising. Ich habe vorhin gesagt, daß von der sozialdemokratischen Seite auf diese Tätigkeit Brauns im Zusammenhang mit der Forderung seiner Amovierung aus dem bisherigen Arbeitsgebiet hingewiesen worden ist. Das ist die klare Benachteiligung aus politischen Gründen.

Ich erwähne den **Regierungsdirektor Wimmer**. Dem Regierungsdirektor Wimmer ist zwar das Berufsschulwesen von seinem Arbeitsgebiet belassen worden, die Ausbildung der Berufsschullehrkräfte jedoch, das landwirtschaftliche Berufsschulwesen genommen worden. Er hat in seinem neuen Aufgabengebiet als Regierungsdirektor in einem Ministerium noch 7 Beamte in ganz Bayern zu betreuen.

(Lachen bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Was will man im Zeichen der Staatsvereinfachung zu einer solchen Praxis sagen?

(Starker Beifall bei der CSU)

Man beschneidet den Beamten in den Ministerien ihre Arbeitsgebiete, setzt sie auf eine Tätigkeit, die manchen nur zur Hälfte ausfüllt, ruft neue Beamte ins Ministerium und sagt: „Ja, wir haben die anderen sowieso drinnen gelassen, sie behalten ihre Dienstränge und Gehälter!“ Und dann sagt man: „Wir sparen ein, wir wollen Staatsvereinfachung!“ — Allerdings hat Wimmer auch einen Fehler. Er ist nicht gerade wie Braun in einem katholischen Lehrerverein hervorgetreten und damit eine manchen Leuten mißliebige Persönlichkeit, aber Regierungsdirektor Wimmer ist aus dem Bayerischen Lehrerverein vor einiger Zeit ausgetreten und seine Absetzung ist von der „Südpost“, dem SPD-Organ, ausdrücklich verlangt worden.

(Hört, hört! bei der CSU)

Ich verweise darauf, daß die Berufsschulen Einrichtungen der Gemeinden oder von Schulverbänden sind, und die unmittelbare Schulaufsicht durch die Stadtschulräte ausgeübt wird. Nach dem Erlaß des Berufsschulgesetzes und der Richtlinien für den Berufsschulunterricht ist der Umfang dieses Referats praktisch gleich Null.

Es ist vorhin der Zwischenruf „**Regierungsdirektorin Dr. Böhm**“ gemacht worden. Frau Dr. Böhm ist ihr Arbeitsgebiet, die bayerischen Mittelschulen,

(Dr. Hundhammer [CSU])

mit einem Federstrich völlig entzogen worden. Sie hat den Wiederaufbau des von den Nazis zerstörten klösterlichen Mittelschulwesens hervorragend betreut. Ihrer Tatkraft, Ausdauer und Umsicht verdankt das staatliche Mittelschulwesen entscheidend seine Gestaltung, und diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die im Kulturpolitischen Ausschuß tätig waren, wissen die Sachkunde und Objektivität dieser Referentin im Ministerium wohl zu schätzen und zu beurteilen.

(Sehr richtig! bei der CSU)

Es ist einmalig, daß ein ganzer Schulzweig mit über 60 staatlichen Anstalten von einer einzigen Persönlichkeit ohne Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter im Ministerium in der Zeit aufgebaut worden ist wie das staatliche Mittelschulwesen. Was hat man aber getan? Man hat ihr das Referat genommen und — ein wohl sehr weitgehender Vorgang — mutet ihr jetzt zu, als Stellvertreterin für den Sachreferenten künftig tätig zu sein, der ihre Arbeit übernommen hat.

(Unerhört! bei der CSU)

Ist das nicht eine Benachteiligung?

(Abg. Hofmann: Eine Schande ist das!)

Man hat sie in ihrer Tätigkeit durch einen Schularat ersetzt, der während des Dritten Reiches in Sachsen in der Lehrerbildung tätig gewesen ist.

(Hört, hört! bei der CSU)

Ich möchte hier eine Seite der Personalpolitik im Kultusministerium bloß einmal anklingen lassen.

(Abg. Pittroff: Wer hat ihn ins Ministerium geholt?)

— Ich selber nicht!

(Abg. Pittroff: Wer denn?)

— Man kann solche Leute mitarbeiten lassen, aber sie dann in der Weise zu verwenden, das ist —

(Abg. Pittroff: Wer hat ihn hereingeholt?)

— Man hat ihn auf einem Posten verwendet, auf dem man ihn verwenden konnte; aber was hier geschehen ist, ist nicht zu verteidigen.

(Sehr gut!)

Die Tätigkeit der Regierungsdirektorin Dr. Böhm erstreckt sich jetzt nur noch auf den Rest ihres bisherigen Referats; das sind die Kindergärten, Haushaltungsschulen, Seminare für Kindergärtnerinnen und Jugendleiterinnen. Diese Gebiete werden aber ausschließlich von den Kommunen und den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege betrieben. Die Tätigkeit des Ministeriums beschränkt sich hier doch auf die Gewährung der geringfügigen Zuschüsse, die aus dem vom Landtag bewilligten Etat das ganze Jahr über zur Verfügung stehen. Dafür braucht man eine eigene Regierungsdirektorin in einem Ministerium! Dann gehören noch zwei Landfrauenschulen zur Tätigkeit der Frau Dr. Böhm mit dazu.

Ich nenne den **Oberregierungsrat Osterhuber**, der uns auch im Landtag aus der Arbeit im Kultur-

politischen Ausschuß bekannt ist. Er war der Rechtsreferent, der ihr bisher zu Seite stand. Der Name Osterhuber ist allen, die die bayerische Politik schon länger kennen, bekannt; dazu brauche ich nichts zu sagen. Osterhuber muß jetzt sein Arbeitsgebiet mit einem anscheinend vertrauenswürdigeren Rechtsreferenten der Berufsschulen tauschen. Damit wird der ganze Schulzweig uneingearbeiteten, mittelschulfremden Referenten anvertraut, während die Personal- und Sachkenntnis der bisherigen Bearbeiter einfach beiseitegeschoben wird.

(Zuruf von der CSU: Steuerzahler!)

— Die Steuerzahler zahlen es ja! Bei der Familie Osterhuber war von der Tradition her, die ich erwähnt habe, die klare katholische Einstellung bekannt.

Ein weiterer Mann: **Referent Dr. Merkt**, der sich allerdings erlaubt hat, bei der letzten Wahl für den Bayerischen Landtag zu kandidieren.

(Zuruf)

— Ich betonte, ich komme bei den anderen auf die Berufungen auch noch zurück.

(Zuruf)

— Sie haben recht, Herr Kollege! — Dr. Merkt ist durchaus nicht etwa von mir oder von jemand meiner Richtung in das Ministerium berufen worden. Er war seinerzeit durch Minister Dr. Fendt in das Ministerium berufen worden. Er hat seither das Pressereferat geführt. Jetzt erstmals unter Minister Rucker wurde ihm dieses Referat genommen und ihm die Erwachsenenbildung übertragen. Und nachdem er dieses Referat einige Monate geführt hat, wird sein Arbeitsgebiet jetzt weiter vermindert auf die Aufstellung von Statistiken!

(Lachen bei der CSU)

Das ist ungefähr das, was in der SPD-Zeitung gestanden war: In der Registratur dürfen die Leute noch arbeiten, wenn sie nicht spüren.

(Sehr richtig! bei der CSU — Abg. Donsberger: Das macht anderswo ein Sekretär!)

— Ja, das macht anderswo ein Sekretär. Sein Referat hat der bisherige SPD-Abgeordnete Dr. Wittmann erhalten.

(Zuruf: Aha!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen Sie mir nicht zustimmen, wenn ich sage: Wenn ein Minister Maßnahmen in dieser Weise und unter diesen Umständen trifft, dann müssen sie zu einer sehr schweren Kritik Anlaß geben!?

Noch einen Fall möchte ich erwähnen — ich habe sie noch nicht alle aufgezählt —, das ist der Fall **Schrettenseger**, auch ein Beamter, den wir im Landtag aus den verschiedenen Ausschüssen kennen. Er war Rechtsreferent für die Berufsschulen. Er muß jetzt seinen Arbeitsplatz tauschen und hinüber an einen Platz mit einer Materie, die ihm bisher völlig fremd gewesen war. Warum? Er gehört auch zu denen, deren Namen erwähnt und kritisiert worden sind.

Dann ist manchmal der Fall **Dr. Heubl**, zitiert worden. Man hat Dr. Heubl angegriffen und ge-

(Dr. Hundhammer [CSU])

sagt, seine Examensnote sei nicht ganz so hervorragend gewesen für ein Ministerium. Ich habe schon vorhin gesagt, daß wir eine Anzahl von Leuten in den Ministerien haben, besonders in solchen, die nicht von CSU-Leuten geleitet waren, die überhaupt keine Examina hatten.

(Lebhafte Sehr richtig! bei der CSU —  
Zuruf: Landwirtschaftsministerium!)

Aber Dr. Heubl wurde seinerzeit ein halbes Jahr später als seine Kollegen zum Regierungsrat ernannt. Darin liegt eine Berücksichtigung dieses Umstands. Im übrigen ist er bei seiner Ernennung zum Regierungsrat im Jahr 1952 von seinen Vorgesetzten hervorragend qualifiziert worden. Seine Note ist um  $\frac{3}{10}$  schlechter als diejenige eines Kollegen, der vom Herrn Staatssekretär in das Ministerium berufen worden ist.

Ich möchte nicht jeden einzelnen Fall hier auskochen, aber doch gegenüber den Angriffen auf gewisse Leute einmal auf die Parallelfälle von Berufungen von anderen Leuten hinweisen. Wenn man Dr. Heubl angreift, dann möchte ich einmal erwähnen den von dem sozialdemokratischen Minister Dr. Fendt beispielsweise in das Kultusministerium sofort als Oberregierungsrat berufenen Herrn, der nicht einmal eine Reifeprüfung, nicht einmal das Abitur, nicht einmal die Abschlußprüfung einer höheren Schule gemacht hat und, wie gesagt, als Oberregierungsrat in das Kultusministerium berufen wurde,

(Hört hört! bei der CSU)

einer von denen, die sowohl ich wie mein Nachfolger als SPD-Leute völlig unangetastet ließ in ihren Ämtern. Es gibt noch einige, und ich komme noch auf mehrere Fälle in dieser Richtung.

Ich darf zunächst einmal den sogenannten „Dr.“ Beck erwähnen,

(Sehr richtig! und Lachen bei der CSU)

mit seinem gefälschten Dokortitel, der vom Minister Fendt nicht auf dem normalen Dienstweg, sondern durch eigene handschriftliche Vormerkung berufen worden ist und jahrelang im Landtag der Sprecher, der Hauptwortführer gegen seinen eigenen Minister gewesen ist, ohne daß der Minister etwas gegen ihn unternommen hat,

(Sehr richtig! bei der CSU)

und dessen falscher Dokortitel dann aufgekommen ist. Da möchte ich etwas klären. Es ist lange Zeit behauptet worden, daß ich erst am Schluß die Unterlagen aus der Schublade gezogen hätte. Wie war es denn? Dieser sogenannte „Dr.“ Beck war die ganze Zeit über als der schärfste Agitator vorgegangen, und wie ich nicht mehr Minister war und gehört habe, er solle jetzt Staatssekretär im Ministerium werden — es ist interessant: er hatte mit einem Chauffeur des Ministeriums seinerzeit die Absetzung seines Ministers bei einem kleinen Gelage gefeiert —, da habe ich Herrn Kollegen Stock von der SPD angesprochen und ihm gesagt: Herr Kollege, ich habe nichts in der Öffentlichkeit unternommen, ich höre, daß Sie Dr. Beck zum

Staatssekretär machen wollen. Es gehen Gerüchte — ich habe allerdings keine Unterlagen —, daß sein „Doktor“ nicht echt sei, prüfen Sie das nach. Stock hat daraufhin den Ministerpräsidenten Dr. Hoegner informiert. Dieser hat Beck sofort kommen lassen — Dr. Hoegner war der Mann, auf den es am meisten ankam — und ihm erklärt, Dr. Hundhammer habe gesagt, es sind Zweifel an Ihrem Doktor vorhanden. Worauf Beck zusammenbrach und gebeichtet hat, er sei kein Doktor. So ist das offen geworden. Jahrelang hat die Presse, vor allem die „Süddeutsche Zeitung“, mich angegriffen in dieser Sache. Habe ich in diesem Falle korrekt gehandelt oder nicht?

(Beifall bei der CSU)

Nun hat gestern bei den Ausführungen des Herrn Dr. Seidel der Herr Abgeordnete Klotz die Bemerkung gemacht: „Sie waren es“ — und zu mir herüber — „Herr Dr. Hundhammer an der Spitze“. So steht es im Stenogramm. Ich habe also Grund, mich mit der Frage zu befassen, die auch in der Presse, in der SPD-Presse, manchmal gestanden hat: **Was hätte Hundhammer getan?** Meine sehr verehrten Herren, ich möchte zunächst eines hier öffentlich richtigstellen, nachdem in der „Süddeutschen Zeitung“, die eine falsche Darstellung gegeben hat, die von mir zugesandte Berichtigung nicht gekommen ist. In der „Süddeutschen Zeitung“ hat ein Streiflicht-Schreiber vor kurzem geschrieben: Dr. Hundhammer hat diese Leute berufen und hat die Absetzung von Beamten aus politischen Gründen eingeführt. Ich habe eine Berichtigung geschickt und habe die einzelnen Fälle aufgezählt und darauf verwiesen, daß ich meinerseits die Beamten, die ich vorgefunden habe — ich habe vorhin gerade Cronauer erwähnt, einen klassischen Fall in der Richtung; es gibt auch noch eine Serie anderer — in ihren Ämtern gelassen und Beamte, die mein Vorgänger aus politischen Gründen benachteiligt hatte, wie den Regierungsdirektor Braun, wieder in ihre Stellen zum größten Teil eingesetzt

(Zuruf von der SPD: Also doch!)

bis auf einen, den ich von draußen nicht wieder hereinberufen habe. Das war der aus dem Kultusministerium mit der Erklärung ihm gegenüber — die gefallen ist —, daß zu viel Katholiken da seien, hinausversetzte Rektor des besten Münchner Gymnasiums, des Maxgymnasiums, Herr Oberstudien-direktor Schwerdt. Den habe ich nicht wieder einberufen. Aber die anderen habe ich wieder in ihre Stellen eingesetzt.

(Sehr gut! bei der CSU)

Nun wollen wir einmal sehen: Wer hat denn die Leute in das Ministerium berufen? Die ersten **Berufungen ins Ministerium**, soweit damals in der allerersten Zeit nicht noch die Besatzungsbehörden Leute herangeholt haben, sind durch **Minister Hipp** erfolgt.

(Abg. Pittroff: Sind da nicht manche Leute selbst hineingegangen?)

Damals, 1945, konnten nur Leute herangeholt werden, die politisch völlig unbelastet waren.

(Abg. Kurz: Die sind wo anders auch hineingekommen!)

(Dr. Hundhammer [CSU])

Das wußte man im Jahre 1945. Ein anderer konnte nicht ins Ministerium kommen. Nun unterliegt es keinem Zweifel und es ist nicht zu bestreiten, daß Leute, die stark weltanschaulich festgelegt sind — das gilt für beide Konfessionen —, gegenüber einer politischen Beeinflussung und einer Erfassung durch den Nationalsozialismus am widerstandsfähigsten waren. In den Kreisen dieser Leute waren verhältnismäßig die meisten zu finden, die neben guter fachlicher Qualität eine politisch völlig einwandfreie Weste hatten. Ich möchte dazu einmal, weil aus den Kreisen des Bayerischen Lehrervereins — mit dem ich mich auch noch auseinandersetzen habe — Kritik geübt wird, daß seine Leute nicht genügend zum Zug gekommen seien, folgende Tatsachen und Zahlen hier bekanntgeben: Von den Mitgliedern des Bayerischen Lehrervereins vor 1945 waren 95 Prozent Mitglieder oder Anwärter der NSDAP.

(Hört, hört bei der CSU)

Von den Mitgliedern des Katholischen Lehrervereins waren 45 Prozent Mitglieder oder Anwärter der NSDAP.

(Abg. Pittroff: Weil die anderen Geistliche sind!)

Von den Mitgliedern des Katholischen Lehrerinnenvereins waren 18 Prozent Mitglieder der NSDAP oder Parteianwärterinnen. Nun ist es verständlich und klar — und das gilt bei den höheren Schulen, bei den Juristen in ähnlicher Weise, insoweit es die weltanschauliche Festlegung betraf —, wo damals das eigentliche und das nur greifbare Reservoir für brauchbare und verwendbare Beamte war. Soll man nun heute hergehen und diese Leute, die im Jahre 1945 und in den ersten Jahren danach auf ihre Posten gekommen sind, weil sie Qualifikation hatten, jetzt benachteiligen und deshalb beiseite schieben, weil sie diese klare Haltung in der Hitlerzeit bewiesen haben?

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Darauf läuft aber das hinaus, was heute verlangt wird, wenn man sagt, die Leute seien weltanschaulich zu stark gebunden.

(Abg. Klotz: Wie ist es mit Herrn Braun?)

Wollen Sie eine solche Forderung aufrechterhalten?

(Zuruf von der CSU: Tief bedauerlich!)

Welche Leute wurden durch Hipp ins Ministerium berufen? Braun wurde seinerzeit noch durch die Amerikaner berufen. Die Frau Dr. Böhm im Jahre 1945 durch Hipp berufen, Regierungsdirektor Wimmer durch Hipp im Jahre 1945 berufen, Schwerdt — den ich erwähnt habe, der dann amoviert wurde, weil zu viel Katholiken da waren, wie ihm wörtlich gesagt worden ist — ebenfalls 1945 durch Hipp berufen!

(Abg. Donsberger: Abgesetzt durch Fendt!)

— Jawohl. Dann kam das **Ministerium Fendt**, der erste sozialdemokratische Minister. Was hat Fendt getan? Fendt hat Braun das Volksschulwesen entzogen; er hat nur noch das Berufs- und Fachschul-

wesen behalten — eine Maßnahme ganz parallel zur jetzt getroffenen Maßnahme —

(Sehr richtig! bei der CSU)

und nach einiger Zeit hat man ihm auch noch das Berufs- und Fachschulwesen entzogen und er hat bloß noch die Sonderschulen, Taubstummschulen und Hilfsschulen, behalten. Der Frau Dr. Böhm ist das Referat entzogen worden.

(Hört, hört! bei der CSU)

Sie wurde Hilfsreferentin bei der Frau Dr. Käser, der früheren sozialdemokratischen Abgeordneten, die man aus der Stadt München abgeordnet hat. Dem Regierungsdirektor Wimmer wurde die Mitarbeit im Berufsschulwesen entzogen. Oberstudien- direktor Schwerdt ist aus dem Ministerium hinaus- versetzt worden. Meine Damen und Herren! Das waren die ersten Maßnahmen, absolut parallel zu dem, was wir jetzt erleben.

(Sehr gut! bei der CSU)

So ist es wirklich hergegangen. Aber dafür hat man damals den einen, von mir bereits zitierten Oberregierungsrat Cronauer — ohne Reifeprüfung sogar — sofort als Oberregierungsrat ins Kultus- ministerium geholt,

(Ah! bei der CSU)

aber man weiß, er ist SPD-Mann gewesen. Den Herrn Graf hat man sogar gleich zum Ministerial- rat gemacht, man hat den „Dr.“ Beck hereingeholt, mit dem wir uns vorhin schon befaßt haben. Ich möchte nicht noch mehr Namen in dieser Liste auf- zählen, aber die grundsätzliche Linie ist, glaube ich, damit genügend dargetan.

(Sehr gut! und Beifall bei der CSU)

Dieser Tatsache, wie man im Jahre 1946 unter Fendt — damals schon — vorgegangen ist, und wie wir es jetzt auf Betreiben der Sozialdemokra- tischen Partei erleben, möchte ich einmal gegen- überstellen, was CSU-Minister auch außerhalb des Kultusministeriums getan haben.

Der Herr Vetter im Innenministerium ist im Jahre 1947 unangetastet in seiner führenden Stel- lung geblieben, Wreschner genau so, auch Oechsle im Arbeitsministerium — denen hat man ihre Ar- beitsgebiete nicht entzogen, die hat man belassen — unter CSU-Ministern!

(Sehr gut! bei der CSU)

Das ist die andere Seite, wenn man der Wahrheit ganz die Ehre geben will.

(Abg. Pittroff: Fachbeamte!)

— Sind etwa Braun, Wimmer, Böhm oder Schwerdt keine Fachbeamten? Sind die Juristen wie Mayer keine Fachbeamten, sind die Leute wie Osterhuber keine Fachbeamten?

Nun kam das **Ministerium Hundhammer**. Was habe also ich getan? Ich habe dem Regierungsdirektor Braun das Volksschulreferat wieder zu- geteilt, eine Wiedergutmachung!

(Lachen bei den Koalitionsparteien — Abg. Dr. Lacherbauer: Wem wurde es wegge- nommen?)

(Dr. Hundhammer [CSU])

— Es ist auch merkwürdig, daß man den Ausdruck da wieder gebrauchen muß.

Der Herr Simon, der Sozialdemokrat, der unter Fendt hereingeholt worden war, ist von mir aus dem Ministerium nicht entfernt worden, sondern er hatte sich, schon bevor ich das Ministerium übernommen hatte, selber an die Lehrerbildungsanstalt in Pasing zurückgemeldet; ich habe also deshalb nicht einen anderen weggetan.

Frau Dr. Böhm hat das Mittelschulwesen wieder bekommen. Frau Dr. Käser behielt das Höhere Mädchenschulwesen. Frau Dr. Käser ist hier kein Unrecht geschehen. Und ich darf dazu — auch gegenüber den Angriffen, die gelegentlich erhoben werden — einmal von persönlichen Dingen sprechen: Diese frühere sozialdemokratische Abgeordnete hat mir noch vor ihrem Tod durch ihre Schwester den Dank dafür übermitteln lassen, daß ich ihr so entgegengekommen bin und ihr am Schluß noch eine Wohnung verschafft habe.

(Beifall bei der CSU)

Das darf ich gegenüber der Kritik und den Angriffen, die immer wieder erhoben werden, einmal sagen.

Regierungsdirektor Wimmer hat damals die Mitarbeit an den Berufsschulen wieder bekommen, Schwerdt habe ich nicht wieder hereinberufen. Das ist es, was ich getan habe, das ist es, was Hundhammer nicht „getan h ä t t e“, sondern was Hundhammer getan h a t.

Der von Fendt, wie ich vorhin schon gesagt habe, sofort als Ministerialrat ins Ministerium einberufene Herr Graf ist in seinem Referat „Erwachsenenbildung“ von mir völlig unangetastet geblieben. Die Amerikaner, die damals noch manchen Leuten nachgegangen sind, habe seine Entfernung aus dem Ministerium erzwungen. Ich will mich hier mit den Gründen nicht befassen.

Dr. Beck — der Doktor in Anführungszeichen — von der SPD hat sein Referat „Begabtenförderung — Begabtenprüfung“ unangefochten behalten. Der von Fendt berufene Herr Cronauer hat sein Referat „Theaterwesen, Film, Funk und Künstlerisches Vortragswesen“ behalten. Der Leiter der Lehrerbildung, der Sozialdemokrat Ministerialrat Vogelhuber, hat sein Referat ebenfalls unangefochten behalten, bis er wegen Erreichung der Altersgrenze pensioniert wurde.

(Zuruf: Vogelhuber!)

— Vogelhuber war ganz klar in seiner früheren Zeit; später nicht mehr. Jetzt tritt er gegen die Einheitsschule, gegen Ihren Lehrerbildungsplan als Fachmann auf. Er muß ja am meisten davon verstehen.

(Heiterkeit)

Nun also, Sie sehen, es ist eine Unterstellung, wenn man hier fragt: Was hätte Hundhammer getan? Sie sehen, was Hundhammer getan hat.

Die Diskussion ist schon einmal, im Jahre 1947, auch um die Geschäftseinteilung von Beamten gegangen; aber diese Dinge haben damals in keinem Fall zu einer solchen Kritik eine Grundlage ge-

liefert, wie sie jetzt hier ausgesprochen werden muß. Mir hätte man als Kultusminister in jener Zeit wahrlich nichts geschenkt!

(Sehr gut! bei der CSU — Abg. Dr. Brücher:  
Das ist eine Sache der Geschäftsverteilung!)

Nun komme ich zur Frage der **Geschäftsordnung**. Das ist etwas anderes als die Geschäftsverteilung. Die Geschäftsordnung wurde scharf kiritisiert und es wurden von der SPD Angriffe in Massen erhoben. Aber, meine Damen und Herren, ich habe damals besonders der Presse gegenüber nicht nachgegeben. So leicht gibt der Hundhammer nicht nach; der zieht keine langen Filzpantoffeln an, und die Geschäftsordnung von mir ist bis jetzt in Kraft geblieben. Sie gilt auch heute noch, und auch der jetzige Minister arbeitet mit der Geschäftsordnung, die ich im Jahre 1947 festgelegt habe.

(Zuruf des Abg. Kiene)

— Jedenfalls ist das ein Beweis dafür, daß sie nicht schlecht war, sondern korrekt.

(Sehr richtig! bei der CSU)

Und das Ergebnis, meine Damen und Herren? Wenn ich zusammenfasse, so muß ich schon sagen: Das Urteil, das sich aus diesen Tatsachen ergibt, ist für die Regierungskoalition verheerend!

(Lebhafte Zustimmung bei der CSU)

Bei dieser Taktik und diesen Maßnahmen stellt man als Programmpunkt auf: Staatsvereinfachung, Verbilligung der Staatsverwaltung und Verminderung des Beamtenapparates!

(Sehr richtig! bei der CSU)

Dann muß ich noch ein Wort zu den **Beförderungen** sagen. Ich habe Ihnen schon erzählt, daß Regierungsdirektor Braun in der ganzen Zeit seiner Tätigkeit ein einziges Mal befördert wurde. Aber wie war es bei anderen Leuten, die der SPD nahestanden? Was ist da geschehen? Herr **Regierungsdirektor Baumann** von der SPD

(Zuruf von der SPD: Irrtum!)

— distanzieren Sie sich nicht von Leuten, um die es hier geht; die anderen waren auch nicht alle eingeschriebene Mitglieder der CSU —

(Sehr gut! bei der CSU)

ist innerhalb eines knappen Jahres mindestens viermal befördert worden,

(Hört, hört! bei der CSU)

und zwar im September 1945 zum Rektor, im November 1945 zum Regierungs- und Schulrat — schauen Sie sich doch seine ganze Tätigkeit an, seine damaligen Artikel und öffentlichen Reden, wenn Sie heute sagen wollen, er sei kein SPD-Mann! —, im März 1946 zum Oberregierungsrat und im Juni oder Juli 1946 zum Regierungsdirektor. Das ist eine Karriere, die man sich gefallen lassen kann!

(Sehr gut! bei der CSU)

Oder denken Sie an **Dr. Koller**, Regensburg, dessen ausgeprägte Linksrichtung, glaube ich, keinem Fachmann eine unbekannte Sache ist und der 1946 als einziger und jüngster von den Schulaufsichtsbeamten der Regierung Oberpfalz zum Regierungs-

(Dr. Hundhammer [CSU])

schulrat ernannt worden ist — nicht von mir, sondern von Fendt!

Der Herr **Simon**, Lehrer in München, ist 1946 ohne Prüfung zum Studienrat an der Lehrerbildungsanstalt in Pasing ernannt worden.

(Hört, hört! bei der CSU)

Ich könnte die Liste noch sehr gründlich erweitern, auch noch nach den verschiedensten anderen Seiten. Wenn man in die Dinge einmal hineinsteigt — und die Kritik an Fachleuten mit ausgezeichnetem Examen zwingt allmählich dazu, den Dingen nachzugehen —, dann, glaube ich, werden jenen Kreisen, die jetzt solche Maßnahmen betreiben, doch die Augen übergehen. Vielleicht sind sehr viele unter Ihnen, meine sehr verehrten Herren von der Regierungskoalition, denen diese Tatsachen bis jetzt nicht bekannt waren.

Aber auch jetzt droht die Gefahr, daß unserem derzeitigen Minister Maßnahmen nach dieser Richtung in ähnlicher Weise auch vorkommen. Ich zitiere einmal nun, um die Linie anzudeuten, wie ich es vorhin in anderen Richtungen schon getan habe, den Fall **Dr. Hermann**, der von 1937 — da haben Sie einen solchen — bis 1945 unter den Nationalsozialisten im Kultusministerium gewesen ist, der in der zweiten Lehramtsprüfung die Note III hatte und der jetzt bei der Besetzung der Münchner Schulratsstelle einem Einser-Kandidaten des gleichen Jahrgangs, der vom Gesetz nicht betroffen ist, als Schulrat vorgezogen worden ist.

(Hört, hört!)

Dabei war der Herr **Hermann** auch noch Schriftleiter einer nationalsozialistischen Fachzeitschrift. — Oder den Schulrat **Almer** — ich warte jetzt mit Tatsachen auf, weil man die Details einmal auftragen muß —, der nach 1½-jähriger Tätigkeit nach Landshut gekommen ist, obwohl Minister **Rucker** Versetzungen nach 1½-jähriger Tätigkeit früher ablehnte. Aber durch die Empfehlung eines Mitglieds der Staatsregierung ist erreicht worden, daß der mit der Note I qualifizierte Fortbildungsleiter **Steinbauer**, der vom Minister schon als Schulrat genehmigt war, hat zurückstehen müssen.

(Hört, hört!)

Das ist die Personalpolitik jetzt, meine Herren!

Ein Wort noch zu den **Angriffen** gegen **Minister Dr. Schwalber**. Man hat ihm vorgeworfen, daß er im Kultusministerium die Einstellung von Mitgliedern der Studentenverbindung **Otonia** im besonderen betrieben habe. Es gibt drei Mitglieder, die da in Frage kommen: Es ist der **Dr. Hörmann**, dessen Qualifikation mit Note I ich vorhin schon erwähnt habe; es ist **Büttner** und es ist **Hummel**. Ministerialrat **Hummel** ist vom Staatsministerium des Innern unter Leitung von Minister **Dr. Hoegner** für diese Berufung vorgeschlagen worden. Die Qualifikation bei allen dreien ist ausgezeichnet.

Meine Herren, soll jemand, der zufällig bei einer bestimmten Studentenverbindung, sei es einer katholischen oder protestantischen, war und den ein sozialdemokratischer Minister und Vorgesetzter

selber vorschlägt, deswegen nicht berufen werden, weil er katholisch ist? Wohin kommen wir allmählich mit den Dingen? Man soll nicht von Toleranz reden, wenn man intolerant ist.

(Sehr starker Beifall bei der CSU)

Einen weiteren Abschnitt aus dem Ganzen bilden die **Schulratsbesetzungen**. Man hat gesagt, die Mitglieder des Bayerischen Lehrervereins seien benachteiligt worden. Ich habe vorhin davon gesprochen, wie sich denn die politische Unbelastetheit auf die verschiedenen Richtungen innerhalb der Lehrerorganisationen im Jahre 1945 verteilt hat und wo die Reserven waren von Leuten, die man verwenden konnte. Nun sind natürlich in dieser ersten Zeit viele Schulratsstellen besetzt worden. Soll man nun heute etwa das System, das im Kultusministerium praktiziert wird, auch auf die Schulräte ausdehnen und sie heute absetzen, weil sie im Jahre 1945 als Unbelastete klare Katholiken oder Protestanten, aber als Nichtmitglieder des Lehrervereins für die Schulratsstellen zur Verfügung gestanden haben? Von den 164 Schulräten, die wir zur Zeit in Bayern haben, gehören 104 dem Bayerischen Lehrerverein an. Also kann man wirklich nicht von einer Benachteiligung sprechen. Ich wiederhole, damit Sie sich nicht täuschen: Von 164 gehören 104 dem Bayerischen Lehrerverein an. Allein weitere 13 gehören dem Bayerischen Lehrerverein und der KEG gleichzeitig an, also sind es 117 Mitglieder des Bayerischen Lehrervereins. Ein 118. ist Mitglied des Bayerischen Lehrervereins und zugleich der Gewerkschaft Erziehung, 13 von den Schulräten sind überhaupt nirgends organisiert und ganze 30 sind Mitglieder der KEG. Ist das eine unkorrekte Praxis?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Und wer hat denn die Schulratsstellen besetzt? Hat die der **Hundhammer** alle besetzt oder der **Schwalber**? Von den 166 Schulratsstellen sind ganze 78 durch mich und **Schwalber** besetzt worden, also nicht einmal die Hälfte. 58 sind in den ersten Monaten nach dem Umsturz besetzt worden, nicht vom Ministerium aus, sondern noch entweder durch die Amerikaner oder die Regierungen, also fast so viele, wie **Dr. Schwalber** und ich miteinander besetzt haben. 8 sind von den Städten besetzt worden, weitere 8 sind noch im Dienst und sind Schulräte aus der Zeit vor 1945. Das sind also 88 Schulräte, die weder **Schwalber** noch ich berufen haben. Wir zwei haben miteinander 78 berufen. 14 Stellen hat bereits Minister **Rucker** besetzt.

Meine Damen und Herren! Aber auch wieder ein Beispiel von der anderen Seite: Der Bayerische Lehrerverein, dessen Vorsitzender ja jetzt ein Sozialdemokrat ist — —

(Abg. v. Knoeringen: Das ist nicht richtig! — Abg. Haas: Das ist nicht wahr! — Zuruf von der SPD: Erzählen Sie uns doch nicht, daß er Sozialdemokrat sei! — Abg. v. Knoeringen: Sie überschätzen uns! — Abg. Haas: Sie sehen lauter Sozialdemokraten, die gar nicht da sind! — Abg. Eberhard: Ihr seht lauter Schwarze! — Zuruf von der SPD: Sie sehen immer rot, Herr Dr. Hundhammer! — Weitere Zurufe und große Unruhe)

(Dr. Hundhammer [CSU])

Ich will Ihnen jetzt folgendes sagen. Der Bayerische Lehrerverein beklagt sich, daß seine Mitglieder bei den Schulratsbesetzungen nicht genügend zum Zuge gekommen seien, und aus den Kreisen der jetzigen Regierungskoalition wird das immer wieder, auch in Versammlungen, behauptet. Als in den 20er Jahren erstmals ein Mitglied des katholischen Lehrervereins Schulrat wurde, hat der Bayerische Lehrerverein schärfsten Protest dagegen erhoben.

(Hört, hört! bei der CSU)

Da ist die Intoleranz zu Hause.

(Sehr richtig! bei der CSU — Zuruf des Abg. Dr. Lacherbauer)

Der Herr Minister Schwalber hat — nein, das war ich noch selber während meiner Ministerzeit im Jahre 1947 — auf Beschwerden aus den Reihen des Lehrervereins, daß zu wenige Mitglieder seiner Organisation Schulrat würden, dem Bayerischen Lehrerverein durch den Regierungsdirektor Braun sagen lassen: Nennen Sie mir qualifizierte Mitglieder Ihres Vereins, sie müssen aber einen weißen Fragebogen haben, dann wird jeder, der vorgeschlagen wird und sich eignet, akzeptiert werden. Aber so darf man es nicht machen, daß man hervorragend qualifizierte Leute, die nicht der Richtung angehören, ablehnt, um dafür schlechter qualifizierte Leute, die der Richtung angehören, hinzusetzen.

(Sehr richtig! und Beifall bei der CSU)

In der Kritik seitens der Angehörigen der Koalition sind einzelne Namen genannt worden; das war der Regierungsschulrat **Schrank** in Regensburg und es ist der Schulrat **Hartl** in Landshut. Ich will aus dem, was bisher kritisiert worden ist, die zwei Fälle herausgreifen.

Regierungsschulrat Schrank ist am 10. August 1945 von der Regensburger Militärregierung mit der Führung der Geschäfte des Schulamts im Landkreis Mallersdorf beauftragt worden. Im Jahre 1946 ist er durch das Ministerium Fendt zum planmäßigen Schulrat ernannt worden. 1949 wurde er für den erkrankten Regierungsschulrat Lehner mit der Wahrnehmung der Geschäfte, mit der Vertretung bei der Regierung in Regensburg beauftragt. 1953 ist Schrank unter Schwalber planmäßiger Regierungsschulrat geworden, nachdem er schon vier Jahre bei der Regierung tätig gewesen war. Schrank ist politisch völlig unbelastet. Er war 1933 in Schutzhaft. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Und die Leute greift man an!

Hartl, Schulrat in Landshut-Nord/Rottenburg. Hartl ist ein bewährter, ehemaliger Volksschullehrer, er hat im Wallenburg-Ausschuß, der auch manchen Mitgliedern dieses Hohen Hauses ein Begriff ist, sachlich mitgearbeitet und sich einen Namen gemacht. Er ist in seinen Akten als Schulrat über dem Durchschnitt qualifiziert. Warum greift man die Leute an, meine sehr verehrten Damen und Herren?!

Bevor ich zum Schluß komme, noch ein grundsätzliches Wort zu dem **Zweierlei der Standpunkte**,

die da eingenommen werden. Ich habe hier den „Südost-Kurier“ mit einem Artikel des Herrn Felder. Ich weiß nicht, ob der ein Sozialdemokrat ist?

(Abg. von Knoeringen: Er ist einer! — Abg. Priller: Ein echter! — Heiterkeit)

Er sagt, es geht niemand etwas an, man darf nicht dreinreden, der Minister hat völlig freie Hand, die müsse man ihm lassen. In der Praxis läßt man sie aber ihm nicht, wie wir gesehen haben.

(Heiterkeit bei der CSU — Abg. Dr. Eberhardt: Nicht wir, sondern Sie!)

Aber seinerzeit, als ich Minister war, wollte man mir die freie Hand nicht lassen, im Gegenteil, man wollte mich als Minister außerordentlich stark einschränken. Mir werden immer schon gerne Zügel angelegt.

(Zuruf von der SPD)

Damals hat der Herr Felder in bezug auf mich und den Erlaß der Geschäftsordnung — nicht der Geschäftseinteilung, sondern der Ordnung, die heute noch in Geltung ist — gesagt: „Wenn man auch zögernd anerkennen kann,“ — zögernd anerkennen kann — „daß sich der Minister alle Verfügungen von grundsätzlicher oder politischer Bedeutung innerhalb einer Koalitionsregierung vorbehält, so kann man keineswegs, auch bei weitgehender Toleranz, den Vorbehalt des Ministers für alle Anstellungs-, Versetzungs- und Entlassungsurkunden verstehen und billigen.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin schon der Meinung, daß es zu den Aufgaben sogar eines Ministers gehört, sich um die Personalpolitik selber mit Nachdruck zu kümmern. Aber selbst diese Kompetenzen wollte man mir damals streitig machen und absprechen, indem man sagte, das geht den Minister nichts an. Heute hört man's anders.

(Zuruf des Abg. Dr. Lacherbauer)

Die Auffassung also — das möchte ich jetzt zusammenfassen —, daß die vom Kultusminister getroffenen Maßnahmen mit den Bestimmungen der Verfassung, die die Unantastbarkeit der weltanschaulichen und politischen Gesinnung eines Beamten garantieren, vereinbar seien, ist offenbar nicht haltbar. Bayern geht unter der jetzigen Koalitionsregierung auf diesem Sektor einen bedenklichen Weg. Die Anträge und verfassungswidrigen Tendenzen und die Beschlüsse, die bisher zur Lehrerbildung gefaßt wurden — zu denen wir jetzt eine neue Tatsache zu verzeichnen haben —, sind ein weiteres Beispiel für diesen bedenklichen Weg. Man wollte auf die warnende Stimme der CSU nicht hören. Wenn sich diese Entwicklung aber fortsetzt, wird manches scharfe Wort, das früher gefallen ist, das ich selber in ein paar Ausschüssen schon gesprochen habe und das gestern hier wieder gefallen ist, am Schluß doch eine gefährliche, eine bedauerliche Rechtfertigung erfahren.

Meine Damen und Herren! Die jetzige Koalition will große Gelder für staatsbürgerliche Erziehung der Jugend und unseres Volkes vorsehen und ausgeben. Die Koalitionsfraktionen wollen Anträge stellen. Man will die Jugend und unser Volk zur Anteilnahme am politischen Leben, zur Aktivität, zum

(Dr. Hundhammer [CSU])

Sich-Bekennen, zum Mittun in einer Partei erziehen. Wo kommen wir hin, wenn dann diejenigen, die mit anständigem Charakter, mit ausgezeichnet fachlicher Qualifikation, mit langjähriger Arbeit auf einem Posten ein Bekenntnis zu einer politischen Partei ablegen, die Erfahrung machen müssen, welche die heute zur Diskussion stehenden Beamten im Kultusministerium machen mußten.

(Starker Beifall bei der CSU)

**Präsident Dr. Ehard:** Das Wort hat der Herr Staatssekretär im Staatsministerium für Unterricht und Kultus.

**Staatssekretär Dr. Meinzolt:** Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich mich mit den Ausführungen, die Herr Abgeordneter Minister Dr. Seidel gemacht hat, ganz kurz beschäftige. Gestatten Sie mir dann weiter, daß ich mich auch mit den Ausführungen des Herrn Staatsministers Dr. Hundhammer etwas eingehender befasse.

Wenn Herr Staatsminister Dr. Seidel gesagt hat, es solle bei den Beamten des Kultusministeriums, die von den Veränderungen der Geschäftsverteilung betroffen wurden, nicht der **Eindruck** erweckt werden, als würden sie nach **ähnlichen Methoden** behandelt, wie etwa die Beamten im Jahre 1933 behandelt wurden, so muß ich dazu feststellen, daß ich trotz gewissenhafter Prüfung der Verhältnisse eine Parallele zwischen der Behandlung im Jahre 1933 und der Behandlung, die jetzt, 1955, diese beteiligten Beamten erfahren, nicht zu finden vermag.

(Widerspruch bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Ich darf zwischen-durch sagen, daß ich mich bemühe, sehr nüchtern und objektiv zu der ganzen Sache Stellung zu nehmen und daß ich sehr dankbar wäre, wenn das nicht ganz außer acht gelassen werden würde. Ich darf noch einmal zusammenfassen: Bei der Feststellung, von der ich sprach, handelt es sich lediglich darum, daß viele Beamte 1933 entlassen wurden.

(Zuruf von der CSU: Nicht alle!)

Sie wurden — —

(Abg. Eberhard: Das wissen wir auch, Herr Staatssekretär!)

— Langsam! Ich spreche nicht von den Beamten des Kultusministeriums, ich spreche ganz allgemein von den Beamten des Jahres 1933.

(Abg. Eberhard: Darüber haben wir uns schon mit dem Herrn Ministerpräsidenten unterhalten!)

— Dann will ich mich, wenn Ihnen das lieber ist, nur auf die Beamten des Kultusministeriums, die jetzt zur Diskussion stehen, beschränken. Der Herr **Ministerialdirektor Dr. Mayer** wurde 1941 in den Ruhestand versetzt, eine Maßnahme, die ungerecht war und die von uns allen bedauert wird. Er ist dann 1945 wieder in das Ministerium einberufen

worden. Da münde ich jetzt gleich in etwas ein, was uns Herr Dr. Hundhammer vorhin gesagt hat. Wenn ich ihn recht verstanden habe, hat er doch in etwa eine Parallele gezogen: Ich sei damals sofort unter Überspringen der Zwischenstellen als Staatsrat einberufen worden, während der Herr Kollege Dr. Mayer zunächst nur als Ministerialrat einberufen wurde. Ich muß den Zusammenhang etwas näher erklären, nachdem er angeschnitten worden ist. Ich war 12 Jahre außerhalb des Staatsdienstes und wurde 1945 vom damaligen Herrn Ministerpräsidenten Dr. Schäffer gebeten, ich möchte doch wieder in das Kultusministerium eintreten, um das Ministerium aufzubauen, weil man wußte, daß ich im Kultusministerium Erfahrung hatte; ich war ja 10 Jahre dort tätig gewesen. Ich sollte helfen, es aufzubauen, und Herr Schäffer legte Wert darauf, daß ich unter dem Minister Hipp die leitende Beamtenstelle erhalte. So bin ich in das Kultusministerium gekommen.

(Abg. Eberhard: Das wurde und wird von der CSU nicht bestritten. Niemand hat etwas dagegen.)

— Doch, doch! Es ist vorhin von Herrn Minister Dr. Hundhammer gesagt worden: Mayer wurde als Ministerialdirektor, ich als Staatsrat in das Ministerium einberufen.

(Abg. Haas: Das war schon ein Ausspielen!)

— Ich muß es erwähnen, weil sonst mindest etwas Mißverständliches im Raum stehen bleiben könnte.

Ich darf fortfahren: Die Herren **Braun** und **Wimmer** sowie Frau **Dr. Böhm** sind durch irgendwelche Anordnungen und Handlungen des Dritten Reiches nicht erkennbar getroffen worden. Ich lasse es völlig offen, daß sie vielleicht in der Beförderung behindert worden sind. Das mag der Fall sein. Jedenfalls sind sie 1945 als Volksschullehrer in das Ministerium einberufen worden und sind heute Regierungsdirektoren im Ministerium geblieben, unverändert geblieben, meine Damen und Herren!

(Zurufe von der CSU — Abg. Meixner: Aber diskriminiert!)

— Es ist in keiner Weise eine Änderung ihres Status erfolgt. Ich wiederhole noch einmal: Es ist mir unerfindlich, wo hier die Parallelen zu 1933 liegen könnten. Man muß die Dinge so nüchtern ansehen, wie sie wirklich sind.

(Abg. Donsberger: Mayer hat monatelang nicht gewußt, was er machen sollte, weil ihm die Arbeit entzogen worden ist, Herr Staatssekretär!)

— Wann soll das gewesen sein?

(Abg. Donsberger: Am Anfang nach der Übernahme der Regierung durch die Koalition.)

— Dann würde ich es nur bedauern, daß der von mir sehr geschätzte Herr Kollege Mayer nicht den Weg zu mir gefunden hat, um mir zu sagen: Ich weiß nicht, wo ich eigentlich beschäftigt bin. — Es ist eine diesbezügliche Klage niemals laut geworden, das muß ich feststellen.

(Hört, hört! bei der SPD — Abg. Donsberger: Das wissen Sie ganz genau!)



(Staatssekretär Dr. Meinzolt)

— Nein! Das weiß ich nicht ganz genau. Es ist mir völlig unerfindlich.

Nun zu den Ausführungen, die der Herr Staatsminister Dr. Hundhammer gemacht hat. Wenn der Herr Staatsminister Dr. Hundhammer einleitend festgestellt hat, es bleibe der schwere Vorwurf der **Verfassungsverletzung** und der **Verletzung beamtenrechtlicher Vorschriften** bestehen, und wenn er das zum Ausschluß von Zweifeln am Schluß noch einmal wiederholt hat, so muß ich persönlich die Hoffnung aufgeben, den Herrn Staatsminister Dr. Hundhammer und seine Freunde eines anderen belehren zu können.

(Abg. Donsberger: Die Darlegungen haben das ja ergeben!)

Ich füge mich resigniert dieser Einsicht und darf ihr nur entgegenhalten: Meine Feststellung — ich bitte Sie, mir zu glauben, daß sie wirklich aus meiner Überzeugung kommt — ist eine andere. Die Maßnahmen, um die es sich bei der Verteilung der Geschäfte handelt, sind so beschaffen, daß sie auch bei strengster Kritik vor der Verfassung und den beamtenrechtlichen Vorschriften bestehen können.

(Abg. Dr. Hundhammer: Herr Staatssekretär, bei einem Prozeß hat immer der Beklagte eine andere Meinung als der Kläger!)

— Das ist richtig! Das tröstet mich, Herr Minister.

(Dr. Eberhardt: Warum strengt Ihr den Prozeß nicht an?)

Nun noch eine besondere Bemerkung zu den Ausführungen von Herrn Staatsminister Dr. Hundhammer. Der Herr Minister Dr. Hundhammer hat gesagt, es könne doch keinem Beamten verwehrt werden, **Informationen aus dem Ministerium** an die Leute zu geben.

(Abg. Dr. Hundhammer: Die seine Person betreffen!)

— Die seine Person betreffen! Na ja, schön! Ich möchte dazu folgendes sagen; das geht zwar ein bißchen ins Allgemeine: Ich habe natürlich nichts dagegen, wenn das geschieht.

(Abg. Dr. Hundhammer: Sie kennen ja die Erfahrungen, die ich während meiner Ministertätigkeit gemacht habe; diese gehen nach einer etwas anderen Richtung!)

— Ich kenne sie nicht, weil ich mich um diese Dinge nicht zu kümmern pflege.

(Abg. Dr. Hundhammer: Aber ich!)

— Ich kenne sie nicht. Ich möchte nur folgendes Grundsätzliche sagen: Es ist nicht erfreulich, meine Damen und Herren — bitte, nehmen Sie mir das ab —, wenn die Beamten, die nach der Verfassung doch dazu berufen sind, dem ganzen Volk und nicht Parteien zu dienen — ich will es so sagen —, überhaupt in Versuchung geführt werden, Material an Parteien hinauszutragen.

(Sehr gut! bei der SPD — Widerspruch bei der CSU — Zuruf von der SPD: Da liegt der Hase im Pfeffer!)

Meine Damen und Herren, ich spreche als alter Verwaltungsfachmann; ich muß Ihnen sagen, wenn das zur Regel wird, daß man den Beamten einen Anreiz gibt, sich so außerhalb seiner eigentlichen Dienstbehörde irgendwie

(Abg. Dr. Hundhammer: Zu verteidigen!)

beliebt zu machen — nicht zu verteidigen, das kann der Betreffende gegenüber seinem Ministerium tun, —

(Beifall bei den Koalitionsparteien — Abg. Dr. Hundhammer: Das haben wir gesehen!)

ein Verfassungsgericht und ein Verwaltungsgericht haben wir außerdem noch, an das er sich wenden könnte —, so rührt das an die Substanz einer sachlichen Verwaltung. Ich spreche hier ganz ernst. Es ist zu beklagen, wenn unter die Beamten der Ministerien und der anderen Behörden ein solcher Geist hineingetragen wird, der es ihnen als Lockung erscheinen läßt, sich außerhalb ihrer Dienststelle Auskunft über dienstliche Angelegenheiten zu geben.

(Zuruf von der CSU: Wer hat denn angefangen?)

Sie beobachten die Wirkung vielleicht nicht so wie ich, der ich Gelegenheit habe, eine Behörde mit zu leiten. Die Wirkung ist die — darf ich es einmal ganz kurz sagen —: Die einen werden dadurch, soweit sie es nicht schon sind, Streber und sagen: Was ich nicht durch die gewöhnliche Leistung auf der normalen Laufbahn erreiche, erreiche ich auf dem anderen Weg billiger und rascher. Und die anderen werden verängstigt und sagen: Das beste ist, ich suche Deckung auf, dann kann mir überhaupt nichts passieren.

(Lebhafter Beifall bei den Koalitionsparteien)

Das, meine Damen und Herren — ich stehe nicht an, es auszusprechen —, ist die ganz große Gefahr, die heute die Beamtenschaft in der inneren Verwaltung besonders bedroht.

(Abg. Dr. Hundhammer: Lassen Sie die Dinge bleiben, wie sie sind! — Weitere Zurufe)

Ich spreche hier keinen Vorwurf nach irgendeiner Seite aus, und wenn Sie wollen, kann sich der Vorwurf an alle Seiten richten.

(Zuruf von der CSU: Vorsichtiger sein!)

Ich spreche als ein Mann, der seine Beamtenstellung schweren Herzens aufgegeben hat, der aber heute noch wie ein Beamter fühlt: Fahren Sie so fort,

(Zuruf von der CSU: Sie!)

das zu verharmlosen, dann werden Sie erleben, daß der Nachwuchs an guten Männern in der öffentlichen Verwaltung allmählich aufhört.

(Sehr richtig! — Abg. Eberhard: Ausgezeichnet! Genau das ist es!)

Soweit das Allgemeine. Ich mußte es mir hier in dieser Öffentlichkeit einmal vom Herzen reden; ich habe keinen Auftrag dazu.

(Abg. Donsberger: Ihr hättet gegenüber der „Südpost“ nicht nachgeben dürfen, da rührt die Sache her! — Abg. Eberhard: Das ist zu blöd ausgeplaudert worden.)

**(Staatssekretär Dr. Meinzolt)**

— Das Wort „Südpost“ ist gefallen. Das steht im Zusammenhang mit der Behauptung des Herrn Staatsministers Dr. Hundhammer, daß die Initiative zu den **beanstandeten Maßnahmen** nicht beim Herrn Minister, sondern irgendwo anders, bei der SPD oder sonstwo gelegen haben könnte. Ich glaube, ich befinde mich mit Ihnen in Übereinstimmung, Herr Minister, wenn ich sage: Initiative ist eigentlich ein innerer Vorgang, ein Motiv, das sich im Innern bildet. Ich kann natürlich nicht für mich in Anspruch nehmen, daß ich die Initiative oder die inneren Motive des Herrn Ministers Rucker kenne, aber ich kenne wohl den Herrn Minister als Persönlichkeit,

(Abg. Dr. Hundhammer: Wir auch!)

und da muß ich sagen, daß ich zu wissen glaube, daß er eines solchen Motives nicht fähig ist

(Abg. Dr. Brücher: Sehr richtig!)

und zu seiner Anordnung solcher Aufpeitschung oder Anregungen nicht bedurft hätte.

(Abg. Dr. Hundhammer: Herr Staatssekretär, die Frage: Austritt des Ministers aus der CSU?)

— Über die Frage des Austritts des Herrn Ministers aus der CSU kann ich hier nicht reden. Mir sind die Vorfälle nicht bekannt. Ich habe auch niemals danach gefragt. Jedenfalls muß hier der Herr Minister in Schutz genommen werden, wenn unterstellt wird, er lasse sich von außerhalb diktieren, was er zu tun hat. Das ist nicht der Fall.

(Zuruf von der CSU: Die Presse!)

— Sie sagen die Presse. Vielleicht darf dazu auch ein Wort gesagt werden. Wie die Presse sich, bevor überhaupt diese Anordnungen ergangen sind, um Prognosen bemüht hat, das wäre — beinahe möchte ich sagen — einer besseren Sache würdig gewesen. Sie konnten in der Presse den von Ihnen angegebenen Katalog von Leuten, die beseitigt werden sollten, lesen. Sie konnten in der Presse lesen: Jetzt ist vor allem Herr Soundso und Herr Soundso aufs Korn genommen. Sie konnten in der Presse lesen: Wie wir ganz bestimmt wissen, fliegen die und die aus dem Ministerium hinaus.

(Abg. Junker: „In 10 Tagen“ hat es geheißt, und nach 10 Tagen hat es gestimmt. — Abg. Eberhard: Es waren immer dieselben.)

Die Pressemitteilungen waren verwirrend.

(Abg. Eberhard: Die waren sehr klar!)

Ich kann nur feststellen, die Initiative zu den kritisierten Maßnahmen ist nicht von außen hergeholt worden. Wie ich gestern schon ausführte, hat die Prüfung 9½ Monate gedauert, und dann sind eben diese Dinge zum Tragen gekommen.

Wenn Sie, Herr Minister Hundhammer — ich habe das wörtlich aufgeschrieben — glauben, eine parteipolitische Voreingenommenheit des Herrn Ministers Rucker konstatieren zu können, so muß ich dem sehr nachdrücklich widersprechen. Ich kenne den Herrn Minister aus langen Jahren genau genug, um zu wissen, daß dies nicht zutrifft.

Nun zu den einzelnen Fällen, die Herr Minister Hundhammer angeführt hat! Meine Damen und Herren, ich tue mich insofern etwas schwer, als mir gestern anlässlich Ihrer Interpellation die Rüge zuteil geworden ist, man dürfe doch nicht, was Qualifikationen von Beamten betrifft, aus dem Ministerium hinaustragen. Ich muß mich aber doch dieses Verfahrens bedienen, da ich in Erwiderung auf das, was Dr. Hundhammer vorgetragen hat, in einigen Fällen doch von Qualifikationen reden müssen. Dazu bitte ich von vornherein um Ihre gütige Nachsicht. Was Sie, Herr Minister, über die Laufbahn des Herrn **Ministerialdirektors Dr. Mayer** gesagt haben, ist zutreffend, abgesehen von dem einen Punkt, den Sie erwähnt und auf den Sie Wert gelegt haben. Bei den Vorschlägen für die Besetzung der Würzburger Professur war der Name des Ministerialdirektors Dr. Mayer, damals Regierungsrat, nicht auf der Liste.

(Abg. Dr. Hundhammer: Doch!)

— Ich darf Ihnen die Akten hierzu vorlegen; ich weiß es sicher.

Ministerialdirektor Dr. Mayer — das habe ich auch schon anlässlich der Pressekonferenz betont — ist ein ausgezeichnete, erfahrener Beamter, und es besteht kein Grund, an seinen Leistungen irgendwie Kritik zu üben. Wir hätten ihm sonst unter anderem nicht das doch immerhin wichtige Fachgebiet der Vereinfachung der Verwaltung in unserem Geschäftsbereich übertragen.

(Heiterkeit bei der CSU — Abg. Donsberger: Das hat er ja schon gehabt!)

— Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, warum ich bei solchen Feststellungen Ihre Heiterkeit errege.

(Erneute Heiterkeit bei der CSU und Zuruf: Kein Gefühl für Politik! — Gegenruf aus der Mitte: Das ist unverschämt!)

Hätten wir die Vereinfachung der Verwaltung einem andern übertragen, ich weiß nicht, ob das dann nicht auch kritisiert und gesagt worden wäre: „Aha, jetzt habt Ihr ihm auch das noch genommen, was vielleicht in seiner Zuständigkeit gelegen wäre!“

(Abg. Donsberger: Das gehört zur Verwaltung!)

Es ist das wirklich ein Beweis dafür, daß wir seine Arbeit hochschätzen.

Nun ein Allgemeines zu dem — darauf warten Sie wohl besonders —, was Herr Goppel in seiner gestrigen Anfrage gesagt hat: Wie kommt es, daß das Ministerium Beamte, von denen ich festgestellt habe, daß sie tüchtige Leute sind und ihre Sache verstehen, nun auf einmal in andere Referate versetzt hat? — Ich habe das gestern vielleicht nicht ausführlich genug dargestellt. Es handelt sich um die drei Beamten **Braun, Wimmer** und **Böhm** in den Abteilungen Volksschulen, Berufsschulen und Mittelschulen. Wie Sie vielleicht aus der Presse und anderen Nachrichtenquellen gehört haben,

(Abg. Elsen: Sie zitieren jetzt die Presse, und vorher sagten Sie, sie sei verwirrend!)

steht eine Nachprüfung des Standorts des Bildungswesens überhaupt, das heißt eine Prüfung der

**(Staatssekretär Dr. Meinzolt)**

Frage bevor, ob und inwieweit im Bildungswesen neue Wege zu gehen sind. Das wird stürmisch von Fachleuten aller Art und zum Teil von Bildungseinrichtungen gefordert, die bis jetzt nur improvisiert gewesen sind, und es wird von vielen Kreisen auch außerhalb Bayerns erwartet. Nun ist es aber so, daß Erfahrungen zwar gut sind und gar nicht unterschätzt werden sollen, in dem Augenblick aber, wo der Akzent auf der Frage liegt, ob und inwieweit neue Wege gegangen werden sollen, können festgeformte Erfahrungen unter Umständen störend sein.

(Zuruf von der CSU: Warum störend? —  
Weitere Zurufe)

Herr Regierungsdirektor Braun hat seine Erfahrungen in früherer Zeit als Volksschullehrer gehabt und ist dann seit 1945 im Ministerium in die Verwaltungsmaschinerie hineingeworfen worden.

(Zuruf des Abg. Donsberger)

Sein Rat ist auch später immer noch willkommen. Aber die festgeprägten Erfahrungen, die er gerade auf seinem Verwaltungsgebiet hat und die ihn natürlich — das liegt in der Natur der Sache — am bisherigen Zustand festhalten lassen — das geht jedem so, das geht mir auch so —, die sind in dem Augenblick, wo man neue Wege zu gehen sich überlegen muß, für ihn selbst und auch für die Sache eher ein Hemmnis als eine Förderung.

(Lebhafte Zurufe)

Genau so, meine Damen und Herren, ist es bei Frau Regierungsdirektorin Dr. Böhm. Nichts gegen sie! Ich brauche sie nicht noch mehr zu loben, als sie schon von anderer Seite und auch von mir selbst gelobt wurde.

(Abg. Dr. Becher: Wir loben sie nicht, wir haben dazu keine Veranlassung! Wir haben nur schlechte Erfahrungen mit ihr gemacht!)

Aber gerade ihre Stellung zu den Mittelschulen war eine geprägte Stellung; sie hat ja diese jetzige Form der Mittelschule aufgebaut, sie ist in ihr groß geworden, und eine Überlegung darüber, ob sie jetzt geändert werden soll und in welcher Weise sie geändert werden soll, würde gewisse Hemmnisse in den Weg setzen. Wenn Sie feststellen könnten, die von mir eben genannten Damen und Herren sind kaltgestellt worden, dann hätten Sie mit Ihrem Vorwurf recht.

(Abg. Meixner: Sind sie auch!)

Das ist aber nicht der Fall. Man muß sich, was ich gestern schon sagte, um eine Zusammenschau bemühen. Das dürfen Sie nicht einfach in den Wind schlagen. Wenn Sie daran zweifeln, dann kann ich Sie dies zu tun nicht hindern. Uns ist es jedenfalls ernsthaft mit diesem Bemühen. Das ist der eigentliche Grund, warum hier das, was von anderer Seite, nicht von mir, neckischerweise als Wachablösung bezeichnet wurde, im Ministerium vorbereitet und nun verwirklicht werden soll.

Zu den Einzelheiten! **Regierungsdirektor Braun:** Sie sagten, Herr Minister, er ist nur einmal befördert worden. Es war so, daß er inzwischen das be-

förderungsmögliche Alter von 62 Jahren überschritten hat, und zwar schon in einer Zeit, die vor der Zeit des gegenwärtigen Herrn Ministers lag. Die Frage, ob er befördert wird, hätte also in diesem Zeitpunkt eine Rolle spielen können; in dem jetzigen Zeitpunkt spielt sie gar keine Rolle.

(Zurufe von der CSU)

Darum ist dieser Vorwurf gegenüber dem jetzigen Herrn Minister wohl nicht zu halten.

(Erneute Zurufe)

Bei Herrn **Wimmer** beanstanden Sie u. a., daß er jetzt nur 7 Beamte zu betreuen hat. Die Aufgabe des Referenten für das Berufsschulwesen liegt nicht in der Betreuung von Beamten,

(Sehr richtig! und lebhafter Beifall bei den Koalitionsparteien)

— die hat er nie gehabt, sondern die Aufgabe liegt in der Pflege, in der Förderung des Berufsschulwesens.

(Sehr richtig! bei den Koalitionsparteien —  
Abg. Donsberger: Die Bestimmung liegt fest!)

Das, was ihm weggenommen worden ist, ist die Anzahl von Beamten, die an den beiden Ausbildungsstätten, dem Berufspädagogischen Institut und dem Institut für landwirtschaftlichen Unterricht, tätig sind. Höher war das Heer der Beamten bei Wimmer überhaupt nie. Das ist kein Gesichtspunkt. Wenn wir die Ausbildung der Lehrer aus seinem Referat entnommen und in ein besonderes Referat zusammengefaßt haben — das habe ich Ihnen gestern schon erklärt —, so nur deshalb, weil es uns sinnvoller erschien und auch wirklich ist, die Ausbildungsfragen für alle Arten von Lehrern, Volksschul-, Berufsschul- und Mittelschullehrern, in einer Hand zu vereinigen. Deswegen mußten wir Herrn Regierungsdirektor Wimmer die Ausbildung aus dem Referat nehmen. Und die zweite Folge: Er hat das Referat „Landwirtschaftliche Berufsschulen“ an Regierungsdirektor Braun abgegeben, weil Regierungsdirektor Braun seinerseits wieder für sein Volksschulreferat eines Ersatzes bedurfte. Das sind also sich technisch notwendig erweisende organisatorische Änderungen, die mit der Qualifikation von Regierungsdirektor Wimmer auch nicht das mindeste zu tun haben.

Über Frau **Regierungsdirektorin Dr. Böhm** habe ich mich vorhin schon kurz geäußert. Wenn Sie sagen, Herr Minister, man mutet ihr die Stellvertretung dieses Referates zu, dann wäre doch, wenn das nicht geschehen wäre, wenn man sie auch der Stellvertretung beraubt hätte, wohl geltend gemacht worden, Ihr verfolgt sie sogar so weit, daß Ihr ihr nicht einmal die Stellvertretung gebt.

(Lachen bei der CSU)

Der Vorwurf wäre unausbleiblich gewesen. Ich habe dem Herrn Minister vorgeschlagen, ihr die Stellvertretung zu belassen, weil sie dadurch in Verbindung zu dem bisher von ihr verwalteten Referat bleibt. Im übrigen ist ihr Nachfolger, Schulrat Dr. Hagen, nicht erst in der Zeit des Dritten Reiches nach Dresden gekommen, sondern schon 1928 dorthin berufen worden, weil seine wissen-

**(Staatssekretär Dr. Meinzolt)**

schaftliche Bedeutung auf dem Gebiete des Volksschulwesens und der Lehrerausbildung im besonderen sich schon damals herumgesprochen hatte. Während des Krieges war er dann bei der Wehrmacht und dann ist er zu uns nach Bayern zurückgekehrt.

(Zuruf von der SPD: Also ein Bayer und kein Ausländer!)

— Ein waschechter Oberfranke aus Bayreuth! Es ist damit zu rechnen — das darf ich zu seiner Ehre sagen —, daß Herr Hagen, der im Volksschulleben groß geworden ist und sich mit allen Fragen der Ausbildung intensiv beschäftigt hat, sich sehr wohl in das Referat Mittelschulen wird einarbeiten. Soviel über Dr. Hagen!

Auf die Fragen bezüglich der Schulräte usw. hier zu antworten, darf ich mir wohl ersparen, weil ich glaube, daß diese Dinge mit dem Thema, um das es heute geht, nämlich mit der Interpellation und ihrer Beantwortung, nicht so eng zusammenhängen, daß man sie hier zu erörtern hätte. Herr Minister Dr. Hundhammer, Sie haben sich darüber statistisches Material verschafft. Ich freue mich, daß Sie der Statistik also auch eine gewisse Bedeutung beimessen.

(Beifall und Heiterkeit bei den Koalitionsparteien — Abg. Dr. Hundhammer: Herr Staatssekretär, dieses Material kann ein Sekretär liefern, dafür braucht man nicht einen so hochqualifizierten Beamten!)

— Der kann es vielleicht liefern. Aber diese Statistik — Sie spielen natürlich auf **Dr. Merkt** an — ist nicht so einfach; denn es handelt sich nicht um ein einfaches Ausschreiben aus vorhandenem Material, sondern es setzt das schon eine wissenschaftliche oder theoretische Vorbildung dafür voraus, die Herr Dr. Merkt als Mann, der von der Volkswirtschaft herkommt, zweifellos besitzt.

(Abg. Dr. Hundhammer: Das macht das Statistische Landesamt!)

— Diese neue Statistik wollen wir im Hause machen. Wir können nicht das Statistische Landesamt mit all dem befassen. Vom Landtag wird ja stürmisch verlangt zum Beispiel eine Übersicht über die Verteilung der höheren Schulen in Bayern, über die Vorgeschichte der einzelnen Schulen, inwieweit sie sich bewährt haben, ob Schulen ehrwürdig sind, wo sich die nächste Schule dieser Gattung befindet usw.

(Abg. Dr. Hundhammer: Registratur und Statistik sind wichtige Hilfsmittel.)

— Wem sagen Sie das?

(Abg. Dr. Hundhammer: Aber dafür können wir doch die Leute nicht dorthin abschieben!)

— Ich möchte mich auf den Fall Dr. Merkt nicht weiter einlassen. Wir kommen offenbar nicht zusammen. Ich möchte nur das eine noch sagen: Wenn Herr Dr. Merkt nicht ausgelastet ist, würde ich mich freuen, wenn er eines Tages bei mir vorstellig würde und sagen würde, Herr Staatssekretär, ich habe nicht das, was ich alles arbeiten kann, bitte,

geben Sie mir etwas weiteres. Dem Mann kann geholfen werden.

(Große Heiterkeit und Beifall bei den Koalitionsparteien — Zuruf von der SPD: Sie meinen also nicht, daß er zu Dr. Hundhammer gehen soll!)

Die Veränderungen Dr. Schrettenseger und Osterhuber sind, das habe ich schon gesagt, technische Vorgänge, wie sie sich immer wiederholen. Sie haben selbst gesagt, Schrettenseger ist nach seiner ganzen Qualität und nach seiner Stellung, nach seiner weltanschaulichen Art mit Osterhuber durchaus gleichrangig. Wenn wir einen Austausch vornehmen, so haben wir dabei keinerlei Nebenabsichten.

(Abg. Eberhard: Warum ist es dann gemacht worden?)

Weil der Herr Kollege Schrettenseger bislang das Rechtsreferat über die Mittelschulen hatte und nachdem der Mittelschulreferent gewechselt hat, haben wir gedacht, es wird richtig sein, auch den Rechtsreferenten, der ja im engsten Zusammenhang mit ihm arbeiten muß, mit zu wechseln;

(Lachen bei der CSU — Zahlreiche Zurufe von der CSU)

— Meine Herren, ich kann Sie nicht davon überzeugen.

(Abg. Dr. Eberhardt: Das kann ein Irrtum sein, aber verfassungswidrig ist es nicht, wenn das Ministerium so denkt!)

Meine Herren! Wenn Sie natürlich dem Ministerium von vornherein schlechten Willen in allen seinen Anordnungen unterstellen, dürfte ich mit Engelszungen reden und könnte Sie nicht überzeugen.

(Abg. Dr. Brücher: Sehr richtig!)

Wenn Sie glauben, daß ich ein Mann von einer starken Primitivität der Logik und des Denkens bin, so können Sie diese Meinung äußern, aber das stört mich nicht; denn ich glaube, daß das, was ich sage, nicht verdient, so zu Ihrer Erlustigung beizutragen, wie Sie mir das offenbar entgegenbringen.

(Abg. Dr. Eberhardt: Solche Primitivität des Denkens wäre jedenfalls nicht verfassungswidrig!)

Nun zur Frage des Herrn **Dr. Heubl**, der ein halbes Jahr nach seinem Kollegen zum Regierungsrat ernannt worden sei. Das mag wohl richtig sein. Es entspricht der Übung des Ministeriums, daß man hier nach der Qualifikation geht. Ob die um drei Zehntel schlechter ist als die seines Kollegen, will ich gern nachprüfen und ihm darüber Bescheid sagen. Mir ist es nicht geläufig.

Was Sie von der Studentenverbindung „Ottonia“ sagen, Herr Minister, das weiß ich auch nicht.

(Abg. Dr. Hundhammer: Das war nicht von Ihnen ausgegangen, sondern kam von anderer Seite!)

Ich habe erfahren, daß es diese Verbindung gibt, das war mir bekannt, aber nicht, daß diese Leute ihr angehören.

(Staatssekretär Dr. Meinzolt)

Daß die Abberufung des Herrn Dr. Schwerdt im Jahr 1945

(Abg. Dr. Hundhammer: Im Jahr 1945 hinein- und im Jahr 1946 hinausversetzt!)

— im Jahre 1946, hier herangezogen wird, tut mir besonders weh. Herr Schwerdt, den ich, auch als einen Lehrer meiner Söhne, sehr gut kenne, war Studienrat am Maxgymnasium. Wir haben ihn in der schwierigsten Zeit gern ins Ministerium aufgenommen. Nun hat sich ergeben, daß die Leitung der Abteilung höhere Schulen doch in die Hand eines Mannes gelegt werden soll, der nicht in der Stellung eines Studienrats, also eines Lehrers, draußen geblieben ist, sondern der auch schon die Erfahrung in der Anstaltsleitung hat. So sind wir auf den Professor — der damals, glaube ich, schon im Ruhestand war — Oberstudienrat Dr. Wüst gekommen und ich habe in einer eingehenden Unterredung mit Herrn Dr. Schwerdt damals festgelegt, daß das keinerlei Mißtrauen gegen ihn sei. Wir haben ihn sofort zum Oberstudiendirektor des Maxgymnasiums ernannt, das eines der bedeutendsten Gymnasien in Bayern ist, was also auch nicht so aussieht, als wollten wir es ihn entgelten lassen oder ihm Mißtrauen entgegenbringen.

Meine Damen und Herren, das ist das, was ich vorläufig auf die Ausführungen Herrn Dr. Hundhammers zu sagen hatte. Am Schluß — nachdem Herr Dr. Hundhammer am Ende seiner Rede noch einiges Grundsätzliche gesagt hat — lassen Sie mich nun auch noch ein Doppeltes sagen.

Einmal schien es mir unbedingt erforderlich, daß im Staatsministerium für Unterricht und Kultus — das, wie Sie gestern gesagt haben, von einem Wellenschlag hin- und hergetrieben wird; übrigens so stark ist dieser Wellenschlag gar nicht, wenn ich ihn auch spüre — Ruhe eintritt; nicht die Ruhe, von der Sie sagen würden: das ist Resignation. Das ist nicht der Fall,

(Abg. von Feury: Die war ja drin!)

da stehen wir dafür; es handelt sich nicht um eine Resignation, ein Sich-unabdingbar-Hineinfinden für die betroffenen Mitarbeiter, sondern die Ruhe, die jeder zum Schaffen braucht, der seine Tätigkeit ernst nimmt.

Ein Zweites: Der Herr Minister und ich — und ich glaube, auch für den Herrn Minister sprechen zu dürfen —, wir sind auch weiterhin entschlossen, die Kulturpolitik so zu führen, daß der Akzent auf der Kultur und nicht auf der Politik liegt.

(Starker Beifall bei den Koalitionsparteien)

**Präsident Dr. Ehard:** Meine verehrten Damen, meine Herren! Ich habe acht Redner auf der Liste stehen. Ich möchte empfehlen, daß wir aber jetzt abbrechen, weil um 2 Uhr eine Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses sein soll, und daß wir um 3 Uhr wieder weiterfahren.

Nächste Rednerin ist dann Frau Abgeordnete Dr. Brücher. Schluß der Rednerliste?

(Zurufe: Nicht Schluß der Rednerliste!)

Fortsetzung um 3 Uhr!

(Unterbrechung der Sitzung: 12 Uhr 6 Minuten)

Wiederaufnahme der Sitzung: 15 Uhr 2 Minuten.

**Präsident Dr. Ehard:** Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wir nehmen die Sitzung wieder auf und fahren in der Aussprache über die Interpellationen fort.

Zum Wort hat sich gemeldet Frau Abgeordnete Dr. Brücher. — Ich darf noch sagen, wir haben zur Zeit neun Wortmeldungen.

**Dr. Brücher (FDP):** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Hundhammer hat uns zu Beginn seiner Ausführungen in ernstem Ton darauf hingewiesen, daß es darauf ankäme, bei der eigentlichen Fragestellung der Interpellationen zu bleiben. Wir hätten dieser Auffassung gern Folge geleistet, aber da er sich in den weitesten Teilen seiner Ausführungen überhaupt nicht an die Fragestellung der Interpellationen gehalten hat, sondern glaubte, uns hier eine Rechtfertigung seiner Personalpolitik schuldig zu sein, müssen wohl auch wir etwas eingehender auf die angeschnittenen Probleme eingehen und werden auch über die eigentliche Fragestellung der Interpellationen hinaus sprechen müssen.

Ich darf zunächst eine grundsätzliche Bemerkung machen. Meine verehrten Damen und Herren, die Freie Demokratische Partei, für die ich die Ehre habe, hier zu sprechen, ist immer der Auffassung gewesen, daß die **Geschäftsverteilung der Ministerien** eine Angelegenheit der Exekutive ist, die den Landtag nicht zu beschäftigen hat. So haben wir es in der Opposition gehalten und so halten wir es auch in der Regierung.

(Zurufe von der CSU, darunter des Abg. Kurz: — — Koalitionsausschuß!)

Meine Damen und Herren, es ist doch eigentlich eine simple Selbstverständlichkeit, daß, wenn eine Regierung gebildet wird, die sich ein Programm stellt und einen Minister verantwortlich mit den Aufgaben der Verwirklichung dieses Programms beauftragt, dieser Minister auch die Möglichkeit haben muß, seine Leute, seine Mitarbeiter so einzusetzen, wie er es für richtig hält, um dieses Regierungsprogramm verwirklichen zu können. Er muß auch die Möglichkeit haben, meine Damen und Herren, sich neue Leute zur Mitarbeit heranzuziehen, wenn er der Ansicht ist, daß neue Aufgaben auch neue und andere Kräfte, neue Initiativen verlangen.

(Zurufe von der CSU — Beifall bei den Regierungsparteien)

Das ist doch eine Selbstverständlichkeit, und wir verstehen die aufgebauschte Empörung des früheren Herrn Kultusministers nicht. In jedem Betrieb ist das so, überall ist es so, daß ein verantwortlicher Mann mit einem Team arbeiten muß, auf das er vertrauen kann.

(Zurufe von der CSU)

Meine Damen und Herren! Es ist ja etwas Alltägliches im öffentlichen Dienst, daß Geschäftsverteilungen geändert werden. Ich erinnere nur daran, daß in allerjüngster Zeit in den meisten Ministe-

(Dr. Brücher [FDP])

rien die Geschäftsverteilungen geändert wurden, ohne daß dazu hier im Landtag Interpellationen eingebracht wurden und man den Anschein erweckt, als sollten einige Leute hingerichtet werden.

(Zurufe von der CSU)

So muß man doch nach dem Tenor Ihrer Empörung schließen.

(Abg. Dr. Wüllner: Der Staatssekretär macht schon einen bedrückten Eindruck!)

Meine Damen und Herren! Geschäftsverteilungsänderungen sind etwas Alltägliches. Weshalb soll ausgerechnet die Geschäftsverteilung, die die CSU in einem Ministerium durchgeführt hat, nun für alle Ewigkeit tabu sein?

(Sehr gut! bei der SPD)

Das können wir nicht einsehen, und das wollen wir auch nicht einsehen.

(Zuruf von der CSU: Auf das letztere kommt es an!)

Uns scheint es sogar so, meine verehrten Kollegen von der CSU, daß die Stärke Ihres Wehklagens und Ihrer Empörung am allerbesten den Beweis dafür liefert, wie einseitig Sie alle **Schlüsselstellungen im Ministerium** besetzt haben.

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU — Beifall bei den Koalitionsparteien)

Die sehr weitgehenden Informationen des Herrn Abgeordneten Dr. Hundhammer — wir haben nicht so gute Informationen — bürgen doch dafür, wie eng die Beziehungen und die Fäden zwischen dem Ministerium und den Oppositionspolitikern sind.

(Abg. Dr. Hundhammer: Man sollte dem besser Informierten Glauben schenken! — Zuruf des Abg. Dr. Wüllner)

Meine Damen und Herren! Es ist ja kein Geheimnis, daß der jetzige Abgeordnete Dr. Hundhammer sein Ministerium — so stand es auch kürzlich in einer großen Zeitung zu lesen — zu einer Bastion ausgebaut hat, die ziemlich uneinnehmbar ist, und daß es nicht einmal, das möchte ich hinzufügen, Ihrem Amtsnachfolger Dr. Schwalber gelungen ist, diese Bastion zu besetzen.

(Abg. Dr. Wüllner: Er hat es ja auch nicht versucht! — Heiterkeit und Widerspruch bei der CSU)

— „Oh, rühret nicht daran!“

Nach den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Hundhammer müßte man das Gefühl haben — und das möchte ich meinen Worten vorausschicken —, daß der Wiederaufbau des bayerischen Schul- und Erziehungswesens nach dem Kriege eine Angelegenheit von vier Leuten, vier Beamten des Ministeriums gewesen sei. Diese Meinung möchten wir ganz entschieden zurückweisen. Daß es uns gelungen ist, unser Schul- und Erziehungswesen

(Zuruf von der CSU: Was heißt „uns“?)

so relativ schnell wieder auf die Beine zu bringen,

(Abg. Pittroff: Gehören wir nicht dazu?)

ist das Verdienst jedes Beamten, aller Lehrer und jeder Frau und jedes Mannes, die draußen unter schwersten Bedingungen daran mitgearbeitet haben.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Bevor ich auf einige grundsätzliche Dinge komme, möchte ich nur ein paar **Bemerkungen zu den Einzelheiten** machen, die Herr Dr. Hundhammer hier angeführt hat. Zunächst will ich etwas korrigieren, Herr Abgeordneter Dr. Hundhammer, Sie haben hier bekanntgegeben, daß die Herren Baumann, Simon und Ebert der Sozialdemokratischen Partei angehören.

(Abg. Dr. Hundhammer: Wollen Sie die für Ihre Partei reklamieren?)

— Das möchte ich gar nicht, ich habe mich nur informieren können, daß das nicht der Fall ist. Diese falsche Information, die Sie uns hier gegeben haben, beweist doch eine gewisse Oberflächlichkeit Ihrer Charakteristik.

(Heiterkeit und Widerspruch bei der CSU — Beifall bei den Koalitionsparteien)

— Warum regen Sie sich denn so auf?

(Abg. Dr. Hundhammer: Sind es Naheständler?)

— Man muß vorsichtig sein, Menschen politisch abzustempeln, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Aber wir haben eben die Vermutung, wenn schon in diesen Informationen die Ausführungen des Herrn Dr. Hundhammer nicht ganz hieb- und stichfest sind, daß sie es vielleicht in anderen Punkten auch nicht so ganz sind.

(Abg. Kurz: Das ist aber auch oberflächlich!)

Ich möchte nur auf ein paar Dinge hinweisen. Herr Dr. Hundhammer, Sie erwähnten die Blitzkarriere eines Herrn, von dem ich nicht genau weiß, wer es gewesen ist. Aber ich möchte daran erinnern, daß gerade der Herr Regierungsdirektor Braun gar nicht einmal die einzelnen Sprossen der Stufenleiter hinaufbefördert, sondern in einem Schwung vom Lehrer zum Oberregierungsrat befördert wurde, ohne daß er die einzelnen Beförderungsstufen durchlaufen hat.

(Abg. Dr. Hundhammer: Aber nicht durch uns! — Unruhe bei der SPD)

— Nicht durch Sie?

(Abg. Dr. Hundhammer: Ich habe gesagt, er ist als Oberregierungsrat von den Amerikanern hereingeholt worden!)

— Ja, aber die Amerikaner haben die Leute wieder nur auf Empfehlung anderer hereingeholt.

(Starker Beifall von den Koalitionsparteien — Abg. Dr. Hundhammer: Frau Kollegin Brücher, die Amerikaner haben aber immer auf die Empfehlungen der Sozialdemokratie und Ihrer Partei mehr gehört als auf die meinen! — Unruhe)

— Das kann ich heute nicht nachprüfen.

(Abg. Dr. Hundhammer: Kennen Sie die Namen Captain Beer und andere?)

(Dr. Brücher [FDP])

Auf jeden Fall ist es doch eine ganz einfache Feststellung, daß der eine Herr, den Sie bei Ihrer Aufzählung genannt haben, die einzelnen Stufen der Beförderung ordnungsgemäß durchlaufen hat, während Ihr Protégé — möchte ich einmal sagen — mit einem Riesensprung nach oben befördert wurde. Aufgefallen ist uns weiter, Herr Abgeordneter Dr. Hundhammer, daß Sie unter den von Ihnen erwähnten Leuten bei der Bekanntgabe der Qualifikationen nur die des Herrn Ministerialdirektors Mayer und nicht die Qualifikationen der anderen Herren erwähnt haben. Wir bedauern auf jeden Fall, daß überhaupt Qualifikationen in der Öffentlichkeit — —

(Zurufe von der SPD: Sehr richtig! Bravo! —  
Abg. Dr. Hundhammer: Wo sind die hergekommen? Von der Pressekonferenz und von den anderen Leuten!)

— Ich habe doch keine Pressekonferenz abgehalten!

(Zuruf von der CSU)

Ich möchte nur feststellen, daß dies Dinge sind, die unserer Überzeugung nach nicht in die Öffentlichkeit gehören.

Nun, Herr Dr. Hundhammer, Sie erwähnten weiter, daß der Herr Regierungsdirektor Braun als Leiter der Volksschulabteilung den Bayerischen Lehrerverein aufgefordert habe, doch geeignete Leute für **Beförderungsstellen** zu nennen. Ich sehe mich deshalb veranlaßt, hier einen Ausspruch zu zitieren, den seinerzeit der Herr Regierungsdirektor Braun gegenüber dem damaligen Vorsitzenden des Lehrervereins, Herrn Rektor Hartmann, getan hat, und hier bitte ich um Ihre Aufmerksamkeit.

(Abg. Dr. Hundhammer: Sie wollen wahrscheinlich sagen, daß der Minister erklärt, die Entscheidung über die Berufungen — —)

Also der Herr Regierungsdirektor Braun sagte zu Rektor Hartmann: „Sie können es dem Minister“ — damals Dr. Hundhammer — „nicht verdenken, wenn er die zu Schulräten macht, die auf seiner politischen Linie liegen“.

(Lärmende Heiterkeit, vor allem bei der SPD —  
Abg. Dr. Hundhammer: Dieses Zitat ist gefälscht! Ich werfe Ihnen hiermit öffentlich vor, daß dieses Zitat gefälscht ist!)

— Das müssen Sie dem Bayerischen Lehrerverein vorwerfen, daß dieses Zitat gefälscht worden ist. Jedenfalls ist aber bisher nicht nachgewiesen worden, daß es gefälscht ist. Deshalb zitiere ich es hier, und ich glaube, daß es genau so gewesen ist, Herr Abgeordneter Dr. Hundhammer.

(Unruhe — Zurufe von der CSU)

Ich möchte nur an ein paar Fälle erinnern, die uns auch schon hier im Landtag beschäftigt haben, z. B. der Fall des **Regierungsschulrats Dr. Burgard**, an den wir uns alle noch erinnern können. Herr Dr. Burgard ist wegen seiner Verstöße gegen die Verfassung Anlaß eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses gewesen, und es hat sich ganz klar erwiesen, daß dieser Mann seine Untergebenen

unter einen Gewissensdruck gesetzt hat. Ein folgendes Dienststrafverfahren hat das auch noch einmal bewiesen. Im Fall des Herrn Dr. Burgard haben seine vorgesetzten Beamten, der Herr Regierungsdirektor Braun und noch ein Herr, das Vorgehen des Herrn Burgard gedeckt, und es ist bis heute noch nicht zu einem Dienstaufsichtsverfahren gekommen, in dem einmal festgestellt worden wäre, weshalb eigentlich der Herr Regierungsdirektor Braun die Vergehen, die Verstöße des Herrn Burgard gegen die Verfassung gedeckt hat.

Auch einen anderen Fall, den eines **Schulrats Reichert** in Regensburg, möchte ich hier noch kurz erwähnen; meine Kollegen werden den Fall noch weiter ausführen.

(Zuruf)

Es tut mir leid; heute ist so viel von der weißen und unbefleckten Weste gesprochen worden, und ich möchte Ihnen sagen, daß man auch bei der weißen Weste mit zweierlei Maß gemessen hat. Dieser Herr Dr. Reichert war nämlich bis 1933 im Bayerischen Lehrerverein; 1934 wurde er NSLB-Berichterstatler über die Erziehung im nationalsozialistischen Staate im Berufspädagogischen Institut in München, das unter dem Vorsitz des Kultusministers Schemm stand. So weit, so gut! Später ging er zur Wehrmacht und wurde Oberst. Nach dem Krieg war er Geschäftsführer bei der Katholischen Aktion in Regensburg und dann Mitbegründer der Katholischen Erziehergemeinschaft. Dann ist er schließlich Schulrat usw. geworden. Sie sehen also, meine Damen und Herren, daß es mit der weißen Weste dieses Herrn ebenso bestellt gewesen sein kann, wie mit der von vielen anderen, die hier erwähnt worden sind.

Es ist uns auch bekannt geworden, daß einer der Beamten, von denen Sie sagen, daß seine weiße Weste ihn nach Kriegsende besonders dazu qualifiziert hätte, in leitende Positionen zu kommen, eine wissenschaftliche Arbeit über Rassentheorie verfaßt hat; ein anderer wiederum war nicht so antinationalistisch eingestellt, wie Sie es heute gerne wahr haben möchten. Es ist doch eine Tatsache,

(Zuruf des Abg. Donsberger)

Herr Abgeordneter Hundhammer, und wir im Landtag, im Eingaben- und Beschwerdeausschuß und in den anderen Ausschüssen, machen heute noch die Erfahrung, daß in Ihrem Ministerium eine Art **Sonderentnazifizierung** betrieben worden ist. Ein junger Mann — ich habe ihn nicht persönlich kennengelernt — hat in allen Fällen der Wiedereinstellung von Lehrkräften noch einmal eine eigene Art der Entnazifizierung durchgeführt, die eben nach gewissen Richtlinien vorgenommen wurde, die der damaligen Regierung genehm waren.

Es ist uns infolge der Kürze der Zeit unmöglich, die **Statistik der Schulräte** nachzuprüfen; aber ich möchte doch die Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, daß z. B. in der Oberpfalz das Verhältnis der Schulräte so ist, daß 56 Prozent der Katholischen Erziehergemeinschaft angehören und nur der Rest der Schulräte dem Bayerischen Lehrerverein. Ähnlich soll es in Niederbayern sein.

(Zuruf von der CSU: „Soll!“)

(Dr. Brücher [FDP])

Während unter den Lehrkräften — —

(Abg. Magerl: Geht es um unsere Kinder oder um die Schulräte?)

— Jawohl, da haben Sie vollkommen recht.

(Heiterkeit bei den Koalitionsparteien —  
Abg. Klotz: Das war g'scheit!)

Ich möchte aber nur auf das ganz anders gelagerte Zahlenverhältnis zwischen den Mitgliedern des Bayerischen Lehrervereins und den Mitgliedern der Katholischen Erziehergemeinschaft hinweisen. Im Bayerischen Lehrerverein sind 23 000 bayerische Volksschullehrer, während die Katholische Erziehergemeinschaft leider nie genaue Zahlen über ihren Mitgliederstand bekannt gibt. Die höchste Zahl, die ich hier gehört habe, ist 5000, worin aber auch Lehrer von höheren Schulen und andere Erzieher inbegriffen sind, die gar nicht im Volksschulwesen tätig sind. Man spricht davon, daß höchstens 1500 dieser Mitglieder Volksschullehrer sind. So etwa, meine Damen und Herren, stellt sich in der Öffentlichkeit das Verhältnis der verschiedenen Kräfte innerhalb der Lehrerschaft dar, das bei der Besetzung der Schulratsstellen aber gerade in das Gegenteil umgedeutet wurde.

Nun, Herr Abgeordneter Dr. Hundhammer, Sie nannten Prozentzahlen über die **Mitgliedschaft und Anwartschaft in der Partei** aus dem Dritten Reich. Sie sagten, daß im Bayerischen Lehrerverein sozusagen die Anfälligkeit sehr viel größer gewesen sei als im Katholischen Lehrerverein. Ich möchte das Verhalten der beiden Lehrervereine, da Sie davon gesprochen haben, doch noch einmal kurz streifen. Ich habe hier eine Darstellung über das Verhalten des Bayerischen Lehrervereins. Da erschien im Herbst 1933 eine Schrift von Dr. Nüchter, der uns allen bekannt ist. Dort hat es geheißen:

„Ist es nicht doch an der Zeit zu prüfen, ob denn alles Rauch und Rausch war, was in den vergangenen Jahren gesagt wurde, daß die Lehrer sein sollen Sachwalter der Unmündigen, Sachwalter des Rechtes der Kinder, im Notfalle auch gegen den Staat, sogar gegen Maßnahmen des totalen Staates?“

Diese Schrift wurde von der Gestapo beschlagnahmt, meine Damen und Herren.

Das war im Herbst 1933, während bereits am 4. Mai 1933 vom Verein katholischer deutscher Lehrerinnen und vom Katholischen Lehrerverband eine Vereinbarung veröffentlicht wurde, in der es in der Ziffer 1 hieß, daß von den bisherigen Grundsätzen des Katholischen Lehrerverbandes — Treue dem Glauben, Treue dem Vaterland usw. — ich zitiere wörtlich — eine gerade Linie in die neue Zeit führt,

(Oh, oh! vor allem bei der SPD)

und daß weiter, meine Damen und Herren, die Gemeinschaft katholischer deutscher Erzieher den Führergedanken anerkennt und in ihren Satzungen verankert.

(Hört, hört! bei der FDP)

Und weiter heißt es in Ziffer 4 dieser Veröffentlichung des Vereins katholischer deutscher Leh-

rerinnen und des Katholischen Lehrerverbandes, daß der Verein den Staatswillen der Regierung restlos bejaht und freudig unterstützt.

(Hört, hört! bei der Koalition)

Soweit, meine sehr verehrten Damen und Herren, das Verhalten des Katholischen Lehrerverbandes zu Beginn des Jahres 1933. Vielleicht wird es Sie noch interessieren, daß der seinerzeitige Vorsitzende des Katholischen Lehrerverbandes, wie auch der Abgeordnete Dr. Hundhammer sagte, jener Herr Regierungsdirektor Braun war, von dem im Zusammenhang mit den jetzigen Versetzungen soviel die Rede war.

(Heiterkeit bei der Koalition — Abg. Dr. Hundhammer: Sie haben den deutschen und den bayerischen verwechselt, und es ist eine bewußte Unterstellung, Braun haftbar zu machen für das, was der deutsche Verband geschrieben hat!)

— Herr Abgeordneter Dr. Hundhammer, ich kann mich nur auf die Informationen stützen, und diese Informationen lauten — —

(Abg. Dr. Hundhammer: Dann dürfen aber keine Personenverwechslungen von so schwerwiegender Bedeutung vorkommen!)

— Ich weise den Vorwurf, daß es eine bewußte Unterstellung gewesen sei, zurück.

(Zuruf von der CSU: . . . fahrlässig!)

Ich wiederhole, daß seinerzeit der jetzige Herr Regierungsdirektor Braun Vorsitzender des Katholischen Lehrerverbandes war.

(Abg. Nagengast: Sie haben geweint, weil Sie der Minister Schwalber widerlegt hat; damals hat Sie Schwalber heimgeschickt!)

— Da habe ich aber auch recht behalten.

(Heiterkeit — Abg. Nagengast: Nein, eben nicht!)

Es ist hoch unerfreulich, in diesen Dingen herumzugraben und diese Dinge vorbringen zu müssen; aber es ist notwendig, wenn auf der einen Seite Vorwürfe erhoben werden, daß der eine Verein etwas standhafter war als der andere, der Wahrheit die Ehre zu geben und zu sagen, daß auch anderswo die Standhaftigkeit nicht gerade übermäßig groß war.

(Abg. Kallenbach: Ermächtigungsgesetz!)

Nun aber zu der sachlichen Seite, zu der **Notwendigkeit der Besetzungen** im Kultusministerium. Und hier, Herr Dr. Hundhammer, haben Sie mich als ehemaliger Kultusminister enttäuscht; denn es müßte doch auch Ihnen klar sein, daß es notwendig ist, wenn im Schul- und Erziehungswesen neue Probleme auftauchen —

(Abg. Dr. Hundhammer: Viel Bewunderung für mich haben Sie nie aufgebracht! — Heiterkeit — Gegenruf von Dr. Wüllner: Haben Sie darauf Wert gelegt?)

— Ihre Zielbewußtheit habe ich immer sehr bewundert, Herr Abgeordneter Dr. Hundhammer, und ich habe sie mir zum Vorbild genommen.

(Abg. Dr. Hundhammer: Das freut mich! — Heiterkeit)



(Dr. Brücher [FDP])

Ich möchte Sie als ehemaligen Kultusminister ansprechen. Sie haben in Ihren Ausführungen mit keinem Wort überhaupt die Möglichkeit erwähnt, daß es in der Entwicklung der pädagogischen und schulischen Fragen notwendig sein könnte, neue Leute in ein Ministerium hereinzuholen, um neue Gedanken zu erörtern, zu bearbeiten und dann zu verwirklichen, und daß es einfach notwendig ist, daß Initiative und Impulse gerade auf dem schulischen Gebiet aufgegriffen und vorangetragen werden.

(Abg. Donsberger: Da gibt es einen einfacheren Weg!)

Meine Damen und Herren! Man muß — und man tut es auch, wenn man die Leistung eines Menschen im Berufsleben qualifiziert — beurteilen, was dieser Mann tut; dann kann man aber auch darnach urteilen, was er alles nicht tut. Wir sprechen den verschiedenen Herren im Kultusministerium, die jetzt auf einen anderen Posten versetzt worden sind, gar nicht ab, daß sie ungeheuer tüchtig gewesen sind, daß sie auf ihrem Gebiet viel geleistet haben. Aber wir meinen eben, daß viele schulpolitisch wichtige Dinge unterblieben sind und daß diese Dinge jetzt in die Hand genommen werden müssen.

(Abg. Dr. Seidel: Daß sie diese Dinge auf Grund ihrer Weltanschauung nicht bewältigen können, das ist Ihre Auffassung!)

— Nicht auf Grund ihrer Weltanschauung, Herr Kollege Dr. Seidel,

(Abg. Dr. Seidel: Deshalb sind sie versetzt worden!)

sondern weil sie für die Fragen, die sie jahrelang nicht behandelten, offenbar kein Interesse und keine Zuständigkeit hatten. Ich möchte Ihnen nur ein paar Beispiele sagen für das, was im Kultusministerium unserer Überzeugung nach

(Zurufe von der CSU)

— entschuldigen Sie, wir haben auch eine Überzeugung! —

(Sehr gut! und Beifall bei den Koalitionsparteien)

alles unterlassen wurde. Zunächst waren wir alle überzeugt, daß gewisse **Grundsätze und Maßnahmen der Schulreform**

(Zuruf des Abg. Donsberger)

unbedingt notwendig wären und daß alle Ansätze zur Schulreform in den Schubladen versandet sind und nichts, aber auch nichts von den wertvollen Anregungen und Vorschlägen verwirklicht wurde. Weiter wurde das grundlegende Gesetz jedes Schulwesens, das **Schulaufbaugesetz**, überhaupt nicht in Angriff genommen. Dasselbe gilt für eine bayerische **Landesschulordnung**. In der Schulordnung, die wir heute haben, steht immer noch, daß zu Beginn des Unterrichts die Kinder aufzustehen und mit dem Deutschen Gruß zu grüßen haben. In den Bibliotheksexemplaren im Kultusministerium hat man diesen Passus herausgestrichen. Nach zehn

Jahren ist es vor lauter andersartiger Betriebsamkeit nicht möglich gewesen,

(Heiterkeit bei den Koalitionsparteien)

eine demokratische Schulordnung für unsere Schulen herzustellen.

(Abg. Donsberger: Waren die Beamten schuld?)

— Auch die Frage des Landesschulbeirats, meine lieben Kollegen, gehört zu den Dingen, die wir einfach als Versäumnisse betrachten; denn wir meinen, daß ein Landesschulbeirat sehr viel zur Versachlichung und pädagogischen Befruchtung unseres Ministeriums beitragen könnte.

Über diese Dinge haben wir in unserem Regierungsprogramm gewisse Vorstellungen geäußert. Wenn nun unser verantwortlicher Kultusminister dieses Programm, auf das er ja sozusagen verpflichtet ist, durchführen will, muß er sich ein Team zusammensuchen, sei es mit alten bewährten Leuten, sei es mit neuen ebenso bewährten Leuten, mit dem zusammen er arbeiten und vorankommen kann. Bisher hat in gewissen pädagogischen Fragen unser Kultusminister immer wie ein Filter gewirkt, das lautlos alle anderen Strömungen, die in unserem Lande existieren, aufgesaugt hat, wodurch diese Strömungen einfach erstickt wurden und im Sande verlaufen mußten.

Deshalb, meine Damen und Herren, begrüßt es die Fraktion der Freien Demokratischen Partei, daß neben die bewährten alten Beamten im Kultusministerium neue Kräfte mit neuen Impulsen, mit neuen Ideen und mit neuer Initiative kommen, zum Wohle unserer bayerischen und deutschen Heimat.

(Lebhafter Beifall bei den Koalitionsparteien)

**Präsident Dr. Ehard:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Pittroff.

**Pittroff (SPD):** Meine Damen und Herren! Ich will mit einer Frage beginnen, auch wenn ich von vornherein weiß, ich werde nie eine Antwort darauf erhalten. Aber da halte ich es so, wie die alte Volksweisheit sagt: Keine Antwort usw.

Haben Sie in der CSU-Fraktion niemals über Personalangelegenheiten von Beamten gesprochen? Haben Sie auf Grund dieser Besprechungen niemals Forderungen an Minister und Ministerien in ganz bestimmter Richtung gestellt? — Ich will keine Antwort.

(Heiterkeit —Zuruf des Abg. Donsberger — Abg. Dr. Wüllner: Schweigen im Glashaus! — Zuruf von der CSU: Genau so wie die SPD! —Weiterer Zuruf von der CSU: Das geht zu weit! — Abg. Dr. Hundhammer: Herr Lehrer, so einfach sind die Dinge nicht!)

— Warum sind Sie so verletzlich?

(Abg. Dr. Hundhammer: Sie kriegen die Antwort noch!)

Nun die zweite Frage, Herr Kollege Dr. Hundhammer: Warum haben Sie eigentlich heute vor-

**(Pittroff [SPD])**

mittag so lang und so breit aus dem Fall Rucker einen Fall Dr. Hundhammer konstruiert? Es war doch kein Anlaß da!

(Heiterkeit und Beifall bei den Koalitionsparteien)

Das war doch der Effekt Ihrer Ausführungen!

(Abg. Dr. Hundhammer: Sie haben doch gesagt, der Hundhammer-Geist muß aus dem Ministerium raus; dann muß er sich doch rühren! So ist die Geschichte nicht! Sie können doch nicht hergehen, und erst den einen angreifen — —)

— Sie haben doch eine Interpellation gegen Professor Rucker eingebracht; und auf einmal haben Sie sich mitten ins Ziel gestellt. Ich habe mich immer wieder gefragt, warum diese Lieferung von Rein- und Feinwaschmitteln durch Sie immer noch größer und größer wird.

(Abg. Dr. Hundhammer: Herr Kollege! Seien Sie mit den Waschmitteln vorsichtig! Sie verstehen mich schon! — Zurufe: Aha!)

— Ich fürchte Ihre Angriffe nicht mehr.

(Abg. Dr. Hundhammer: Ja, ja!)

— Ich fürchte Ihre Angriffe nicht mehr, Herr Dr. Hundhammer.

(Abg. Dr. Hundhammer: Ich glaube, Sie wissen, was ich meine mit den Waschmitteln. Seien Sie vorsichtig!)

— Ich fürchte auch Ihre Andeutungen nicht mehr.

(Abg. Dr. Hundhammer: Ja, ja! — Zuruf von der CSU: Weitermachen!)

— Ja, ja, wenn Sie mit persönlichen Dingen kommen wollen — —

(Abg. Dr. Hundhammer: Ich nicht! Sie haben damit ja angefangen.)

— Ich hatte Sie nur gefragt,

(Abg. Dr. Hundhammer: Darauf haben Sie Antwort bekommen!)

warum Sie eigentlich so ausführlich auf die einzelnen Personen eingegangen sind.

(Abg. Dr. Hundhammer: Das war notwendig.)

— Aha! Gut! Ich habe nämlich einige Zwischenrufe gemacht und Fragen gestellt. In einigen Fällen sind Sie dann bis an eine gewisse Grenze gegangen. Dort, wo Sie die letzte Antwort hätten geben müssen, haben Sie sie nicht gegeben.

(Abg. Dr. Hundhammer: Nein, nein! Ich habe die Fragen alle beantwortet.)

Ich hatte den Eindruck, Sie bemühten sich, den Elfenbeinturm, den Sie glaubten im Kultusministerium festgerammelt zu haben, als Sie nun sahen, daß er ins Wanken kommt, nun von allen Seiten zu stützen. So war mein Eindruck. Sie dürfen es uns nicht verwehren, wenn auch wir uns Gedanken machen, wenn Sie sprechen. Sie sind

nicht sakrosankt. Wir machen uns in ganz profaner Weise unsere Gedanken darüber.

(Heiterkeit bei der CSU)

Sehen Sie, meine Damen und Herren, die Ausführungen Ihrer beiden Redner zur Interpellation verdichteten sich doch eigentlich dann zu dem Schluß: Es können und dürfen niemals Umbesetzungen und Änderungen in den

(Abg. Meixner und Abg. Dr. Hundhammer: O nein!)

verantwortlichen und leitenden Stellen des Kultusministeriums vorgenommen werden.

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU)

— Warten Sie nur ab! Es können und dürfen in den leitenden und verantwortlichen Stellen im Kultusministerium keine Umbesetzungen oder Veränderungen vorgenommen werden; denn dort — —

(Zurufe von der CSU)

denn auf diesen Stellen sitzen als Ergebnis einer neunjährigen Personalpolitik ausnahmslos CSU-Exponenten oder Freunde dieser Partei. Wenn man die nicht anrühren darf, dann — das ist der logische und zwingende Schluß aus Ihren Ausführungen — ergibt sich also dieser groteske Zustand für jeden Minister oder Staatssekretär im Kultusministerium: Wer im Bereich des Kultusministeriums mit reinen Verwaltungsmaßnahmen die persönliche Sphäre eines höheren Beamten tangiert, der verletzt die Beamtenrechte eines partei- und linientreuen CSU-Mannes. Das ist die erste Feststellung.

(Abg. Meixner: So ist es wirklich nicht.)

Als zweites: Wer aber den beamtenrechtlichen Bereich eines CSU-Freundes berührt, der handelt bestimmt aus weltanschaulichen Motiven und verletzt damit die Verfassung. Das ist Ihre Logik.

(Abg. Meixner: Nein, nein! So ist es auch nicht!)

Das ist uns gestern und heute ganz deutlich demonstriert worden. Etwas anderes haben Sie doch nie behauptet. Das war doch Ihre ganze Argumentation.

(Abg. Dr. Seidel: Wir haben sie auf der Logik der „Südpost“ aufgebaut.)

Wenn gesagt wird, der Mann ist guter Katholik — —

(Abg. Dr. Schlögl: „Südpost“! — Abg. Dr. Seidel: Da steht die Logik!)

— Herr Kollege Dr. Seidel! Ich muß Sie doch fragen: Was hätten Sie angegeben, wenn die „Südpost“ diesen Artikel nicht geschrieben hätte?

(Heiterkeit bei der SPD — Zuruf von der CSU: Dann wären wahrscheinlich die Umbesetzungen nicht gekommen!)

Die armselige „Südpost“; die benützen Sie.

(Zuruf von der CSU: Dann wären die Umbesetzungen nicht gekommen, Herr Kollege, das ist das Entscheidende!)

**(Pittroff [SPD])**

Ja, sagen Sie mir doch, haben Sie gar keinen anderen Boden unter den Füßen als die „Südpost“?

(Heiterkeit bei der SPD)

Bei bestem Willen und größtem Entgegenkommen habe ich gestern und heute nichts anderes feststellen können und ich muß Ihnen darauf sagen: Ja, wenn die CSU allein und ausschließlich noch in Bayern zu bestimmen hätte, was administrativ, sachlich und fachlich richtig ist und wenn der Geist von Gesetzen und auch der Geist der Verfassung genau nur den Vorstellungen und Absichten entsprechen dürften, die Sie sich von den Dingen machen, dann würde Ihre Rechnung aufgehen. Was wäre aber darüber hinaus die unausweichliche Konsequenz, Herr Kollege Dr. Seidel und Herr Goppel? Im gesamten Staats- und Kommunalbereich folgende: Wenn nach Ihren Auffassungen das zu geschehen hätte, wie Sie es für den Bereich des Kultusministeriums vorgetragen haben, dann könnte überhaupt im gesamten Staat und im kommunalen Leben kein Beamter — und sei er auch nur Beamtenanwärter — versetzt oder verändert werden.

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU)

— Das ist überspitzt, ja.

(Zuruf von der CSU: Das ist profan!)

Das ist sehr überspitzt; aber meine Damen und Herren, wem steht die Geschäftsverteilung in den Ämtern und Behörden zu; wem steht sie zu?

(Zuruf von der SPD: Der CSU offenbar!)

— Offenbar der CSU — —

(Zuruf von der CSU: Das sieht man am Koalitionsausschuß!)

— Jetzt liegt auch Ihnen der Koalitionsausschuß schwer im Magen; ich dachte, es seien nur bestimmte Herren.

(Abg. Dr. Schlögl: Herr Pittroff, das ist etwas gefährlich!)

Ich muß hier aus der Erinnerung etwas sagen.

(Zuruf: Haben Sie vielleicht keinen Beamten im Koalitionsausschuß?)

— Sie hätten jetzt eine gute Position, weil heute vormittag auch einmal auf die vorhergehende Koalition von 1950 bis 1954 verwiesen worden ist. Sie hätten eine gute Deckung und Position, wenn Sie sagen könnten: Wir haben damals von 1950 bis 1954 loyal zusammengearbeitet.

(Zurufe von der CSU, u. a. des Abg. Schmidramsl)

— Sie waren ja nicht dabei!

(Heiterkeit bei der CSU)

Ja, ja, die politischen Säuglinge sind immer die Gescheitesten!

(Starker Widerspruch und Oho! bei der CSU)

— Ich meine nicht diejenigen, die — —

**Präsident Dr. Ehard:** Herr Abgeordneter Pittroff, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß im Landtag keine Säuglinge sind; die sind nämlich nicht wählbar!

**Pittroff (SPD):** Ich habe ja ein Adjektiv davor gesetzt. Ich sagte: „politische Säuglinge“. Ich meine: Wenn der eine neun Jahre, der andere neun Monate sich im Landtag befindet, dann ist der eine im reifenden politischen Alter und der andere im Säuglingsalter.

(Abg. Schmidramsl: Aber mancher lernt es nie, Herr Kollege Pittroff!)

— Das habe ich bei Ihnen in den neun Jahren schon öfters festgestellt. Das haben Sie von den Amis gelernt, aber das Denken da oben — —

(Abg. Schmidramsl: Das ist eine Unverschämtheit! Das muß ich mir als Kriegsversehrter von Ihnen sagen lassen! — Herr Präsident! — —)

— Meine Damen und Herren, ich habe davon gesprochen — —

(Abg. Dr. Hundhammer: So kann man doch nicht sagen! Das geht doch nicht! Da dürfen Sie aufhören. — Weitere erregte Zurufe bei der CSU — Abg. Dr. Hundhammer: In der Schule können Sie so daherreden, aber hier nicht. Wirklich, so geht es nicht. Das lassen wir uns nicht gefallen. — Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Ehard:** Meine Damen und Herren! Wäre es nicht zweckmäßig — —

(Weitere erregte Zurufe bei der CSU, u. a.: So etwas ist unerhört!)

Wäre es nicht zweckmäßig, wenn Sie mich auch einen Augenblick reden ließen? Ich habe noch 13 Redner auf der Liste. Es wäre zweckmäßig, wenn man sich etwas stärker auf eine sachliche Diskussion konzentrieren würde, weil wir nämlich sonst nicht fertig werden.

**Dr. Hundhammer (CSU):** Herr Präsident, Ihnen ist eine schwere Entgleisung des Redners entgangen; Sie waren im Gespräch mit dem Schriftführer.

**Präsident Dr. Ehard:** Ich habe sie nicht gehört.

**Pittroff (SPD):** Ich habe ausgesprochen, daß es keinem Amts- oder Behördenchef mehr möglich wäre, eine Geschäftsverteilung vorzunehmen und dabei irgendeinen Beamten, ganz gleich, in welchem Rang er sich befindet, auf einen anderen Posten oder in eine andere Abteilung zu versetzen, wenn er nicht gewärtigen wollte, daß dieser Beamte mit einer Verfassungsklage gegen ihn vorgeht.

(Abg. Dr. Lacherbauer: Soll er doch! Der Verfassungsgerichtshof wird ihm entsprechende Gebühren auferlegen!)

Aus diesen Betrachtungen heraus müssen wir doch die Frage stellen: Wem steht das **Recht der**

(Pittroff [SPD])

**Geschäftsverteilung** zu, und zwar in irgendeinem Amt? Nein, in jedem Amt doch wohl dem Chef! Ich glaube, daß Sie das auf jeden Fall bejahen werden.

(Zuruf von der CSU: Eben drum!)

Und bei einem Minister schreibt das sogar die Verfassung zwingend vor; denn der Minister ist nach seiner Berufung — —

(Abg. Dr. Seidel: Ganz recht, und er darf sich nicht von außen beeindrucken lassen!)

— Würden Sie mich auch ausreden lassen?

(Abg. Dr. Lacherbauer: Wieso denn? Von wem haben Sie . . . — Gegenruf von der CSU: Das müssen Sie ja wissen, Herr Dr. Lacherbauer! — Abg. Dr. Lacherbauer: Freilich weiß ich das, Herr . . .)

— Ich kann allerdings warten. — Der Minister ist verantwortlich, so verlangt es die Verfassung, und erfüllt seine Pflicht vor dem Landtag und vor dem Volk, wenn er in seinem Geschäftsbereich die Linie bestimmt, die wieder nach der Verfassung von dem Ministerpräsidenten festgelegt wird. Hinter dem Ministerpräsidenten und den Ministern stehen aber die Parteien und Fraktionen, die diese Regierung decken.

(Abg. Zillibiller: Die können machen, was sie wollen!)

Daran sollten Sie sich nun gewöhnen, daß nach dem 26. November 1954 in Bayern ein grundsätzlicher Wandel eingetreten ist.

(Zuruf von der CSU)

— Ja, daran sollten Sie sich gewöhnen. Sie beziehen anscheinend immer noch den Standpunkt, als sei seit dem vorigen Jahr nichts geschehen.

(Zuruf von der CSU: Das wissen wir schon.)

Oder Sie haben den Standpunkt und sagen sich: Ihr mögt recht oder unrecht haben mit eurer Auffassung, für uns ist auf jeden Fall jede Umbesetzung in einem Ministerium aus weltanschaulichen Motiven durchgeführt worden.

(Zuruf von der CSU: Also doch!)

— Sie haben mich anscheinend wirklich nicht verstanden.

Wir dürfen daher doch wohl vergleichsweise jetzt einige praktische Fälle bringen und anführen, wie das früher war.

Herr Präsident, ich darf hier aus einem Akt ein Stück vorlesen.

(Zuruf von der CSU)

Folgender Vorgang: Von Minister Dr. Schwalber wurde am 1. Mai 1951 ein neuer Geschäftsverteilungsplan für das Kultusministerium erlassen. Bei Abteilung III wurde der damalige Regierungsdirektor Dr. Bögl als Leiter ernannt; sein Stellvertreter war Regierungsdirektor Blessing. Darauf wurde Dr. Schwalber vor die Fraktion der CSU geladen.

(Hört, hört! bei der SPD)

Am 3. Mai wurde die Geschäftsverteilung geändert und auf den 1. Mai 1951 zurückdatiert. An Stelle von Blessing trat Alois Braun.

(Hört, hört! bei der SPD — Abg. von Knoering: Das kann gar nicht wahr sein!)

Es ist bekannt, daß zwischen diesen beiden Vorgängen eine Fraktionssitzung der CSU stattfand.

Es sind dann noch verschiedene Dinge vorgekommen, ich könnte noch mehr sagen. Aber nur so weit!

Damals trat also die Fraktion ein. Das ist aktenmäßig festgelegt, und es ist gut, daß wir die Akten haben.

(Zuruf von der SPD: Wer hätte so etwas gedacht!)

Herr Alois Braun steckte eben 1951 noch mittendrin in der Ausstrahlung der linientreuen Besetzung der Schulverwaltungsstellen, nämlich der linientreuen Besetzung, von der vorhin die Frau Kollegin Dr. Brücher sagte, nicht wahr, dieses Zitat, daß man es doch dem Herrn Minister nicht verdenken könne, irgendwelche andere Leute zu Schulräten zu ernennen. Nun haben Sie heute früh verschiedene Leute auf diese freien Sockel in der Promenade gestellt, auf diese Denkmalssockel. Ich will das weder beanstanden, noch irgendwie etwas anderes dagegen tun, aber die Frage ist wohl erlaubt, und zwar veranlaßt durch das allzu dicke Lob für Herrn Alois Braun aus dem Munde seines früheren Ministers: Wer ist Alois Braun, wie kam er in das Ministerium hinein? Da haben Sie heute früh aufgehört! Wie kam er in das Ministerium hinein? Sie haben bei vielen anderen der Reihe nach genau vorgelesen, an welchem Tag und von welchem Minister oder sonst wie diese Herren hineinberufen worden sind.

(Abg. Dr. Hundhammer: Das habe ich doch gesagt!)

— Nein, das haben Sie nicht gesagt! Ich habe daraufhin den Zwischenruf gemacht: Es sind ganz bestimmte Personen ganz von selbst in das Ministerium hineingegangen. Ich weiß nicht, ob Sie mich verstehen.

(Abg. Dr. Schedl: Hat er es besetzt?)

— Es gibt Usurpatoren. Es wäre ihm nicht ge-  
glückt, das ganze Ministerium zu besetzen.

(Abg. Kurz: Weil Sie schon da waren! —  
Heiterkeit bei der CSU)

— Mein lieber Herr Kollege Kurz, das war wieder einmal ein Kurzschluß; denn 1945, da hatte ich eine Ernennungsurkunde vom 22. Juni 1945 auf eine Schulverwaltungsstelle. Ich kann sie Ihnen heute noch zeigen.

(Abg. Kurz: Ich lege keinen Wert darauf.)

Ich habe aber darauf verzichtet. Und diese Ernennungsurkunde war nicht von den Amerikanern, sondern von der ordnungsgemäßen bayerischen Regierung.

(Abg. Eberhard: Von Fritz Schäffer!)

Wir wollen nicht über Qualifikationen sprechen. Sie haben ganz recht gehabt: wir wollen auch nicht

(Pittroff [SPD])

über die Benotung oder Qualifikation eines bestimmten Beamten irgendwelche Nachfragen hier stellen. Herr Kollege Dr. Seidel, Sie haben gestern davon gesprochen: den bayerischen **Bildungsplan** hat der Herr Braun geschaffen.

(Zuruf des Abg. Dr. Seidel)

Ja, lesen Sie das nur im Protokoll nach!

(Abg. Eberhard: Das steht ja in der Interpellation!)

Vielleicht hat Ihnen das jemand aufgeschrieben und Sie haben es wieder vorgelesen. Ich habe mir es aber notiert.

(Abg. Eberhard: Das steht ja in der gedruckten Beilage!)

Ich könnte Ihnen als Fachmann sagen, wie Bildungspläne gebaut und zusammengezimmert werden. Jeder einzelne kleine Dorfschullehrer muß nämlich alljährlich seinem Schulrat seinen Lehrplan vorlegen, und zwar von der 1. bis zur 8. Klasse. Sehen Sie, von jedem Lehrer verlangt man das, und wenn ein Regierungsdirektor diesen sogenannten Rahmenbildungsplan für ganz Bayern macht

(Abg. Dr. Seidel: Das ist schon eine wichtige Sache!)

— Meinen Sie? Das ist für die draußen eine wichtige Sache, dieser Rahmenbildungsplan, aber ich sage Ihnen da etwas anderes: Für den, der es gelernt hat, ist es ungefähr das gleiche wie für einen Architekten, bei dem ein Bauplan bestellt wird.

(Abg. Dr. Hundhammer: Die Baupläne sind aber auch nicht alle gleich gut!)

— Da haben Sie recht; das gebe ich zu. Der bayerische Bildungsplan hat ja auch Mängel, trotz Alois Braun. Das allein genügt doch aber schließlich nicht. Ich hätte da auch gefragt: Was hat er nicht getan? Und dann frage ich Sie einmal: Welche großen Gedanken auf schulischem Gebiet hat er denn wirklich in das bayerische Schulleben hineingestreut, welche Anregungen hat er gegeben? Ja, in folgendem war er groß: Zwergschulen zu schaffen, einklassige Schulen, das Schulwesen in Bayern zu verschlechtern und nach rückwärts zu orientieren und zu entwickeln. Das ist seine Größe!

(Abg. Eberhard: Der Herr Staatssekretär hat ihn aber doch groß gelobt heute!)

— Das war anstandshalber!

(Abg. Dr. Hundhammer: Herr Staatssekretär, lassen Sie sich das gefallen?)

— Das ist meine Meinung gewesen; ich kann ja nicht Gedanken lesen. Aber ich habe gedacht, es ist gut so.

Wenn dann vorhin von den 56 Prozent **Schulräten** in der Oberpfalz, die nach der Statistik Mitglieder der KEG sind, die Rede war, so muß ich darauf erwidern: Wir sind nicht Anhänger von Proporz und Paritäten usw., aber man muß hier doch noch eine andere Zahl gegenüberstellen. Wenn unter Alois Braun 56 Prozent aller Schulrats-

stellen in der Oberpfalz mit KEG-Mitgliedern besetzt wurden,

(Zuruf von der CSU: Das ist ja falsch!)

dann müssen wir einmal, was nämlich logisch ist, in Verbindung oder in Beziehung damit bringen, wieviel Prozent von oberpfälzischen Lehrern — Volksschullehrer meine ich, und zwar Lehrer, die noch Schule halten und mit den Kindern zu tun haben — die Mitgliedschaft der KEG haben. Es sind 5 Prozent!

(Abg. Donsberger: Darauf kommt es doch gar nicht an!)

— Ich habe das vorhin schon gesagt: Wir können sagen, was wir wollen; Sie werden erklären: Recht oder Unrecht, unsere Auffassung gilt. Das haben Sie jetzt wieder bestätigt. — Und wer sind die anderen Mitglieder der KEG, landauf und landab? Ich sage das nicht als Vorwurf; aber wenn man schon Zahlen und Vergleiche bringt, dann muß gesagt werden: Die Mitglieder der KEG sind nicht die aktiven Lehrer, sondern in der Hauptsache Religionslehrer, Schulschwestern und Geistliche.

(Abg. Dr. Hundhammer: Da müssen Sie einmal in eine Versammlung des Katholischen Lehrervereins oder der KEG gehen. Ich habe oft genug dort gesprochen und weiß doch, wer dabei ist.)

— Ich habe auch oft genug gesprochen — schade, daß der Herr Kollege Meixner nicht da ist —, wir haben im oberfränkischen Forum gemeinsam gesprochen.

(Abg. Dr. Hundhammer: Bei der KEG?)

— Da gibt es keine in meinem Gebiet. Sie werden dort im wirklich protestantischen Teil Oberfrankens keine finden.

(Abg. Dr. Hundhammer: Daß die evangelischen Lehrer nicht bei der katholischen Lehrgemeinschaft sind, das glaube ich. Da finden Sie in evangelischen Kreisen freilich keine!)

— Ich sage Ihnen aber jetzt folgendes: Nicht die 56 Prozent oder auf der anderen Seite die 5 Prozent sind das, was herausgestellt werden muß, sondern etwas anderes — und das ist nicht eine Behauptung, sondern ist aktenmäßig festgelegt und kann aus den Dokumenten bewiesen werden —: Herr Alois Braun hat bei der Beurteilung und bei der Beförderung dieser Leute in der Oberpfalz vom Lehrer zum Schulrat fachlich besser qualifizierte Lehrer abgelehnt, weil sie nicht der KEG angehörten. Dafür sind die Beweise da.

(Abg. Donsberger: Das sind Einzelfälle!)

— Sie sagen, Herr Kollege Donsberger, das sind Einzelfälle. Das genügt schon; wenn das auch noch massiert vorgekommen wäre — — —

(Abg. Dr. Hundhammer: Nennen Sie die Fälle mit Namen! — Nur heraus damit!)

— Der Lehrer Senft in Regensburg ist abgelehnt worden,

(Abg. Dr. Hundhammer: . . . weil er nicht bei der KEG war?)

(Pittroff [SPD])

— Der Lehrer Senft — — —

(Abg. Dr. Hundhammer: Sie haben vorhin gesagt, es sind Ablehnungen erfolgt, weil die Betreffenden nicht Mitglieder der KEG waren. Darum möchte ich wissen, wer abgelehnt worden ist, weil er nicht bei der KEG war.)

— Der Lehrer Senft in Regensburg sollte Schulrat werden und ist von Herrn Alois Braun abgelehnt worden,

(Abg. Dr. Hundhammer: Warum?)

weil er nicht Mitglied der KEG, sondern aktives Mitglied des Bayerischen Lehrervereins ist.

(Abg. Dr. Hundhammer: Den Fall werde ich untersuchen.)

— Untersuchen Sie ihn!

(Abg. Dr. Hundhammer: Den untersuche ich.)

Und sehen Sie, das fällt wieder auf die Linie: „Sie können es dem Minister nicht verdenken, wenn er diejenigen nicht zu Schulräten macht, die nicht auf seiner politischen Linie liegen!“ Da ist nichts von der KEG gesagt, sondern nur von der politischen Linie. So wurde in Bayern jahrelang verfahren, ungestört, in voller Ruhe und Sicherheit, bis der Sturm übers Land fegte, und jetzt fließen die Tränen und jetzt brandet der Zorn.

(Lachen bei der CSU)

Gut, daß Sie lachen.

(Abg. Elsen: Das ist der Stil von Volksschulbuchgeschichten.)

— Ein guter Volksschüler ist auch was wert, Herr Kollege Elsen.

(Heiterkeit)

Wer einer gute Volksschulbildung genossen hat, nimmt es noch mit manchem anderen auf.

(Beifall)

Wir stellen also nicht etwa Paritätsforderungen. Wir wollen Ihnen nur sagen, was nicht stimmte, und zwar sage ich das jetzt grundsätzlich: Das damalige Verhalten der Minister und das damalige Verhalten des Herrn Regierungsdirektors Alois Braun stimmten weder mit dem Grundgesetz noch mit der Verfassung überein. Denn in beiden heißt es: Niemand darf wegen seiner politischen Überzeugung, seiner religiösen oder weltanschaulichen Haltung benachteiligt werden.

(Abg. Dr. Hundhammer: Würden frühere Fehler eine jetzige Benachteiligung rechtfertigen, wenn es so gewesen wäre?)

Herr Kollege Dr. Hundhammer, diesem Grundsatz stimmen wir zu.

(Zuruf von der CSU: Hoffentlich!)

Dieser Grundsatz hat nämlich einen Gegenpol, und davon will ich jetzt auch sprechen. Niemand darf nämlich aus genau den gleichen Gründen wegen seiner politischen Überzeugung, seiner religiösen

oder weltanschaulichen Haltung bevorzugt werden.

(Beifall bei der SPD)

Das ist genau so strafbar. Und diese Bevorzugung, meine Damen und Herren, diese **einseitige weltanschauliche Bevorzugung** wurde im Bayerischen Kultusministerium seit Jahren geübt und praktiziert, und die ist genau so strafbar.

(Sehr richtig! bei der SPD — Abg. Dr. Hundhammer: Dafür müssen Sie Beweise bringen!)

— Jetzt sage ich Ihnen gleich aus dem Handgelenk heraus einen anderen Fall unter Ihrer Minister-tätigkeit. Es war bei einer amtlichen Lehrerkonferenz in Oberfranken. Ich hätte das Beispiel nicht gebracht. Das sind also die amtlichen Konferenzen, in denen alle Lehrer eines Schulbezirks vor ihrem Schulrat erscheinen müssen. Da werden vom Ministerium bestimmte Themen aufgestellt und die Regierungsschulräte in den sieben Regierungsbezirken suchen sich bei diesen Konferenzen, die unter Aufsicht der Regierungsschulräte durchgeführt werden, die entsprechenden Referenten. Da war bei einer Konferenz in Oberfranken

(Abg. Dr. Hundhammer: Wo war denn die?)

ein Spezialist,

(Abg. Dr. Hundhammer: Wo war die?)

ein anerkannter Spezialist seines Gebietes von der Regierung von Bayreuth benannt und der Regierungsschulrat wurde telefonisch von Herrn Alois Braun angewiesen, diesen Referenten verschwinden zu lassen; denn der Herr Kultusminister Dr. Hundhammer kann es nicht dulden, daß Leute zu Referenten bestellt werden, die nicht auf seiner Linie liegen.

(Hört, hört!)

Fragen Sie bei der Regierung in Bayreuth.

(Abg. Dr. Hundhammer: Wo war denn die Konferenz?)

— Ich unterhalte mich gern nachher persönlich mit Ihnen.

(Abg. Dr. Hundhammer: Wo war die Konferenz? Ich möchte der Sache nachgehen. Sagen Sie es doch offen, wo die Konferenz war!)

— Ich sage Ihnen ja, in Oberfranken,

(Abg. Dr. Hundhammer: Wo in Oberfranken?)

und ein Regierungsschulrat in Bayreuth wurde von Herrn Alois Braun — —

(Abg. Dr. Hundhammer: Wo war die Konferenz?)

— Es war die amtliche Konferenz. Ich sage Ihnen nachher alles.

(Zuruf von der CSU: Jetzt!)

— Nein, ich tue es nachher.

(Zuruf von der CSU: Jetzt, offen!)

Der Regierungsschulrat Horn — —

(Abg. Dr. Hundhammer: Wo die Konferenz war, habe ich gefragt!)

(Pittroff [SPD])

— Ich sage es mit einer gewissen Absicht nicht,  
(Aha! bei der CSU)

weil ich meine Gründe habe. Aber ich habe Ihnen ja den Regierungsschulrat genannt. Der Regierungsschulrat Horn mußte auch ins Ministerium kommen und sich verantworten. Ist das nicht auch weltanschaulicher, na — —

(Zuruf von der SPD: Terror!)

Druck. Das ist nämlich auch die gleiche Handlung, die Bevorzugung ganz bestimmter Referenten wegen ihrer weltanschaulichen Haltung.

Das, was alles gesagt oder beklagte wurde, daß einige Herren im Kultusministerium nur ein einziges Mal befördert wurden — ja, ich weiß nicht —, z. B. Wimmer, Braun: Die Herren waren doch 1945 Volksschullehrer, wie 20 000 andere Lehrer auch, und sie sind seit Jahren, nicht erst seit diesem Jahr, Regierungsdirektoren. Nun frage ich mich: Wenn die seit 1945 innerhalb 6 oder 8 Jahren vom Lehrer zum Regierungsdirektor — —

(Zuruf von der CSU: 10 Jahren!)

— Nein, die sind schon einige Jahre Regierungsdirektoren. Man muß von dem Tag an rechnen, an dem sie Regierungsdirektoren wurden; sie wurden es ja nicht 1955. — Wenn ich in sechs Jahren vom Lehrer bis zum Regierungsdirektor aufsteigen kann, dann sind das nämlich drei Beförderungen: Regierungsrat — wobei noch alle anderen Stellen des Lehrerstandes übersprungen sind, Hauptlehrer, Oberlehrer, Schulrat usw.

(Abg. Bantele: Rektor!)

— oder der Rektor liegt dazwischen. Man wird Regierungsrat, Oberregierungsrat und Regierungsdirektor. Ich habe halt nur die Volksschulbildung, Herr Elsen, und für mich sind das drei oder vier Beförderungen, nicht eine.

(Abg. Hofmann: Das ist ein ganz natürlicher Vorgang! — Abg. Dr. Brücher: So natürlich ist er auch nicht!)

Eine andere Frage. Es wurde beklagt, daß Regierungsdirektor Alois Braun nur eine einzige Beförderung erfahren hat. Warum hat eigentlich der Herr Staatsminister Dr. Schwalber — es war nämlich in diesen ganzen Jahren der Ministertätigkeit des Herrn Dr. Schwalber eine Ministerialratsstelle im Kultusministerium frei — diesen ganz tüchtigen Schulmann Braun dann nicht auf diese Ministerialratsstelle gesetzt? Da müssen doch irgendwelche Gründe vorgelegen haben.

(Abg. Goppel: Weil er ihn aus weltanschaulichen Gründen bevorzugt hat! — Heiterkeit — Zuruf von der SPD: Billig! — Zuruf des Abg. Dr. Lacherbauer)

— Herr Kollege Goppel, dieses strafbare Verhalten der Bevorzugung — — Der Fall Burgard war ja ein deutlicher Beweis, wie Herr Alois Braun in einseitiger Weise, unobjektiv — — Die Objektivität, die Sachlichkeit verlangt man vom kleinsten und untersten Beamten. Wie durfte aber

Alois Braun abweichen, und zwar nicht nur in dem Fall des Herrn Regierungsschulrats Burgard von Würzburg, so daß ein Untersuchungsausschuß des Landtags erst feststellen mußte: Was ist Tatsache und was ist Vorstellung im Gehirn des Herrn Alois Braun?

(Abg. Kiene: Man könnte auch „Lüge“ sagen!)

Kennen Sie den Fall des Herrn Oberregierungsrats Wagner bei der Regierung in Regensburg, der auf genau der gleichen Linie liegt?

(Abg. Goppel: Den kenne ich nicht, ich bin ja einer von den „Säuglingen“!)

— Ja, dann sage ich Ihnen folgendes: Im Jahre 1948 unter der Ära Hundhammer wurde Herr Regierungsdirektor Braun nach Regensburg geschickt, um die Vorfälle — da ist ja auch der Herr Kollege Dr. Lippert, er saß noch bei der Bayernpartei in den Bänken, später eingeschaltet gewesen; da hat er später vorgestoßen — nachzuprüfen und vor allem zu erforschen, ob die Vorwürfe gegen den Herrn Oberregierungsrat Wagner zutreffend waren. Wagner war nämlich zuvor in einer Regierungszeitung damals aufgefordert worden, zehn Anfragen über sein früheres Verhalten zu beantworten. Braun fuhr hinunter. Vor allen Lehrern in Regensburg hielt er eine Rede und erklärte dort, daß sämtliche Vorwürfe gegen Herrn Wagner im Ministerium überprüft worden seien, Wagner habe sich zu jeder einzelnen Frage geäußert und stehe untadelig da. Sämtliche Angriffe habe er widerlegen können. Bei der „Überprüfung“ waren Herr Braun und Herr Wagner unter vier Augen. Es war kein Zeuge, kein Ankläger und kein Beschwerdeführer dabei, es geschah unter vier Augen.

Später, Herr Kollege Dr. Hundhammer, mußten Sie hier im Landtag auf die Anfrage des Herrn Kollegen Dr. Lippert zugeben, daß nicht alle Vorfälle überprüft waren und daß deshalb Herr Wagner aufgefordert worden sei, Klage zu erheben, damit vor Gericht festgestellt werde, was wahr ist und was nicht.

(Abg. Eberhard: Hat er das als Minister erklärt? Da stimmt etwas nicht zusammen; Dr. Lippert war nämlich damals noch nicht im Landtag. 1950 ist Dr. Hundhammer gegangen und Dr. Lippert gekommen.)

— Sie wissen ja, wie lange es dauert.

(Abg. Eberhard: Eine Anfrage im Landtag war es nicht, weil er die Anfrage an den Minister Dr. Hundhammer nicht stellen konnte.)

— Die hat er später gestellt, der erste Vorwurf war in einer Regierungszeitung.

(Abg. Eberhard: Dann war es Dr. Schwalber!)

Wagner war dann noch lange im Dienst und — jetzt kommt's, Herr Kollege Eberhard — dann hat Herr Dr. Lippert nämlich den Vorstoß unternommen und hat gefragt, was nun mit Herrn Wagner geschehe. Herr Minister Schwalber erklärte, Herr

(Pittroff [SPD])

Wagner sei „wegen Krankheit beurlaubt und später pensioniert worden.“

Nun frage ich Sie: Wenn ein so hochgestellter verantwortlicher Beamter auch nur in zwei oder drei Fällen — Dr. Burgard und Oberregierungsrat Wagner — seinen Minister, den Landtag und die bayerische Öffentlichkeit so hinters Licht führt und eine so gefälschte Darstellung gibt, warum ist gegen diesen Beamten kein Disziplinarverfahren durchgeführt worden?

(Abg. Dr. Brücher: Sehr richtig! — Zuruf von der SPD: Der ist beim richtigen Verein!)

— Das ist alles aktenmäßig festgehalten worden. Ich kann Ihnen noch mehr vorlesen, wenn Sie Lust haben. Da sind nämlich auch CSU-Schulräte. Sie haben sich damals beklagt und aufgeregt, weil sie sagten, so gehe es nicht mehr weiter. Wenn man das Parlament hier falsch unterrichten muß, weil der zuständige Beamte falsche Berichte zusammenzimmert, dann glaube ich, kann jeder nachfolgende Minister sagen: Hier muß ich zumindest peinlich sein, damit mir nicht das gleiche passiert! — Ich glaube, das wäre schon für einen Minister eine Deckung, zu sagen: Solche aktenkundigen Vorfälle, solche Dokumente, sind für mich genug Beweis, wie ich mich zu verhalten habe. Es ist also nichts geschehen und darum sind wir der Meinung, es kann doch diesem verantwortlichen Minister, der natürlich einen neuen Kurs in der bayerischen Schulpolitik einschlagen mußte, nicht verwehrt werden, wenn er sich sagte: Ich kann nicht diesen leitenden Beamten voll Vertrauen gegenüberstehen.

Ich stelle nun die Frage — ich möchte sie einmal so stellen —: Hielten Sie es für richtig oder für möglich, daß z. B. Herr Minister Rucker während der Zeit der Verhandlungen über das Lehrbildungsgesetz oder während der Verhandlungen, die in der nächsten Zeit über das Schulorganisationsgesetz zu führen sein werden, wenn er oder sein Staatssekretär nicht persönlich in den Kulturpolitischen Ausschuß kommen könnten, dann mit vollem Vertrauen diese Referenten, ob es nun der Herr Ministerialdirektor Dr. Mayer, ob es Herr Alois Braun oder Herr Wimmer oder sonst jemand wäre, in den Kulturpolitischen Ausschuß als seine Vertreter schicken könnte?

(Abg. Dr. Seidel: Warum nicht?)

Er könnte sagen — jetzt kommt die Frage —: Hätte ich etwa die Gewißheit — Herr Dr. Seidel! —, daß dann diese Herren im Kulturpolitischen Ausschuß die Auffassungen des Herrn Ministers vertreten?

(Abg. Dr. Seidel: Wenn der Herr Minister die Weisung gibt, werden sie die Auffassung des Herrn Ministers vertreten, Herr Pittroff! — Abg. Eberhard: Die dürfen ja keine politische Auffassung vertreten!)

— Nein, das hat mit politischer Auffassung nichts zu tun,

(Abg. Eberhard: Ich sage ja, deshalb können sie es machen!)

sondern es hat mit der Auffassung über schulische Dinge, pädagogische Fragen usw. zu tun.

Nun muß ich doch fragen: Sie muten also diesen Herren, die bei ihrer Tätigkeit im Ministerium immerhin Profil haben, zu, daß sie so im Handumdrehen einen Gesinnungswandel durchführen könnten.

(Abg. Eberhard: Nein, nein, Herr Pittroff! — Zuruf des Abg. Dr. Seidel — Abg. Donsberger: Vollkommen falsche Auffassung vom Beamtentum! — Zuruf von der CSU: Wir haben eine Verfassung!)

— Jetzt sage ich Ihnen: Wenn das der Minister getan und gesagt hätte, Sie vertreten im schulpolitischen Ausschuß meine Auffassung, dann hätten Sie erklärt: unzumutbar, Gesinnungsdruck, Gewissensdruck; es darf ihm gar nicht zugemutet werden, daß er sich umstellt!

(Abg. Donsberger: Er muß die Auffassung des Ministers vertreten!)

— Der Minister muß die Gewißheit haben, daß alle seine verantwortlichen Beamten ihm bei keiner Gelegenheit, die irgendwie kommen könnte, in den Rücken fallen. Weil er aber diese Gewißheit nicht haben konnte — das sage ich ganz offen —, hat er, wie jeder andere Chef, das Recht gehabt zu sagen: Die Posten, die in der parlamentarischen Tätigkeit besonders wichtig sind, werden mit Leuten meines Vertrauens besetzt.

(Abg. Dr. Lacherbauer: Meines Vertrauens?!)

— Meines Vertrauens!

(Zuruf des Abg. Donsberger)

Jedenfalls haben Sie gestern polemisiert; Sie haben auch gestern schon — und das fiel mir auf, Herr Kollege Dr. Seidel — gegen die neuen Beamten — so will ich sie einmal nennen — ziemlich stark polemisiert. Nicht fachlich! Sie haben die Polemik zwar in ein fachliches Mäntelchen hineinstecken wollen, doch das ist Ihnen schlecht gelungen. Sie sagten z. B. über Regierungsrat Schlamp, er habe seit 10 Jahren keine Verbindung mit der Volksschule. Nun, er ist seit 10 Jahren Regierungsschulrat; in Ansbach war er es zuerst für Ober- und Mittelfranken und ist es jetzt noch für Mittelfranken. Ich glaube, daß ein Regierungsschulrat draußen noch nähere und engere Beziehungen zur Volksschule hat als ein Regierungsdirektor im Kultusministerium. Aber jetzt das andere: Wenn Sie nun nach 10 Jahren feststellen, daß der Herr Schlamp gar keine Beziehungen und Berührungen mehr mit der Volksschule habe, dann hätte der Abteilungsleiter für das Volksschulwesen im Kultusministerium, Herr Alois Braun, schon längst nach dem Rechten sehen und sagen müssen: Herr Schlamp, Sie sind nicht zu Recht auf Ihrem Posten, Sie haben ja keine Berührung mehr mit dem Volksschulwesen! — Nichts ist geschehen, keine Vorhaltung! Er hat jedenfalls als ein recht guter Schulverwaltungsbeamter gegolten; also ist der Vorwurf gegen ihn jedenfalls nicht angebracht.

(Zuruf des Abg. Eberhard)



(Pittroff [SPD])

Über den Herrn Dr. Hagen habe ich das Nähere eigentlich erst durch Herrn Dr. Hundhammer erfahren. Aber ich habe heute früh schon dazwischen gerufen: Wer hat denn Herrn Dr. Hagen ins Ministerium hineingebracht?

(Abg. Eberhard: Dr. Schwalber, das wissen wir schon!)

— Warum regen Sie sich jetzt denn auf

(Abg. Eberhard: Wir regen uns gar nicht auf!)

und kreiden ihm irgendwelche Dinge an? Das eine ist jedenfalls gewiß: Der Herr Dr. Hagen ist ein ganz vorzüglicher Pädagoge.

(Abg. Eberhard: Anstandshalber werden sie heute alle gelobt!)

— Was haben Sie dann aus fachlichen Gründen dagegen?

(Zuruf von der CSU: Gar nichts!)

— Ich freue mich über die Feststellung, daß Sie nichts dagegen haben.

(Zurufe von der CSU: Alles wird gelobt, die Neuen werden gelobt!)

— Nein, meine Herren, wir tun das gar nicht!

Aber eine Feststellung noch: Heute vormittag ist so recht ostentativ gegen die SPD polemisiert worden.

Meine Damen und Herren! Wir können mit gutem Gewissen sagen: Keiner der neuen Herren im Kultusministerium, angefangen vom Herrn Ministerialdirektor Dr. Bachl über Herrn Ministerialrat Dr. Höhne, Regierungs- und Schulrat Schlamp, Schulrat Dr. Hagen usw., ist Sozialdemokrat. Es ist kein Sozialdemokrat ins Ministerium gekommen.

(Zuruf)

— Keiner! Da kann also niemand etwas anderes behaupten. Ich weiß auch nicht, ob die betreffenden Herren einer anderen Partei oder welcher Partei sie angehören. Wir haben nicht danach gefragt.

(Haha! und weiterer Zuruf von der CSU)

— Ich habe Sie nicht ganz verstanden; ich glaube aber, Sie wollten sagen: Aber CSU-ler sind sie bestimmt nicht.

(Abg. Kiene: Wie der Schelm ist, so denkt er!)

Wie schwach die Argumente heute vormittag waren, das war für mich daraus zu ersehen, daß man in alten, alten Dingen herumgekrämt und dabei Dinge wieder hervorgezogen hat, die doch mit diesem ganzen Revirement im Kultusministerium nichts mehr zu tun haben. Wenn man dann noch darauf hinweist und sagt: Es ist den Sozialdemokraten nichts geschehen, es sind keine aus dem Kultusministerium entlassen worden — —

(Zuruf von der SPD)

— Ja, das will ich eben sagen: Wie viele sind denn überhaupt drin?

(Zuruf: Keiner!)

Haben wir als Partei nicht auch das Recht, Stellungen in den Ministerien zu besetzen? Ist das einzig und allein das Vorrecht der CSU?

(Abg. Eberhard: Nein, schon vier Jahre habt ihr das Recht gehabt! — Abg. von und zu Franckenstein: Im Arbeitsministerium, Innenministerium usw. hockt ihr drin!)

— Auch dort ist das Prozentverhältnis nicht entsprechend. Sie werden keine drei finden.

(Abg. von und zu Franckenstein: Sind es nicht mehr als drei? — Zuruf des Abg. Eberhard)

— Es sind nicht mehr als drei.

(Abg. von und zu Franckenstein: O ja!)

— Herr Kollege, wir bemühen uns, daß es dort noch mehr werden.

(Abg. von und zu Franckenstein: Davon bin ich überzeugt!)

Wir sagen das ganz offen, wir sind so frei und heucheln gar nichts anderes vor, denn wir haben als staats- und regierungstragende Partei einen Rechtsanspruch darauf.

(Zuruf von der CSU)

Wenn man die Bemerkungen und Zwischenrufe von heute vormittag noch einmal überdenkt, muß man doch mit aller Schärfe sagen, Herr Kollege Seidel: Freiheit und Demokratie sind nicht dann verfassungsmäßig, wenn sie genau so aussehen wie das Vorstellungsbild, das Sie sich davon geschaffen haben. Auch Sie sind genau so wie wir nicht das Volk, sondern nur ein Teil davon.

(Abg. Meixner: Richtig! — Abg. Dr. Hundhammer: Nur ein größerer Teil als Sie!)

Auch Sie sind wie wir nur Partei. — Aber, Herr Kollege Dr. Hundhammer, das ist für Sie nicht einmal ein billiger, sondern ein schlechter Trost. Wir haben gehört, wie Sie bedauern, daß Sie nicht größer sind.

(Heiterkeit bei der CSU — Abg. Dr. Hundhammer: Wir werden immer noch größer; Sie sorgen dafür!)

Wir haben gelesen, wie Sie das immer und immer wieder bedauern. Sie haben uns sogar vorgeworfen, wir seien noch nicht einmal von der Struktur einer Volkspartei.

(Abg. Dr. Seidel: Das seid ihr wirklich nicht!)

— So gut und so schlecht wie Sie!

(Abg. Eberhard: Darüber wollen wir nicht streiten!)

Ich möchte nur sagen: Zur Freiheit im demokratischen Staat gehört es auch, die Möglichkeit zu haben, mit klarer Absicht und mit vollem Recht in Bayern etwas anderes zu tun als die CSU will.

(Jawohl! bei der CSU — Beifall bei den Koalitionsparteien)

**Präsident Dr. Ehard:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bantele.

**Bantele** (BP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine sehr geehrten Herren! Der **Beamte** ist der Diener des ganzen Volkes. So sagt es unsere Verfassung im Artikel 96. An dem Tage, an dem der junge Beamte seine Anstellungs-urkunde in die Hand bekommt, schwört er den Eid dem Volke, daß er seine Kraft, sein Können und seine ganze Arbeit eben diesem Volke widmen wolle, daß er der Obrigkeit, in dem Falle der Regierung, Gehorsam leisten werde und sie, die Regierung, in allem Wichtigem stützen und tragen werde. Dieser schwere Eid legt allen unseren Beamten eine ungeheuer schwere Verpflichtung auf, oft unter Hintanstellung persönlicher Interessen, vorzugsweise dem Staat und dem Volke zu dienen. Diese Last und dieses Opfer kann er vielleicht nur tragen im Bewußtsein, daß der Staat und die Regierung ihn in allen rechten Dingen decken. Dieses gegenseitige Verhältnis führt dann zu dem besonderen Treueverhältnis zwischen Staat und Beamtentum, wie man es sonst in der freien Wirtschaft und auch sonst in keinem Vertragsverhältnis mehr findet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses vorausgesetzt, bildet sich sofort das schwere Problem des unbedingten **Gehorsams**, besonders wenn diese Regierung Befehle oder Anordnungen gibt, die a) sittenwidrig sein können oder b) der Weltanschauung des betreffenden Beamten zuwiderlaufen, bei ihm mehr oder minder Gesinnungslumperei auslösen und in ihm den Vorwurf erzeugen müßten, daß er gegen seine bessere Überzeugung, nur um Beamter zu bleiben, die Befehle eines anderen vollzieht, zu denen er innerlich nicht stehen kann. Vom Staat und seinen Vorgesetzten bekommt er also die Anweisungen und nie und nimmer von Parteien oder von Organisationen, die außerhalb der Staatsregierung und der staatlichen Körperschaften stehen. Der Beamte würde seine Aufgabe verkennen, wenn er glaubte, Anregungen von anderwärts her annehmen oder gar befolgen zu dürfen. Wie schnell das zur Katastrophe führt, meine Damen und Herren, haben wir erlebt in einer Zeit wo es hieß: Die Partei ist der Staat. Dieser katastrophale Satz, meine Damen und Herren, hat nicht nur den Staat zerschlagen, er hat auch das gesamte Beamtentum in seinen Grundfesten zerschlagen, weil der Begriff der Treue zum Staat verlorengegangen ist und weil Einflüsse wirksam geworden sind, die mit den Staatsinteressen nichts mehr zu tun hatten. Denn Parteiinteressen sind nur in wenigen Fällen die eigentlichen Interessen des Staates, im Gegenteil, sie laufen den letzteren sogar oft zuwider und entgegen.

Nun war es selbstverständlich, daß man im Jahre 1945, als man einen neuen Staat aufbaute, wieder Männer brauchte, die den Staat tragen, daß man also ein **neues Beamtentum** schuf. Die Entnazifizierungskammern seligen oder unseligen Andenkens waren zunächst dazu da, zu strafen und zu sühnen; zum anderen hatten sie doch wohl auch die Aufgabe, das ganze Beamtentum zu entpolitisieren und wieder den Beamten zu schaffen, der im Dienste am Staat und für das Volk die Erfüllung seiner Lebenspflicht und seine Lebens-

arbeit sah; so wollten wir den Beamten sehen. Die Amerikaner hatten schon sehr bald ihr Desinteressement an der Entnazifizierung bekundet. So war die Möglichkeit gegeben, daß man in Toleranz und in wirklicher Großzügigkeit irregeleitete einfache Mitläufer unter den Beamten wiedereinsetzte; denn sie waren innerlich das geblieben — vor allem die Beamten der unteren und mittleren Stufen —, was sie vorher waren, Diener des Volkes; es waren nur irregeleitete.

Man hat das nicht getan, meine Damen und Herren. Man hat in den Ministerien **Entnazifizierungskommandos** eingerichtet. Man hat diese Maschine weiterlaufen lassen, um — den Verdacht wurde man in jener Zeit nie los — Männer seiner Gesinnung hineinzubringen, um mit ihnen alle Stellen zu blockieren, um — heute ist das Wort von dem Elfenbeinturm geprägt worden — einen Elfenbeinturm zu schaffen,

(Abg. Dr. Brücher: Schwarzes Elfenbein!)

der ein rocher de bronze sein sollte für endlose Zeiten. So kam das Ministerium für Unterricht und Kultus in den Verruf, nicht so ganz nach sachlichen, sondern nach weltanschaulichen Gesichtspunkten seine Ministerialbeamten zu be-rufen.

Nun hat dieses Ministerium allerdings im Gegensatz zu allen anderen Ministerien eine Eigenart: Es ist das einzige **Weltanschauungsministerium**. Denn ob es sich um Bibliotheken handelt, um die Auswahl der Bücher, des Lesestoffes, den man den Kindern und auch den Erwachsenen geben soll, ob es sich um Theaterfragen handelt, ob es sich um Kindergärten handelt, ob es sich um das große Gebiet der Erziehung oder um das große Gebiet der Kunst und der künstlerischen Ausrichtung des ganzen Volkes handelt, alles das sind Fragen, die zweifelsohne auf der weltanschaulichen Ebene gelöst und geklärt werden müssen. Es nimmt nicht Wunder, es ist eigentlich selbstverständlich, daß sich ein Minister dazu Leute heranzieht, von denen er glaubt, daß sie in seinem Sinn, aber hier in rein parteipolitischen Sinn, diesen Strömungen und Bestrebungen Rechnung tragen würden.

Nun ist die Farbe dieses Ministeriums schon derart dick aufgetragen worden, daß mir, als ich vor fünf Jahren erstmals in das Kultusministerium gehen wollte und ich draußen in der Wandelhalle fragte, wie geht man da hin, wie kommt man dorthin, wo ist der und der Referent, als Witz gesagt wurde: Geben Sie aber Obacht, streifen Sie nicht zu nah an die Wände und vermeiden Sie die Nähe vieler, vieler Herren; Sie werden sonst rußig! Der Witz wurde mir damals als Begleitwort auf meinen Erstlingsgang mitgegeben. Bald ist landauf landab nur noch von dem „schwarzen Ministerium“ gesprochen worden.

(Abg. Euerl: Jetzt wird es rot!)

— Ach, Euerl, wer ist rot? Ihre Krawatte ist rot, deswegen sind Sie aber auch noch nicht rot!

(Heiterkeit)

Man wurde den Eindruck nicht los, daß die Anstellung vieler, sehr vieler im Ministerium und

(Bantele [BP])

in den Außenstellen draußen, in den Regierungen usw. — wie will ich das ausdrücken, sagen wir — abhängig gemacht wurde von der politischen und weltanschaulichen Einstellung.

(Abg. von und zu Franckenstein: Auch in Bayreuth und Ansbach?)

Die Anstellung setzte eine bestimmte Einstellung voraus.

Ich habe schon gesagt, es ist verständlich, wenn ein Minister sein Ministerium ausschließlich als Weltanschauungsministerium betrachtet, in dem eine andere Meinung, eine andere weltanschauliche Auffassung gar nicht aufkommen kann. Darin liegt sowohl für den Minister als auch für die Beamten eine gewisse Tragik. Denn wenn plötzlich ein anderer in das Ministerzimmer einzieht, einer mit anderen Ideen, mit anderen Gedanken, mit anderen Auffassungen von Freiheit, aber auch von Kultur, von Lehrerbildung usw. und meint, daß er, der ja für das Ministerium dem Volk gegenüber verantwortlich ist, diese neuen Auffassungen vertreten muß — um für die Gegenwart zu sprechen, er ist von 62 Prozent der Wähler dafür in das Ministerium hineingestellt worden, daß er diese neuen Auffassungen bis zum letzten vertrete —, dann beginnt nun in diesem Ministerium die **Tragik** und das **Dilemma der Beamten**, die weltanschaulich so fest gebunden sind, daß sie in Gewissenskonflikte kommen. Das ist das Problem des Kultusministeriums, meine Damen und Herren! Und nun militärisch gesprochen: Sollen diese Beamten Schweinehunde sein — das ist militärisch gesprochen; ich bitte, das nicht auf irgendeinen Beamten abzustellen, damit nicht morgen in einer Presse gesagt wird,

(Abg. Eberhard: Es kommt ja ins Protokoll!)

ich hätte die Beamten so genannt — sollen sie also Schweinehunde sein und entgegen ihrer klaren Auffassung nun Sachen vertreten, zu denen sie nein sagen müssen?

(Abg. Dr. Seidel: Das müssen Sie dem Minister sagen!)

Oder ich komme an das Problem, Herr Minister Seidel, das eine Menge von Generälen nach Nürnberg und an die Strippe geführt hat.

Das ist das Problem, ist die Schwere des Problems! Sie ist nicht einfach mit einem Zuruf zu meistern. Es ist eine Schwere, die weit, weit ins Private hineinschlägt, in das Studium meiner Kinder, in den Lebensunterhalt meiner ganzen Familie.

(Zuruf des Abg. Dr. Seidel)

Meine Damen und Herren! Welcher Beamte kann es wagen, seinem Minister zu sagen: ich mache nicht mehr mit!

(Abg. Dr. Seidel: Herr Kollege Bantele! Gott sei Dank gibt es noch solche Beamte, die die Gegenzeichnung verweigern; die ihrem Minister sagen, das sei nicht ihre Auffassung und sie vertreten sie nicht. Gott sei Dank haben wir noch solche Beamte! Wir wollen sie auch weiter erhalten!)

— Gut! Vorhin habe ich aus dieser Bankreihe gehört, „der Referent, den ich, der Minister, in den Landtag schicke, hat meine Meinung zu vertreten“. Wenn ich Ihnen aber sage: „Herr Minister, ich vertrete sie nicht, weil ich sie nicht billige!“ was ist dann? Dann schauen Sie sich um einen anderen Beamten um und setzen einen Mann ein, von dem Sie wissen, daß er Ihre Meinung auch dann vertritt, wenn Sie nicht anwesend sind. Sie waren verantwortlich für das Wirtschaftsministerium, wie Minister Rucker für das Kultusministerium. Das ist die grundlegende Frage, um die es hier geht. In anderen Ministerien gibt es diese Gewissenskonflikte nicht. Ein Gewissenskonflikt wird im Arbeitsministerium, im Wirtschaftsministerium nie akut werden, nie! Dort sind ja sachliche Fragen zu lösen, die nicht im Persönlichen liegen, die nicht an das Gewissen appellieren.

(Abg. Donsberger: Dort hat es auch schon schwere Auseinandersetzungen zwischen Ministerialbeamten und den Ministern gegeben.)

— Darauf kommt es nicht an. Es kommt darauf an — und der Herr Kollege Pittroff hat diese Frage angeschnitten —, ob der Herr Ministerialdirektor Dr. Mayer gewillt gewesen wäre, die Lehrerbildungsvorlage in den Verhandlungen des Kulturpolitischen Ausschusses so zu vertreten, wie es sein Vertreter, Herr Ministerialrat Dr. Bögl, gemacht hat. Wenn er dem Minister gegenüber gesagt hätte: ja, ich mache das, — dann werden Sie mir doch zugestehen — und jeder der Herren, die einmal auf den Regierungsbänken saßen, wird mir das bestätigen —, daß der Minister dann kein gutes Gefühl im Rücken gehabt hätte, wenn er gewußt hätte, daß einer seiner Referenten, der gegensätzlicher Meinung zu ihm ist, diese Sache nun im Landtag aufs nachdrücklichste vertreten soll. In diesen Konflikt konnte der Herr Minister den Herrn Ministerialdirektor gar nicht bringen. So ist es zweifellos richtig, daß der Herr Minister, um die unmittelbare Funktion seines Willens sicherzustellen, einen Mann an sich bindet, von dem er weiß, daß seine Sache in guten Händen liegt. Das kann die CSU, das kann niemand, der es mit den Beamten ernst meint; der es mit einem Ministerium und seiner Arbeit ebenso ernst meint, irgendwie verneinen. Wer soll denn einen Beamten zwingen, zu handeln, wie es der Minister will?

(Abg. Donsberger: Das Beamtengesetz!)

— Ach, das Beamtengesetz! Ist denn keine andere Verwendung eines Beamten mehr möglich, der nicht das Plazet der einzelnen **Patronatspartei** hat? Ja, meine Damen und Herren, wenn wir so weit kommen, daß Veränderungen in einem Ministerium, in einem Schulreferat, in den Regierungen draußen in Bayreuth, Ansbach und Würzburg ohne das Plazet, das Ja oder Nein einer politischen Partei nicht mehr möglich ist, dann hören wir mit einem Staate auf und schaffen das Chaos.

(Abg. Dr. Hundhammer: Sagen Sie das der „Südpost“!)

(Bantele [BP])

— Ich bin nicht die „Südpost“.

(Abg. Dr. Hundhammer: Sagen Sie das Ihren Koalitionspartnern!)

— Das ist nicht mein Partner, genau so wenig, wie mir Ihr Leibblatt irgendwie liegt. Wenn es soweit kommt, daß Parteien Einfluß nehmen, daß es vom Belieben mächtiger Parteibosse abhängt, die Personalpolitik wesentlich zu beeinflussen, dann brauchen wir keinen Minister mehr; dann schaffen wir, wie ich es schon gesagt habe, das Chaos, in dem jeder tut, was er will, in dem jeder jedes und alles sabotiert. Dann weigern sich morgen — auch das ist schon angeklungen — die Beamten, eine andere Stellung anzunehmen, eine andere Arbeit aufzunehmen. Dann weigert sich jeder Beamte, eine Versetzung anzuerkennen. Er geht zum Abgeordneten. Der Abgeordnete muß beim Präsidium der Landpolizei, beim Präsidium der Grenzpolizei, in den verschiedenen Ministerien intervenieren. Er macht Krach. Was ist dann die Folge? Die Folge ist, daß die Personalabteilungen einmal überhaupt nicht mehr wissen, was sie tun sollen. Die Folge ist eine Desavouierung dessen, was wir alle wollen, nämlich einen sauberen Staat und eine saubere Staatsführung. Wenn die Parteien das Wort in der Zukunft haben sollen, ob etwas geschehen soll oder nicht, dann hören wir mit unserer Demokratie auf, dann ist es keine Demokratie mehr.

(Abg. Dr. Seidel: Das ist genau unsere Meinung.)

Dann haben wir die Parteihierarchie, dann haben wir letztlich die Beamtenhierarchie, die uns terrorisiert.

(Abg. Dr. Seidel: Sie haben hundertprozentig recht!)

Das wollen weder die Beamten, noch wollen wir es. Das will auch nicht Herr Minister Rucker mit seiner Veränderung.

(Bewegung des Abg. Dr. Seidel)

— Nein, nein, Herr Dr. Seidel, das will er nicht; da nützt auch Ihre gespreizte Handhaltung nichts. Was heute den Beamten in den Ministerien recht ist, das ist morgen jedem Lehrer, jedem Polizeibeamten, jedem Richter, jedem Beamten in Stadt und Gemeinde recht.

Meine Damen und Herren! Ich sage es noch einmal: Wir alle sind in der ganzen Zeit den Verdacht nicht los geworden, daß die Anstellung im Kultusministerium von einer gewissen politischen und weltanschaulichen Einstellung abhängig gemacht wurde, daß das die Normung und Richtschnur für die Verwendung jedes einzelnen Beamten und ganzer Beamtenkomplexe im Ministerium war.

Wenn nun gesagt wird, daß Regierungsmitglieder auf die Besetzung von Stellen Einfluß nehmen, daß sie den oder jenen besonders empfehlen — meine Damen und Herren, wer von uns muß denn dieses Geschäft leider nicht tun? Bekommen nicht Sie alle jeden Tag Zuschriften von

einem Beamten, von einem Lehrer, von einem abgebauten ehemaligen Studienrat, von Richtern und Staatsanwälten usw. usw., ich, Sie oder wir möchten uns bei dem Ministerium verwenden? Was macht man dann? Man schreibt einen Satz: „In der Anlage übersende ich Ihnen das Gesuch des Herrn Meier. Er hat mich gebeten, sein Gesuch zu befürworten. Ich kann zur Sache nicht Stellung nehmen. Ich weiß, daß er ein ordentlicher Mensch ist. Ich bitte, sein Gesuch zu prüfen.“ Es wird doch niemand, auch kein Minister einer Behörde beziehungsweise einem anderen Ressortminister gegenüber zum Ausdruck bringen: „Ich stelle die Forderung, daß der Huber oder Meier Ministerialrat im Kultusministerium oder Regierungsschulrat in Regensburg wird.“ So war es auch mit dem Herrn Warmer. Wenn ein Regierungsmitglied dem Kultusministerium schreibt: „Herr Soundso hat mir geschrieben; schauen Sie sich das einmal an, ob da etwas zu machen ist“ — liegt da eine Beeinflussung oder eine Patronanz vor? Mitnichten! Das ist leider das Geschäft, das wir täglich tun müssen.

Meine Damen und Herren! Heute ist von Herrn Dr. Hundhammer der schwerste **Vorwurf gegen den Minister Rucker** erhoben worden in der Feststellung, der Minister sei fehl am Platz. Man wäre versucht, das umzukehren, Herr Minister Dr. Hundhammer, wenn man die Ministerliste der Vergangenheit ansieht und zu sagen, daß vielleicht Sie fehl am Platz waren.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Meine Damen und Herren, das ist nicht nur meine Meinung. Diese Meinung ist in den 62 Prozent der letzten Volksabstimmung zum Ausdruck gekommen; sie hat sich gegen Ihre Politik gerichtet; und wie sehr sie sich gegen Sie persönlich gerichtet hat, zeigt Ihnen das Mißtrauen Ihrer eigenen Fraktion, die Ihnen das Vertrauen zum zweiten Minister nicht mehr geben konnte.

(Abg. von und zu Franckenstein: Oho, das ist unverschämt!)

Warum sind Sie nicht mehr Minister geworden?

(Abg. Dr. Hundhammer: Das ist unwahr. Die Sozialdemokratische Koalitionsfraktion hat damals den Widerspruch erhoben. Das ist eine völlige Verdrehung der Tatsache. Das geschah nur aus Rücksichtnahme gegen die SPD, Herr Abg. Bantele.)

Ihre Partei hat Sie fallen gelassen. —

(Abg. von und zu Franckenstein: Das wendet sich gegen die SPD. — Abg. Dr. Hundhammer: So dürfen Sie die Tatsachen doch nicht umkehren.)

— Ich kehre gar nichts um. Ihre Partei hat Sie nicht mehr weiter gehalten! Wenn man von **Toleranz** spricht, wie das heute vormittag beinahe als Menetekel an der Wand zu lesen war, kann ich nur lachen; man spricht immer von dem, was man nicht hat. Meine Damen und Herren! Und von dieser Intoleranz her kommt die Einmischung in die Belange der Regierung. Der Fall Fellner: Ministerialrat **Dr. Fellner**, der vom Innenministe-

(Bantele [BP])

rium als Regierungspräsident nach Augsburg vorgesehen war, gehört nicht der SPD an; zu uns gehört er schon erst recht nicht; bei der FDP wird er auch wohl nicht sein; zum BHE hat er keine Verbindungen. Er ist ein hochqualifizierter Mann ohne Tadel. Und wer stänkert gegen ihn? — Die CSU in Augsburg.

(Widerspruch bei der CSU)

Natürlich!

(Lebhafter Beifall bei der Regierungskoalition)

Sie läßt es auf eine Kraftprobe ankommen, nur um der Destruktion wegen.

(Widerspruch bei der CSU)

Und genau so ist es mit Landshut: Hopfner, ein Mann sonder Tadel und Anstand in seiner Leistung, sicherlich nicht bei uns und genau so wenig wahrscheinlich bei Ihnen (zur SPD), ein Fachmann. Das Prinzip, das wir vertreten, das Prinzip, das heute früh verteidigt werden sollte, das torpedieren Sie und sabotieren Sie mit Ihren Maßnahmen in Landshut, Regensburg und Augsburg. Wo ist denn Ihre Demokratie? Wo ist Ihre Objektivität?

(Abg. Donsberger: Wir wollen nichts als mehrere Vorschläge durch den Minister!)

Wo ist Ihre Einstellung zum sauberen Beamten-tum, zum sauberen Staatswesen, zu einer klaren Staatsführung? So müßte man fragen. Das andere will ich gar nicht erwähnen. Im Bereich der Justiz könnte ich gleich ein Dutzend Fälle aufzeigen, wo es sich um 15, 20 Bewerber handelte, wo Landgerichtspräsidentenstellen und Landgerichtsratsstellen usw. zu vergeben waren. Nicht ein einziger Bayernpartei-er, nicht ein einziger SPD-Mann ist hingekommen. Man hat den Besten gewählt mit Note 1, das ist der Dorner gewesen, der jetzt in Straubing Landgerichtsdirektor geworden ist. Recht so! So muß es sein. Aber wir verbitten uns, daß die CSU-Fraktion hier Eingriffe macht, die vollkommen unsachlich sind.

(Abg. Eberhard: Das stimmt doch nicht in Augsburg! Das ist doch überhaupt kein Vergleich! Der BHE hat ja auch mitgestimmt; das ist doch etwas ganz anderes! — Zuruf vom GB/BHE: Wir haben uns der Stimme enthalten! — Abg. Eberhard: Das weiß ich ganz genau!)

— Sie wissen alles ganz genau! — So vergiften Sie nur die Atmosphäre, sowohl mit dem Text Ihrer Interpellation wie mit dem, was man draußen in den Wandelgängen und in der Stadt hört. Da redet man davon, es existiere eine Abschußliste. Ich glaube nicht, daß in einem Ministerium eine Abschußliste existiert. Wohl aber sind vor 3 oder 4 Jahren hier einmal Fragen ventilert worden, ob schwarze Listen in den Ministerien geführt würden für weltanschaulich gut und weltanschaulich schlecht liegende Genossen usw.

(Zuruf von der CSU: „Genossen“, gut gesagt! — Zuruf: Dr. Ringelmann!)

— Damit meine ich nicht die Sozialdemokraten, da meine ich schon Ihre Brüder.

(Große Heiterkeit — Abg. Dr. Hundhammer: Sie scheinen noch auf dem Kasernenhof zu sein!)

— Ihnen täte es ganz gut, wenn Ihre Überheblichkeit ein bißchen abgeschliffen würde.

Da redet man von der Entfernung von Beamten, davon, daß ihre Rechte geschmälert wurden, daß sie in ihrer Würde gekürzt worden sind, daß sie beeinträchtigt worden sind, daß eine Einschränkung des Arbeitsgebiets erfolgt sei. Ja, meine Damen und Herren, wenn ich nicht mehr das Recht habe, als Minister zu sagen: Sie machen das und Sie machen das, und der scheint mir besser geeignet zu dem, dann höre ich auf, Minister zu sein.

(Sehr richtig! bei der BP)

— Ich glaube nicht, daß es sich Herr Minister Dr. Seidel hätte bieten lassen, wenn wir gekommen wären und gesagt hätten: Das verbitten wir uns!

(Abg. Dr. Seidel: Ich habe auch keinen Beamten benachteiligt!)

— Das ist keine Benachteiligung. Wo wäre denn die Benachteiligung?

(Abg. Dr. Seidel: Den ganzen Tag sprechen wir darüber!)

— Herr Minister, da komme ich sofort auf das Problem der Versetzung. Ein Polizeiwachtmeister von irgendwo her wird dienstlich versetzt.

(Zuruf von der CSU: Natürlich kann er das!)

Der sagt: „Ich fasse das als Benachteiligung auf, das ist eine Gemeinheit!“ Ich habe draußen Stöße von solchen Dingen. Leider war ich im Sicherheitsausschuß, und da glauben die Leute, ich hätte da Einfluß. So ist es doch: Der sagt: „Ich fühle mich benachteiligt; ich habe ein anderes Arbeitsgebiet, ich gehe nicht hin, ich gehe zum Kadi, ich gehe zum Verwaltungsgerichtshof.“ So geht es an, und wo es aufhört, das können Sie sich ungefähr vorstellen.

Ich komme zum Ende. Herr Kollege Dr. Seidel, Sie haben recht, wir reden schon den ganzen Tag darüber. Es wäre viel besser gewesen, kürzer zu bleiben, sowohl im Text der Interpellation als auch in den Reden Ihrer Redner.

Es ist gar kein Zweifel — das muß man zugestehen —, daß die **Art der Durchführung**, wie man den Beamten das sozusagen gesagt hat, nicht ganz in Ordnung war.

(Sehr richtig! bei der CSU)

Sie sollen es, wie ich heute gehört habe, durch den Nachfolger erfahren haben, der sagte: „Sehr nett, Grüß Gott, aber ich hänge jetzt meinen Mantel in diesen Schrank; Sie müssen sich irgendwo erkundigen, wo Sie hingehen sollen.“ Diese Art und Weise erinnert schon sehr stark an Zeiten, die ich auch miterlebt habe, wo ich vom Spediteur erfahren habe, daß ich nach Berlin versetzt wurde, und an die Zeiten, in denen auch Bismarck vom Möbelpacker erfahren mußte, daß seine Entlassung

**(Bantele [BP])**

nun endgültig sei. Wer Geschichte kennt, der weiß das.

(Abg. Eberhard: Wer war denn da der Spediteur im Kultusministerium? — Heiterkeit)

— Den dicken Buckel hätten Sie dazu! — Das gebe ich zu, daß es hier vielleicht nicht in Ordnung gegangen ist und daß jetzt dadurch eine gewisse Verstimmung bei diesen Beamten entstanden ist. Aber diese Verstimmung, die rein im Formalen liegt, darf nicht dazu führen, daß diese Herren Beamten hier dieses Theater aufziehen. Es ist ja doch kein Zweifel, daß die Strömungen von drinnen gekommen sind. Das ist ganz selbstverständlich.

(Abg. Wimmer: Wichtig ist, wer den Eintritt in das Theater bezahlt!)

Wir von der Bayernpartei und ich persönlich lehnen es strikte ab, ein Ministerium irgendwie, wie man das manchmal hört, daß andere es tun — es ist aber auch das nicht wahr —, unter Druck zu setzen. Ich habe mich auch nicht unter Druck setzen lassen in meinen Maßnahmen, die notwendig waren, und kein Mann wird das tun. Auf der anderen Seite sage ich aber nochmals: Dem Minister, was des Ministers ist, und retten Sie das Beamtentum und lassen Sie es nicht vor die Hunde gehen! Wenn wir so weiterfahren mit dieser Hetze, wie wir sie jetzt treiben, schaffen wir die Grundlagen dazu, das Beamtentum in seinen Grundfesten zu erschüttern.

(Abg. Dr. Seidel: Sehr gut!)

Dann kommt das Ende des Beamtentums!

(Abg. Dr. Hundhammer: Ausgezeichnet! Da sind wir ganz Ihrer Meinung!)

Dann kommen wir zu amerikanischen Verhältnissen, wo es heißt, dem Sieger gehört die Beute.

(Zuruf von der CSU: Jawohl, ausgezeichnet, Bantele! — Beifall bei der CSU)

— Warten Sie doch! Meine Herren, Sie waren vorher nicht die Sieger, Sie haben sich aber als solche gebärdet. Sie haben dieses Prinzip bis jetzt verfolgt, und wenn jetzt eine Wachablösung durchgeführt wird bei diesen Posten im Kultusministerium, in diesem Weltanschauungsministerium, dann deshalb, weil der Minister wissen muß, daß seine Ideen von seinen maßgebenden Beamten auch getragen und vertreten werden. Das ist durchaus logisch. Wir, die Bayernpartei, billigen die Maßnahmen des Herrn Ministers, wir sagen, daß der Mann wohl am Platze ist, und zwar sehr am Platze und daß er uns besser gefällt als seine Vorgänger.

(Beifall bei den Koalitionsparteien)

**Präsident Dr. Ehard:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Wüllner.

**Dr. Wüllner (GB/BHE):** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich glaube, es könnte nicht schaden, wenn wir so ein wenig wieder zum Grundsätzlichen zurückkehren würden.

(Sehr gut!)

Ich glaube, das ist notwendig; denn wir haben uns sehr stark mit Einzelheiten befaßt, die zweifellos die Öffentlichkeit interessieren, die aber im Grunde nur so ein bißchen am Rande mit der Frage als solcher zusammenhängen. Ich kann mir vorstellen, daß die Bevölkerung sich draußen sagt, es ist ja sehr schön, endlich einmal so ein Tag des Wäsche-waschens im Parlament. Ich möchte sagen, es tauchen da zwei Fronten auf, die anscheinend einen alten Streit austragen, wobei es mir so vorkommt und ebenso dem Gesamtdeutschen Block/BHE, daß wir einer Gruppe angehören, die an diesem Streit unmittelbar nicht allzusehr beteiligt ist. Wir können mit gutem Grund sagen, nicht allzusehr beteiligt zu sein, weil wir weder an der Personalpolitik irgendeines Ministeriums der letzten acht Jahre aktiv mitzuwirken Gelegenheit hatten, noch uns darüber beklagen können, daß vielleicht die Menschen, die wir zu unseren Freunden zählen, von diesen Ministerien allzu stark bevorzugt worden wären. Ich glaube, auch das müssen wir bei dieser Gelegenheit einmal ruhig sagen.

Neu ist mir aber eines, und die Bevölkerung wird erstaunt sein, wenn sie das vernimmt: daß der Herr Abgeordnete Dr. Hundhammer, der es mir wohl nicht übel nimmt, daß ich ihn nicht als Staatsminister anspreche, und zwar einfach deshalb, weil ja schließlich und endlich im Laufe der Zeit bald ein jeder, mindestens aber jeder Zweite oder Dritte in unserem Hause als ehemaliger Staatssekretär oder Minister angesprochen werden mußte, heute als Apostel der Toleranz aufgetreten ist, also in einer Rolle, in der ihn das Volk in Bayern bisher und vor allem in der Zeit seiner Minister-wirksamkeit nicht gekannt hat.

(Beifall bei den Koalitionsparteien)

Ich möchte auch ein wenig daran zweifeln, ob die starken Worte, die er gewählt hat und von denen gesagt worden ist, daß sie weniger gegen Herrn Rucker, den jetzigen Kultusminister, sich wandten als eine Verteidigung seiner eigenen Geschäftsführung waren, immer so unbedingt notwendig waren. Ich möchte bezweifeln, ob es unbedingt notwendig war, gestern davon zu sprechen, daß hier ein Blitzschlag in den Baum der Demokratie hineingesaust sei. Der Baum der Demokratie täte mir leid, wenn er von einem solch kümmerlichen Schlag wie dem, von dem hier gesprochen wurde, gefällt oder auch nur ernstlich beschädigt werden könnte. Aber ich könnte mir denken, daß man überlegt, was mag Herr Dr. Hundhammer damit für eine Absicht verfolgt haben, daß er so sehr seine Zeit der Geschäftsführung herausstrich, aber die jetzige im Grunde genommen unangegriffen ließ. Ich könnte es mir deshalb vorstellen, weil er sich vielleicht auch sagt, daß er manchmal seine eigene Partei ein wenig in Schwierigkeiten gebracht hat.

Und jetzt, Herr Dr. Hundhammer, eine ganz private Frage, die Sie freilich genau so wenig beantwortet werden, wie Sie vorher eine Frage des Herrn Kollegen Pittroff beantwortet haben, nämlich die private Frage: Wäre nicht vielleicht ein etwas toleranteres, etwas großzügigeres, etwas weniger auf eine einzige Partei abgestelltes Kultusministerium und seine Führung, wäre nicht das

(Dr. Wüllner [GB/BHE])

durch acht Jahre hindurch eine Grundlage dafür gewesen, daß manche Wünsche Ihrer Partei, so wie sie im Vorjahr ausgesprochen worden sind, sich eher hätten erfüllen lassen, als durch eine gewisse Politik der Sturheit und der Intoleranz?

(Sehr richtig! beim GB/BHE und bei der SPD)

Daß das richtig sein dürfte, dafür sprechen Worte aus ihren eigenen Reihen. Ich möchte da nur ganz kurz auf zwei Bemerkungen eingehen, die Ihnen sicherlich bekannt sind. Der Kollege Greib hat in den Tagen der Koalitionsbildung im Dezember 1954 in einer Monatsversammlung der CSU in Würzburg erklärt: „Wir müßten schlechte Politiker gewesen sein, wenn im Staatsapparat nicht Männer wären, die anderer Meinung sind“ — nämlich als die jetzige Koalition — „und genau acht geben, was gespielt wird.“ Der Sinn seiner Ausführungen war sehr eindeutig: „Ihr könnt doch machen, was ihr wollt, wir regieren im Grunde ja doch in den Ministerien weiter.“ Die Bevölkerung hat dazu gesagt, dieser Ausspruch Greibs habe zwar etwas unvorsichtig geklungen, aber er habe doch etwas für sich, denn er bestätigte nur die Tatsache, daß Sie (zur CSU) zu der Zeit, in der Sie die Macht ergriffen hatten, also während dieser Zeit der Machtergreifung, wohl auch dafür gesorgt haben, daß einmal eine Ebbe einsetzen und schlechtere Tage kommen könnten, in denen Sie dann Ihre Macht immer noch ein wenig indirekt ausüben könnten, und zwar mit einem sehr stark mit Ihren Freunden durchgesetzten Apparat.

Und wenn am 18. Januar 1955 in Haßfurt ein Kollege dieses Hohen Hause — er sitzt hier — erklärt hat, die Regierungsbildung in Bayern sei das Plagiat einer Machtergreifung, das kitschig ist und wie auf einer Schmierbühne wirkt, und die neue Regierung sei eine Volksfrontregierung gegen die CSU, wie sie vor der Machtübernahme in Prag und Budapest bestanden habe, so war das nicht nur eine Unverschämtheit, möchte ich beinahe sagen — ja, ich möchte das sogar uneingeschränkt sagen —, sondern das war auch etwas, was hindurchleuchten ließ, daß es Menschen gibt, die die Absicht haben, für die künftige Zeit ein bißchen Sand in das Getriebe des Staatsapparates rieseln zu lassen. Etwas Derartiges freut uns nicht, weil ja der Staat — und darüber sollten wir uns einig sein — unserer gemeinsamen Sorge bedarf. Wir sind ferner der Meinung, daß Opposition und Regierung Dinge sind, die in ihrer Zusammensetzung wechseln können.

Und nun noch ein Wort! Vielleicht wäre es sogar gut gewesen, wenn diese Regierung schon früher gewechselt hätte; dann hätten wir alle die Vorfälle, die Sie heute so erschöpfend dargestellt haben und auf die Herr Kollege Pittroff näher eingegangen ist, schon vor Jahren in allen Einzelheiten erfahren und hätten nicht erst bis jetzt warten müssen.

(Abg. Dr. Seidel: Herr Kollege Wüllner, das ist nicht ganz logisch, weil seit sieben Jahren die SPD in der Regierung mit darin war und Ihre Partei . . .)

— Wie logisch das ist, werden Sie mir noch bestätigen, weil Sie wissen, daß das Verhältnis zwischen Koalitionspartnern anders ist als zwischen Regierung und Opposition. Sie machen es ja auch so, und Dr. Hundhammer hat heute wieder Angriffe gegen die SPD gerichtet.

(Abg. Dr. Hundhammer: Haben Sie selber die Augen zugeedrückt vier Jahre lang?)

— Wir mußten auch die Augen zudrücken und es soll sogar vorgekommen sein, daß Sie sie auch zugeedrückt haben, nur zu selten.

Sie haben dauernd die SPD hier angegriffen, aber die anderen Koalitionsparteien doch auch immer wieder herausgestellt, so daß uns einfach nichts anderes übrig bleibt, als auch einige Ergänzungen in Ihr — verzeihen Sie schon — Sündenregister hineinzuschreiben. Ich glaube, daß dieses Sündenregister nicht ganz so klein ist, wie es heute nach Ihren Darstellungen im ersten Augenblick für den, der etwa hier im Saal auf der Tribüne als Zuhörer staatsbürgerlichen Unterricht erhält, hätte scheinen können. So liegen die Dinge keinesfalls.

Es ist Ihnen schon gesagt worden — ich glaube, es war Herr Kollege Bantele, der darauf verwies —, wie man sich zum Beispiel zur Zeit der Entnazifizierung im Kultusministerium nicht übermäßig großzügig und nicht übermäßig vom Geist christlicher Nächstenliebe getragen verhalten hat.

Wenn man von den Einzelheiten dieses Ministeriums sprechen sollte, dann wäre es doch zum Teil vielleicht nicht unwichtig, einer Dame zu gedenken, die heute ziemlich ungeschoren geblieben ist. Das war Frau **Dr. Böhm**. Sehen Sie, es ist heute gesagt worden, sie sei eine erstklassige Fachmännin. Wir möchten nicht in diesen Einzelheitenstreit näher eintreten, aber bei dieser Dame können wir uns bei Gott nicht verkneifen, einmal zu sagen: Sie war in unseren Augen der Prototyp einer Dame, die nicht weiß, wie man Sachliches und Persönliches auseinanderhalten kann. Es geht einfach nicht an, daß eine Dame glaubt, weil sie den Titel „Regierungsdirektorin“ hat, sie brauche Briefe von Abgeordneten überhaupt nicht zu beantworten. Es geht nicht an, daß sie die Abgeordneten ignoriert in einer unverschämten Weise, daß sie sich über alle Dinge hinwegsetzt und es fertig bringt, unserem sachverständigen Abgeordneten, der mit einem sachverständigen Schulmann bei ihr vorspricht, nämlich dem ehemaligen Regierungsdirektor Theo Keil, diesem ihr gleichgestellten Mann, von dem jeder andere, der in Schulfragen bewandert ist, weiß, daß er mit dem Aufbau des Mittelschulwesens seinerzeit im Dritten Reich vertraut gemacht worden ist — nicht weil er etwa der Partei besonders nahe stand, sondern weil er dieses Kapitel beherrschte — plötzlich zu sagen: Der Mann versteht nichts; den kann ich nicht einmal zum Leiter einer Mittelschule in Waldkraiburg bestellen. Soweit ist es um die Objektivität dieser Dame bestellt. Wenn man in der Toleranz so weit vorgeht, wie unser heutiger Staatssekretär, daß er diese Dame weiterhin ungeschoren läßt, in keiner Weise ihren Arbeitsbereich beschneidet, sondern

**(Dr. Wüllner [GB/BHE])**

nur das tut, was jeder Minister tun muß: die Geschäftsbereiche neu einzuteilen, dann müßte diese Dame reichlich zufrieden sein.

(Abg. Donsberger: Was haben Sie getan, nachdem der Fall bekannt geworden ist?)

— Wir haben uns trotzdem nicht in dem Sinne verwendet, dieser Dame hinauszuhelfen, während ich fest überzeugt bin, wenn das ein Jahr früher gekommen wäre und es hätte sich um einen Mann gehandelt, der etwa nicht der CSU angehört, daß dieser Mann sehr bald das Gnadenbrot oder die Pensionierung hätte hinnehmen müssen.

(Abg. Donsberger: Man beschwert sich nicht und kommt hintennach.)

— Man beschwert sich eben jetzt, weil dieser Vorfall sich im heurigen Sommer zugetragen hat. Sie selbst, Kollege Donsberger, hätten — ich kenne Sie als objektiv viel zu gut — diese Art genau so zurückgewiesen wie ich.

(Abg. Donsberger: Wenn es so ist, schon.)

Sie bringen mich auf ein anderes Kapitel. Sehen Sie, ich erwähnte, daß der Staatssekretär, der bekanntlich keiner der Koalitionsparteien angehört, einen Vorteil hat, der mit diesem Amt in diesem Punkt zweifellos verbunden ist: er ist Fachmann. Er ist nicht in erster Linie Politiker. Er sieht nicht alle Dinge durch eine schwarze Brille. Es kann auch andere Brillen geben; das bestreite ich gar nicht. Aber er sieht die Dinge so, wie sie sind, betrachtet sie nüchtern und versucht, sie sachlich und nüchtern zu lösen. Wenn wir uns das so überlegen, müssen wir sagen: Wäre es nicht zweckmäßiger, alle diese Dinge grundsätzlich und nüchtern zu behandeln und sich doch einmal zu sagen: Wir haben gemeinsame Interessen, die wir also auch gemeinsam verfechten müssen. Ob aber diese Dinge sachlich gesehen werden oder nicht, dafür darf ich Ihnen ein wunderschönes Beispiel aus den allerjüngsten Tagen geben.

Meine Damen und Herren! Sie werden doch etwas erstaunt sein, in welcher Weise sich das Blatt, das zweifellos dem Bundeskanzler Dr. Adenauer sehr nahe steht, der „Rheinische Merkur“, mit uns und der Koalition ausführlich befaßt. Sie werden sich vielleicht auch erinnern, daß dort ein bekannter Journalist mitarbeitet, der der CSU angehört, Herr Frenzel,

(Oho! bei der SPD)

der ja bekanntlich als Bibliothekar der Staatsbibliothek dem Kultusministerium untersteht und von dem mir nicht bekannt ist, daß er deshalb in irgendeiner Form gemäßregelt, versetzt oder behindert worden wäre — bei Gott, wir wollen das nicht, wir freuen uns darüber,

(Zuruf des Abg. Dr. Seidel)

daß der Mann durchaus ungeschoren geblieben ist und es bleiben soll. Dieser Mann hat — ich bin, glaube ich, nicht schlecht unterrichtet — gerade auch in diesem „Rheinischen Merkur“ sehr deutlich von der Bayerischen Regierung als von einer

„Volksfrontregierung“ gesprochen. Ich weiß nicht, wie weit sich ein derartiges Wort eines bayerischen Staatsbeamten, ein derartiges Wort der Kritik, mit seiner Stellung verbindet.

(Abg. Dr. Lacherbauer: Das ist eine Unverschämtheit!)

— Das ist zweifellos eine Unverschämtheit. Man sieht nur, mit welcher Toleranz wir — nicht Sie, Herr Dr. Hundhammer — solche Sachen behandeln. Aber ich möchte sagen, die Toleranz hat doch an sich gewisse Grenzen. Und wenn wir jetzt im „Rheinischen Merkur“ lesen „Bayerns personalpolitische Fäulnis“, dann zitiere ich die Überschrift eines Aufsatzes vom 21. Oktober 1955. Er kommt also direkt aus der Bonner Küche, er ist noch warm. Und Sie lesen darin sehr schön:

Der internen Selbstentmündigung der Koalitionsgenossen folgt jetzt die de facto-Ausschaltung der Opposition, . . .

Das sind ja Ausdrücke, wie wir sie in Bayern bisher nicht kannten. Ich muß sagen, wenn ich jetzt Bayernpartei wäre, würde ich sagen: Was ist denn das für ein geschraubtes preußisches Gewäsch! — Es heißt weiter:

Ähnlichen Vorgängen erlagen jetzt sechs höhere, selbst nach dem Urteil der Koalition verdiente Beamte des Kultusministeriums, denen durch Versetzung in unbedeutende Arbeitsbereiche jeder Einfluß auf Haushalts- und Personalangelegenheiten entzogen wurde. Wenn man erfährt, daß einer der Kaltgestellten von Papst Pius XII. jüngst mit der Komturwürde des Gregoriusordens ausgezeichnet wurde, ein anderer demonstrativ aus dem liberalistischen „Bayerischen Lehrerverein“ ausgetreten ist

— der wird es zu tragen wissen —

und ein dritter den Kreisvorsitz der Freisinger CSU innehat, so kann über die politische Absicht dieser als „neue Geschäftsverteilung“ demokratisch getarnten Maßnahmen kein Zweifel mehr herrschen.

Jetzt kommt es:

Bei den plansozialistisch-wirtschaftsliberalen, zentralistisch-partikularistischen und berufsbayerisch-berufsvertriebenen Widersprüchen der derzeitigen Münchner Koalition war es von allem Anfang an klar, daß ihr unausgesprochenes Regierungsprogramm nur personalpolitischer Natur sein kann.

— Fehlt ein Zwischensatz: Wie der Schelm ist, so denkt er von anderen. —

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Und dann kommt ein sehr schöner Satz:

Das ist auch der Kitt,

— die Personalpolitik —

der den Stellenjäger-Clan so lange zusammenhält, bis sich seine Partner ihre personalpolitischen Versprechungen gegenseitig erfüllt haben. Mit jenem Zynismus, der nach Machtergreifungen aufzutreten pflegt, gibt dies Wal-



(Dr. Wüllner [GB/BHE])

demar von Knoeringen auch zu, wenn er erklärt, daß die bisher angeblich einseitig von der CSU beherrschte Personalpolitik „nur eine Korrektur“ erführe. Diese Korrektur ist aber eine willentliche Verfälschung der Tatsache, daß Bayern immer noch weithin von einem christlichen Volk besiedelt wird

— ich glaube, zu 100 Prozent —

und daß dieser Christlichkeit eben auch die bisherige Zusammensetzung der Beamtenschaft ganz natürlich entsprach.

(Zuruf von der SPD: Süß!)

Da muß ich doch sagen, daß diese Christlichkeit in der Zusammensetzung der Beamtenschaft — —

(Abg. Dr. Seidel: Wem erzählen Sie das!)

— Denen erzähle ich das, die das Blatt nicht so gut gelesen haben wie Sie; denn ich zweifle nicht, daß Sie die Stimme Ihres Herrn auch in diesem Punkt vernommen haben.

Aber etwas anderes! Ich will es aus einem anderen Grund sagen. Mit dem Begriff der Demokratie — und, Herr Kollege Dr. Seidel, darin hoffe ich, daß Sie mit mir übereinstimmen — und mit dem Begriff einer berechtigten Kritik läßt sich das, was uns hier der „Rheinische Merkur“, was uns der zweifellos nicht von uns, nicht von der SPD, nicht von der Bayernpartei und auch nicht von der FDP inspirierte Schreiber mitzuteilen hat, kaum mehr vereinbaren. Wäre es nicht angebracht, dort Kritik zu üben? Wäre es nicht zweckmäßig — —

(Abg. Dr. Seidel: Sie haben es ja getan!)

— Moment, Sie stehen den Herausgebern wesentlich näher; wir können das jedesmal feststellen. Sie werden also dort leichter Eingang haben als wir. Ich möchte nur, daß wir dahin kommen, daß diejenigen, die im Glashaus sind, es auch vermeiden, mit Steinen zu werfen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit fragen, ob sich beispielsweise der Bundeskanzler seinen Geschäftsverteilungsplan von der bösen Opposition der SPD

(Abg. Haas: Sehr gut!)

so zerfleischen ließe, wie es hier geschehen ist.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien

— Abg. Haas: Darüber wäre zu reden!)

Ich möchte nur die bescheidene Frage stellen, in welcher Weise in Bonn Personalpolitik gemacht wird. Auch das ist eine Sache, die die breite Öffentlichkeit fast noch mehr interessiert als die bayerische Personalpolitik.

(Zuruf des Abg. Dr. Lacherbauer)

Der Zweck meiner Ausführungen ist nicht, bei diesem Streit Öl ins Feuer zu schütten, der Zweck meiner Ausführung ist, die Dinge auf das richtige Maß zurückzuführen. Wenn ich Sie darum bat, wenn Sie selbst im Glashaus sind, nicht mit Steinen zu werfen, dann sehen Sie daraus, daß es mir darauf ankommt, die ganze Atmosphäre etwas besser abzuklären; denn wir sind uns klar, daß wir in den nächsten Jahren noch andere, dringlichere

Fragen werden zu behandeln haben als bloß diese hier, bei der wir das Gefühl hatten, die Memoiren eines verhinderten Ministers zur Kenntnis nehmen zu sollen.

(Anhaltender Beifall bei den Koalitionsparteien)

**Präsident Dr. Ehard:** Ich möchte dazwischen eine geschäftsordnungsmäßige Bemerkung machen. Es haben jetzt alle Parteien einmal gesprochen. Im Augenblick habe ich noch 12 Redner auf der Rednerliste.

(Abg. Eberhard: Ausgezeichnet!)

Wir haben nun folgende Situation vor uns: Wir haben in der Nachtragstagesordnung eine zweite Lesung und drei Anträge, die noch erledigt werden müßten.

Ich schlage nun vor, daß wir jetzt die Debatte unterbrechen und diese Nachtragstagesordnung erledigen. Dann wäre die Frage aufzuwerfen, ob morgen noch getagt werden soll. Es wäre nur möglich, wenn wir morgen schon um 8 Uhr anfangen, höchstens 1½ Stunden zu tagen,

(Abg. Eberhard: Ganz unmöglich!)

weil um 1/210 Uhr der Pfalzausschuß wegfährt. Außerdem habe ich heute schon eine ganze Reihe von Entschuldigungen für morgen. Es wird also die Frage aufzuwerfen sein, ob wir jetzt die Debatte abbrechen und die Nachtragstagesordnung erledigen

(Widerspruch)

und ob wir die Fortsetzung der Debatte auf die Woche vom 21. November verlegen. Fertig werden wir heute mit dieser Debatte nicht;

(Zuruf: Und morgen auch nicht!)

denn wir müssen heute um 7 Uhr abbrechen, weil eine ganze Reihe Mitglieder des Hohen Hauses zu einer anderen Veranstaltung weggeht. Außerdem ist, wie gesagt, eine Reihe von Abgeordneten bereits entschuldigt. Schließlich fährt um 1/210 Uhr, wie Ihnen ja bekannt ist, der Pfalzausschuß verstärkt durch einige Mitglieder des Hauses weg.

Ich würde also vorschlagen —

(Unruhe — Glocke des Präsidenten — Abg. Eberhard: Ich bitte um das Wort!)

— jetzt haben wir 13 Wortmeldungen —, daß wir jetzt die Debatte abbrechen, daß wir die Nachtragstagesordnung erledigen und daß wir morgen keine Sitzung halten; denn es hat ja keinen Zweck, wieder eine Aussprache anzureißen und nicht fertig zu machen. Aber ich bitte das Hohe Haus um seine Meinung. Jetzt ist noch Zeit, jetzt können wir disponieren.

Zunächst Herr Kollege Eberhard!

(Abg. Stock: Zur Geschäftsordnung!)

**Eberhard (CSU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir die Nachtragstagesordnung unbedingt erledigen müssen — und das scheint der Fall zu sein —, möchte ich vorschlagen, jetzt die Nachtragstagesordnung zu erledigen und die De-

(Eberhard [CSU])

batte abzubrechen; denn die Ausführungen der nunmehr gemeldeten 13 Redner werden wir nicht mehr verarbeiten können. Dann können wir die Debatte im November wieder fortsetzen.

(Lebhafter Widerspruch und Unruhe bei der SPD)

**Präsident Dr. Ehard:** Meine verehrten Damen, meine Herren! Kann man denn eine nüchterne Betrachtung darüber, wie man nun eine Sache formell weiterführen soll, nicht in Ruhe abmachen? — Herr Abgeordneter Stock!

**Stock (SPD):** Meine Damen und Herren! Sie wissen, daß heute mittag der Rechts- und Verfassungsausschuß getagt hat wegen Gesetzen, die unbedingt heute erledigt werden müssen. Es ist also unbedingt notwendig, die Nachtragstagesordnung jetzt zu erledigen; denn es handelt sich um Gesetze, die einen Personenkreis betreffen, für den es unbedingt notwendig ist, daß die Gesetze heute verabschiedet werden.

(Abg. Eberhard: Sehr richtig!)

Ich glaube, daß wir das diesem Personenkreis schuldig sind. Deshalb möchte auch ich beantragen, die Debatte jetzt abzubrechen und dann diese Gesetze zu erledigen. Sie wissen, daß der morgige Tag für die Pfalzfahrt festgelegt ist, die nicht rückgängig gemacht werden kann, weil drüben in der Pfalz schon alles arrangiert ist,

(Abg. Eberhard: Sehr gut!)

so daß wir, wenn wir die Debatte fortsetzen wollen, gezwungen sind, dies in der nächsten Plenarsitzung zu tun.

(Beifall bei der CSU und der FDP — Abg. Dr. Eberhardt: Ich wollte dasselbe sagen und ziehe meine Wortmeldung zurück.)

**Präsident Dr. Ehard:** Dann wollen wir also die Debatte teilen. Ich nehme das Einverständnis des Hohen Hauses an, daß wir zunächst die Nachtragstagesordnung —

(Zurufe von der SPD: Nein! Nein! Abstimmen! — Abg. Eberhard: Abstimmen!)

— Wer dagegen ist, daß wir jetzt die Nachtragstagesordnung erledigen, den bitte ich um ein Handzeichen.

(Zurufe und starke Unruhe)

— Meine Damen, meine Herren! Solche Dinge ließen sich wesentlich rascher erledigen, wenn nicht ein solches Gemurmel wäre und wenn man etwas besser aufpassen würde auf das, was nun einmal gesagt werden muß. — Ich wiederhole: Ich nehme das Einverständnis des Hohen Hauses dazu an, daß wir im Augenblick die Debatte abbrechen und zunächst die Nachtragstagesordnung erledigen. Wer dagegen ist, möge sich vom Platz erheben. — Das ist die Minderheit.

(Abg. Eberhard: Sehen Sie, Herr von Knoeringen, das ist jetzt der Erfolg der Interpellation: Jetzt haben Sie schon eine eigene Opposition bei Ihnen!)

Wir werden also jetzt die Nachtragstagesordnung erledigen.

(Abg. Eberhard: Ich möchte bitten, gleich darüber abstimmen zu lassen, obmorgen auch getagt wird.)

— Zweitens ist angeregt worden, morgen keine Sitzung zu halten. Für den Fall, daß wir eine Sitzung halten, müssen wir, auch wenn wir um 8 Uhr anfangen, spätestens um 1/210 Uhr abbrechen. Wir könnten also mit den 13 gemeldeten Rednern in den noch zur Verfügung stehenden 2 1/2 Stunden — heute noch knapp eine Stunde und morgen 1 1/2 Stunden — gar nicht fertig werden, vor allem weil ich damit rechnen muß, daß sich der Vertreter des Kultusministeriums noch einmal zum Wort meldet und sich dann die ganze Reihe von Rednern wieder von neuem meldet. Ich möchte also die zweite Frage stellen, ob Einverständnis darüber besteht, daß morgen keine Sitzung stattfindet. Wer dafür ist, daß morgen eine Sitzung ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Zuruf von der SPD)

Mit 1 Ausnahme. —

(Unruhe)

— Meine Damen und Herren! Es sind so viele Wortmeldungen da! Wenn jemand etwas zu sagen hat, möge er es durch eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung bekunden. Man versteht sich dann nämlich besser, als wenn alle zu gleicher Zeit reden.

Ich rufe auf Punkt 2 des Nachtrags zur Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes (Beilage 794).**

Über die Verhandlungen des Ausschusses für sozialpolitische Angelegenheiten (Beilage 892) berichtet der Herr Abgeordnete Dr. Dehler. Ich erteile ihm das Wort.

**Dr. Dehler (FDP), Berichterstatter:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Ausschuß für sozialpolitische Angelegenheiten befaßte sich in seiner 18. Sitzung am 13. Oktober 1955 mit der Beilage 794, einer Vorlage der Staatsregierung, Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes. Berichterstatter war ich selbst, Mitberichterstatter Kollege Neuner.

(Andauernde Unruhe — Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Ehard:** Ich glaube, man kann dem Herrn Berichterstatter nicht zumuten weiterzureden, wenn er sich selbst nur notdürftig versteht.

**Dr. Dehler (FDP), Berichterstatter:** Bei der Regierungsvorlage handelt es sich im wesentlichen um die Durchführung des Abschnitts II des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes. Die Änderung des bayerischen Ausführungsgesetzes war einmal notwendig geworden, weil durch das Überleitungs-

(Dr. Dehler [FDP])

gesetz die Überleitung der Lastenausgleichsverwaltung in das Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge erfolgt ist, zum zweiten, weil eine Empfehlung der Bundesregierung vorlag, den Vollzug des Abschnitts II des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes durch die Lastenausgleichsverwaltungen vornehmen zu lassen, und drittens, weil von seiten der Bundesregierung auf die Ausscheidung des 50prozentigen Verwaltungskostenansatzes verzichtet wurde.

In § 1 des Gesetzentwurfs wurde im wesentlichen die Zuständigkeit der Lastenausgleichsverwaltung zur Durchführung des Abschnitts II des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes festgelegt.

In § 1 Nr. 2 der Novelle ist als oberste Landesbehörde für den Abschnitt II des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes das Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge bestimmt.

In Nr. 3 des § 1 wurde der jetzige Artikel 4 des Gesetzes mit den darin festgelegten Prüfungsausschüssen deswegen gestrichen, weil schon eine genügende Umreißung in § 39 des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes erfolgt ist.

Die Nr. 4 des § 1 der Novelle gibt den beiden beteiligten Staatsministerien die Ermächtigung zum Erlaß von Durchführungsvorschriften jeweils für ihren Bereich.

Der § 2 der Novelle gibt die Ermächtigung zur Bekanntmachung des Gesetzes in neuer Fassung.

Der § 3 bezeichnet das Gesetz als dringlich und schlägt als Termin des Inkrafttretens den 1. September 1955 vor, was sich aus der sozialen Dringlichkeit der gesamten Materie ergeben dürfte.

Bei der kurzen grundsätzlichen Aussprache erklärten die Vertreter sowohl des Innenministeriums als auch des Staatsministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge ihr grundsätzliches Einverständnis mit dem vorliegenden Entwurf. Vom Vertreter des Innenministeriums wurden jedoch noch einige redaktionelle Änderungen des Entwurfs vorgeschlagen, und zwar sollen in § 1 Nr. 2 die Worte „für den Vollzug des Abschnitts I des KgfEG“ gestrichen werden, um die Federführung durch das Innenministerium klarzustellen. Weiter wurde vorgeschlagen, in § 1 Nr. 4 nach den Worten „Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge“ zur Klarstellung das Wort „Landesausgleichsamt“ in Klammern einzusetzen und in § 2 das Wort „bayer.“ entfallen zu lassen, um der üblichen Terminologie zu entsprechen.

Der Gesetzentwurf fand im Sozialpolitischen Ausschuß nach kurzer Debatte einstimmige Annahme; ich bitte das Hohe Haus, diesem Beschluß beizutreten.

**Präsident Dr. Ehard:** Die Vorschläge des Sozialpolitischen Ausschusses finden Sie auf der Beilage 892. Ich werde noch darauf zurückkommen.

Über die Verhandlungen des Ausschusses für den Staatshaushalt und Finanzfragen (Beilage 909) berichtet der Herr Abgeordnete Klammt. Ich erteile ihm das Wort.

**Klammt (GB/BHE),** Berichterstatter: Herr Präsident, Hohes Haus! Der Ausschuß für den Staatshaushalt und Finanzfragen beschäftigte sich in seiner 68. Sitzung am 21. Oktober mit der Vorlage, wie sie vom Sozialpolitischen Ausschuß einstimmig angenommen worden ist. Mitberichterstatter war Herr Kollege Gabert, Berichterstatter ich selbst.

Zur Debatte stand die Vorlage, wie sie der Sozialpolitische Ausschuß beschlossen hatte. Zum neuen Artikel 5, bisher Artikel 6 des alten Gesetzes, hat jedoch der Herr Kollege Dr. Lacherbauer die Einwendung erhoben, daß das Landesausgleichsamt keine Durchführungsvorschriften erlassen könne, sondern daß dies dem Ministerium überlassen bleiben müsse. Der Berichterstatter beantragte daher, in Artikel 5 (neu) entgegen dem Beschluß des Sozialpolitischen Ausschusses das in Klammern gesetzte Wort „Landesausgleichsamt“ nicht aufzunehmen. Ansonsten wurde die Gesetzesvorlage vom Ausschuß einstimmig angenommen. Ich bitte das Hohe Haus um Zustimmung.

**Präsident Dr. Ehard:** Über die Verhandlungen des Ausschusses für Verfassungsfragen und Rechtsfragen (Beilage 910) berichtet der Herr Abgeordnete Loos. Ich erteile ihm das Wort.

**Loos (SPD),** Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsfragen hat in seiner heutigen Sitzung über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes auf Beilage 794 Beratung gepflogen. Er empfiehlt durch einstimmig gefaßten Beschluß Zustimmung zum Beschluß des Ausschusses für den Staatshaushalt und Finanzfragen. Rechtliche Bedenken werden nicht erhoben. Ich bitte Sie, diesem Beschluß beizutreten.

**Präsident Dr. Ehard:** Ich eröffne die allgemeine Aussprache. — Wortmeldungen habe ich nicht.

Ich eröffne die Einzelaussprache, zunächst über den § 1. — Auch dazu habe ich keine Wortmeldung.

Wir kommen zur Abstimmung über den § 1. Ich bitte Sie, nun gütigst die Beilage 794 zur Hand zu nehmen. § 1 Nr. 1 ist nach den übereinstimmenden Vorschlägen der Ausschüsse unverändert geblieben in der Fassung, die die Regierungsvorlage enthält. Ich darf annehmen, daß Einverständnis besteht; wer gegen diese Nr. 1 stimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Stimmenthaltungen? — Es ist einstimmig so beschlossen.

Dann § 1 Nr. 2. Von allen Ausschüssen wird vorgeschlagen, daß nach den Worten „Oberste Landesbehörde ist“ gestrichen werden soll: „für den Vollzug des Abschnittes I KgfEG“. Die gestrichenen Worte sind in dem Zusammenhang überflüssig, die Streichung bedeutet also keine sachliche Änderung. Wer dagegen ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Stimmenthaltungen? — Es ist einstimmig so beschlossen.

Dann rufe ich auf Nr. 3. Nach dem Vorschlag der drei Ausschüsse ist die Regierungsvorlage un-

**(Präsident Dr. Ehard)**

verändert. Wer ist dagegen? — Stimmenthaltungen? — Es ist einstimmig so beschlossen.

Dann kommen wir zu Nr. 4. Da ist noch eine Differenz. In der Nr. 4 heißt es:

Die Durchführungsvorschriften zu diesem Gesetz erlassen das Staatsministerium des Innern und das Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge...

Der Sozialpolitische Ausschuß beantragt, an dieser Stelle in Klammern einzufügen: „(Landesausgleichsamt)“. Die beiden anderen Ausschüsse beantragen, diesen Zusatz wieder zu streichen. Ich halte das für richtig.

(Abg. Eberhard: Das ist eine Organisationsfrage!)

Es ist unmöglich, diesen Zusatz zu belassen.

(Sehr richtig!)

Es kann nur ein Ministerium sein, das Landesausgleichsamt ist nur ein Teil davon.

(Sehr richtig! — Abg. Dr. Eberhardt: Das steht auch in der Verfassung!)

Ich würde also, wenn Sie einverstanden sind, den Text der Abstimmung zugrunde legen, den der Haushaltsausschuß und der Rechts- und Verfassungsausschuß in Übereinstimmung mit der Regierungsvorlage vorschlagen; die Neufassung des Artikels 5, die Nr. 4 des § 1 soll also unverändert gelassen und der Zusatz des Sozialpolitischen Ausschusses soll wieder gestrichen werden. Wer dagegen ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Stimmenthaltungen? — Es ist einstimmig so beschlossen.

Dann rufe ich auf § 2. Ich eröffne die Einzelaussprache. — Ich habe dazu keine Wortmeldungen. Ich schließe die Einzelaussprache.

Zum § 2 ist von allen Ausschüssen übereinstimmend eine einzige Änderung vorgeschlagen. Es heißt im Entwurf: „Das bayer. Staatsministerium des Innern“. Das „bayer.“ soll gestrichen werden. Es wäre in einem bayerischen Gesetz überflüssig. Ich glaube, das ist ohne weiteres zu übernehmen. Der Text ist also so zu ändern, daß es nur heißt:

Das Staatsministerium des Innern wird...

Wer dagegen ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Stimmenthaltungen? — Es ist einstimmig so beschlossen.

§ 3 soll heißen:

Dieses Gesetz ist dringlich. Es tritt am 1. September 1955 in Kraft.

Die drei Ausschüsse schlagen übereinstimmend vor, die Fassung so zu belassen. Wer dagegen ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Stimmenthaltungen? — Es ist einstimmig so beschlossen.

Das Gesetz hat die Überschrift:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes (AGKgfEG).

Gegen diese Überschrift wird keine Erinnerung zu erheben sein. —

Ich darf die Zustimmung des Hohen Hauses annehmen, daß wir an die zweite Lesung gleich die dritte Lesung anschließen, da in der zweiten Lesung keine Änderungen vorgenommen worden sind. —

Ich eröffne die Aussprache zur dritten Lesung. — Wortmeldungen habe ich nicht. Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe die Vorschriften auf, wie sie in der zweiten Lesung beschlossen worden sind.

§ 1 — ohne Erinnerung.

§ 2 — ohne Erinnerung.

§ 3 — keine Erinnerung.

Überschrift des Gesetzes:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes (AGKgfEG).

Ich würde Ihnen vorschlagen, daß wir gleich die **Schl u ß a b s t i m m u n g** anschließen und sie in einfacher Form vornehmen. — Eine Erinnerung dagegen besteht nicht.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hohen Hauses, die dem Gesetz in seiner nunmehr beschlossenen Fassung zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Es ist einstimmig so beschlossen.

Damit ist diese Gesetzesänderung beschlossen.

Dann rufe ich auf Nr. 3 der Nachtragstagesordnung:

**Antrag des Abgeordneten Dr. Eberhardt und Fraktion betreffend Einleitung von Hilfsmaßnahmen für die zu erwartenden Rußlandheimkehrer (Beilage 784).**

Über die Verhandlungen des Ausschusses für sozialpolitische Angelegenheiten (Beilage 826) berichtet der Herr Abgeordnete Strenkert; ich erteile ihm das Wort.

**Strenkert** (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, Hohes Haus! Der Sozialpolitische Ausschuß befaßte sich in seiner 17. Sitzung am 29. September mit dem Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Eberhardt und Fraktion (FDP) über die Einleitung von Hilfsmaßnahmen für die zu erwartenden Rußlandheimkehrer. Mitberichterstatter war der Herr Kollege Wolf, Berichterstatter war ich selbst.

Nach einer längeren und eingehenden Aussprache wurde der Antrag einstimmig angenommen. Ich bitte das Hohe Haus, diesem Beschluß des Ausschusses beizutreten.

**Präsident Dr. Ehard:** Über die Verhandlungen des Ausschusses für den Staatshaushalt und Finanzfragen (Beilage 911) berichtet der Herr Abgeordnete Gabert; ich erteile ihm das Wort.

**Gabert** (SPD), Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der Ausschuß für den Staatshaushalt

(Gabert [SPD])

hat sich am 21. Oktober mit dem gleichen Antrag beschäftigt. Berichterstatter war ich, Mitberichterstatter der Herr Kollege Ortloph.

Beide Berichterstatter und auch die Vertreter der Staatsregierung haben festgestellt, daß die Maßnahmen im großen und ganzen von der Staatsregierung bereits durchgeführt werden und der Antrag nur eine bestimmte Erhärtung durch das Parlament bedeute. Nach längerer Debatte wurde dem Antrag des Sozialpolitischen Ausschusses mit einigen Änderungen zugestimmt. Da es sich um einen Antrag älteren Datums handelt, mußte er in einigen Worten verändert werden, und zwar wurde das Wort „bevorstehend“ gestrichen, da die Entlassungen in der Zwischenzeit bereits in Gang gekommen sind. Außerdem wurden die Worte „ohne verwaltungsmäßige Erschwerungen“ durch das Wort „reibungslos“ ersetzt, weil wir aus den Erklärungen der Staatsregierung sehen konnten, daß nicht von vornherein angenommen werden kann, daß verwaltungsmäßige Schwierigkeiten gemacht werden.

Beide Berichterstatter haben dann Zustimmung beantragt. Der Berichterstatter hat noch ganz besonders an die Staatsregierung appelliert, die begrüßenswerten, weitgehenden Maßnahmen auch auf jene Kreise von Heimkehrern auszudehnen, die nicht erst jetzt zurückgekommen sind. Jeder, der einige Jahre in der Gefangenschaft gelitten habe, habe ein Anrecht auf die Hilfe der Allgemeinheit bei der Wiedereingliederung in das allgemeine Leben. In diesem Sinne wurde der Antrag des Ausschusses für sozialpolitische Angelegenheiten einstimmig auch vom Haushaltsausschuß gebilligt.

Ich bitte das Hohe Haus, das gleiche zu tun.

**Präsident Dr. Ehard:** Ich glaube, Ihr Einverständnis zu haben, wenn ich die Fassung zugrunde lege, die der Ausschuß für den Staatshaushalt und Finanzfragen dem Antrag gegeben hat. Es ist nur das Wort „bevorstehenden“ gestrichen worden, weil die Entlassung schon im Gange war, und außerdem soll es statt „ohne verwaltungsmäßige Erschwerungen“ heißen „reibungslos“.

Das Wort dazu wird nicht gewünscht. Darf ich fragen, wer gegen diesen Antrag stimmen will? — Stimmenthaltungen? — Ich darf feststellen, daß einstimmig so beschlossen ist.

Ich rufe auf Punkt 4 der Nachtragstagesordnung:

**Antrag des Abgeordneten Dr. Becher betreffend Gewährung von Kriegsgefangenenentschädigung für Zivilinternierte in den Oststaaten (Beilage 877).**

Über die Verhandlungen des Ausschusses für sozialpolitische Angelegenheiten (Beilage 893) berichtet der Herr Abgeordnete Seifert; ich erteile ihm das Wort.

**Seifert (SPD), Berichterstatter:** Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Der Ausschuß für sozialpolitische Angelegenheiten be-

faßte sich in seiner 18. Sitzung am 13. Oktober 1955 mit dem Antrag des Kollegen Dr. Becher betreffend Gewährung von Kriegsgefangenenentschädigung für Zivilinternierte in den Oststaaten. Berichterstatter Abgeordneter Seifert, Mitberichterstatterin war die Frau Abgeordnete Nägelsbach. Den Antrag finden Sie auf Beilage 877.

Der Antrag hat zum Ziel, die Zivilinternierten den entlassenen ehemaligen Kriegsgefangenen gleichzustellen, das heißt, sie sollen nicht nur den Heimkehrerstatus zuerkannt bekommen, sondern sie sollen auch die gleichen Leistungen und Vergünstigungen erhalten, die das Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz vom 30. Januar 1954 für ehemalige Kriegsgefangene vorsieht. Das Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz auf Zivilinternierte anzuwenden ist schwierig, da der § 2 Absatz 2 des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes bestimmt, daß als Kriegsgefangene nur jene Personen anerkannt werden können, die in ursächlichem Zusammenhang mit den Kriegsereignissen von einer ausländischen Macht festgehalten wurden oder festgehalten werden — also Angehörige der ehemaligen Wehrmacht oder ähnlicher Verbände —, sowie Personen, die in ursächlichem Zusammenhang mit den Kriegsereignissen in ein ausländisches Staatsgebiet verschleppt wurden. Diese Bestimmung ist insoweit problematisch, als sehr schwer festgestellt werden kann, wo der „ursächliche Zusammenhang“ beginnt und wo er aufhört, besonders unter Berücksichtigung der allgemeinen Unsicherheit und Rechtsunsicherheit in den ersten Nachkriegsjahren. Seit kurzem kann der vom Bund bewilligte 10-Millionen-Fonds und das Häftlingshilfegesetz in vereinzelt Fällen für Zivilinternierte angewendet werden, wenn einwandfrei zu erkennen ist, daß politische Gründe der Verhaftung zugrunde lagen und sich der Betreffende nicht gegen die freiheitlich demokratische Auffassung und die Rechtsstaatlichkeit vergangen hat.

Die Zivilinternierten haben das gleiche Schicksal wie die ehemaligen Wehrmachtangehörigen erlebt. Sie haben die gleichen gesundheitlichen Schäden erlitten und sie wurden nicht anders behandelt als die Kriegsgefangenen. Es ist daher ein Gebot des Rechts und der Menschlichkeit, daß den Zivilinternierten die Hilfe des Staates in genau dem gleichen Umfang zuteil wird wie den ehemaligen Kriegsgefangenen.

An der Diskussion beteiligten sich die Kolleginnen Nägelsbach und Laufer, die Kollegen Dr. Becher als Antragsteller, Stöhr, Dr. Soenning und für die Ministerien die Herren Regierungsdirektor Eichler, Ministerialrat Dr. Ahnelt und Oberregierungsrätin Ultsch.

Der Antragsteller Dr. B e c h e r begründete nochmals seinen Antrag sehr eingehend

(Zuruf: Einstimmiger Ausschlußbeschuß!)

und wies besonders auf die Anteilnahme der Öffentlichkeit und das Schicksal der Rußlandheimkehrer hin. Auch hier seien bereits Schwierigkeiten durch die Differenzierung in Kriegsgefangene und Zivilinternierte aufgetreten.

(Seifert [SPD])

Nach längerer Aussprache einigte sich der Ausschuß auf folgende abgeänderte Fassung:

Die Staatsregierung wird ersucht, über den Bund und durch unverzügliche Maßnahmen in ihrem eigenen Verwaltungsbereich dafür Sorge zu tragen, daß auch jene Spätheimkehrer in den Genuß der Kriegsgefangenenentschädigungshilfe und ähnlicher Vergünstigungen kommen, die als Zivilinternierte festgehalten worden waren und deren Existenzgründung weder durch das Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz vom 30. Januar 1954 noch durch dessen drei Durchführungsverordnungen sichergestellt wird.

Es handelt sich um einen einstimmigen Beschluß. Ich bitte das Hohe Haus, diesem Beschluß beizutreten.

**Präsident Dr. Ehard:** Über die Verhandlungen des Ausschusses für den Staatshaushalt und Finanzfragen (Beilage 912) berichtet der Herr Abgeordnete Riediger. Auch hier handelt es sich um einen einstimmigen Beschluß, bei dem nur ein einziger Zusatz gemacht wurde.

**Riediger (GB/BHE),** Berichterstatter: Herr Präsident, Hohes Haus! Der Ausschuß für den Staatshaushalt und Finanzfragen hat sich mit dem Antrag des Herrn Kollegen Dr. Becher auf Beilage 877 in seiner 68. Sitzung am Freitag, dem 21. Oktober, beschäftigt. Berichterstatter Riediger, Mitberichterstatter Herr Kollege Hugo Fink.

Da es sich um einen einstimmigen Beschluß handelt, werde ich entsprechend der Gepflogenheit nur kurz berichten. Der vom Ausschuß gefaßte Beschluß findet sich auf Beilage 912 und unterscheidet sich von dem des Sozialpolitischen Ausschusses dadurch, daß zusätzlich das Häftlingshilfegesetz vom 6. August 1955 einbezogen wird.

Ich bitte aber, aus redaktionellen Gründen die Formulierung des Beschlusses des Haushaltsausschusses insofern abzuändern, als es dann heißen soll:

... weder durch das Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz vom 30. Januar 1954 und dessen drei Durchführungsverordnungen noch durch das Häftlingshilfegesetz vom 6. August 1955 sichergestellt wird.

Ich bitte Sie, diesem einstimmigen Beschluß des Haushaltsausschusses beizutreten.

**Präsident Dr. Ehard:** Wortmeldungen habe ich nicht. Ich glaube, Ihr Einverständnis zu haben, wenn ich Ihnen vorschlage, der Beschlußfassung den Vorschlag des Ausschusses für den Staatshaushalt und Finanzfragen zugrunde zu legen. Gegenüber dem Beschluß des Ausschusses für sozialpolitische Angelegenheiten wird in dieser Fassung noch das Häftlingsentschädigungsgesetz erwähnt. Die Anregung, die der Herr Berichterstatter Riediger eben gebracht hat, ist richtig und notwendig. Es ist sprachlich besser, zu sagen:

... die als Zivilinternierte festgehalten worden waren und deren Existenzgründung weder durch das Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz vom 30. Januar 1954 und dessen drei Durchführungsverordnungen noch durch das Häftlingshilfegesetz vom 6. August 1955 sichergestellt wird.

Sie finden den Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt und Finanzfragen auf Beilage 912. Das Wort dazu wird nicht gewünscht.

Wer stimmt dagegen? — Stimmenthaltungen? — Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf Punkt 5 der Nachtragstagesordnung:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Riediger, Luft und Fraktion, Bantele und Fraktion, Berger und Genossen, Demeter und Genossen und Muth betreffend Aussetzung der Verhandlung über Mietpreiserhöhungen für ehemalige Kasernenkomplexe (Beilage 913).**

Den Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr (Beilage 913) erstattet Herr Abgeordneter Nerlinger; ich erteile ihm das Wort.

**Nerlinger (BP),** Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr befaßte sich in seiner 17. Sitzung mit dem Antrag des Kollegen Luft auf Beilage 60. Da das Finanzministerium die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen hat, haben die Kollegen aus allen Fraktionen im Wirtschaftsausschuß folgenden Dringlichkeitsantrag gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, in der Frage der wirtschaftlichen Verwertung der ehemaligen Kasernenkomplexe und ehemaligen Wehrmachtsliegenschaften in Bayern Verhandlungen über Mietpreiserhöhungen ruhen zu lassen, um zu verhindern, daß in der Zeit der Behandlung des Antrages nach Beilage 60 vom 20. Januar 1955 Mietvereinbarungen getroffen werden, die geeignet sind, die wirtschaftliche Lage der Mieter zu beeinträchtigen.

Der Beschluß des Ausschusses wurde einstimmig gefaßt. Ich bitte Sie, dem Beschluß beizutreten.

**Präsident Dr. Ehard:** Eine Wortmeldung habe ich nicht. Sie haben den Wortlaut des Antrags auf Beilage 913 rotarisiert vor sich liegen. Wer dagegen ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Stimmenthaltungen? — Es ist einstimmig so beschlossen.

Damit sind wir mit der Nachtragstagesordnung zu Ende. Ich schlage Ihnen vor, die Aussprache über die Interpellation nicht jetzt fortzusetzen, sondern sie auf die November-Sitzung zu vertagen, damit Sie dort den ganzen Ablauf zu Ende bringen können.

Zu einer Erklärung gemäß § 113 der Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Lippert das Wort erbeten. Ich erteile ihm das Wort.

**Dr. Lippert** (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da zwei Erklärungen von Kabinettsmitgliedern in der Fragestunde einer Berichtigung bedürfen, erlaube ich mir, von der Möglichkeit einer persönlichen Erklärung nach § 113 der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen.

1. Es entspricht zunächst nicht den Tatsachen, daß ich „zur Presse gelaufen“ sei, um einen Artikel zu verfassen oder zu veranlassen. Vielmehr habe ich die Zeit vor der etwas verspätet beginnenden Sitzung des Ausschusses für Verwaltungsvereinfachung um 14 Uhr dazu benützt, um Einzelheiten vom Ablauf des Vormittags zu erzählen. Dazu wurde ich um so mehr angeregt, als dieser Ausschuß genau eine Woche vorher in seiner Sitzung vom 10. Oktober einen Beschluß einstimmig angenommen hat, der unter anderem eine Einschränkung der Teilnahme an Konferenzen durch Ministerialbeamte vorsieht.

(Zuruf von der BP: Vor der Sitzung!)

— Vor der Sitzung habe ich das erzählt. Herr Kollege Utz war Zeuge.

In diesem Zusammenhang darf ich aber darauf hinweisen, daß es trotz der Beanstandung durch ein Mitglied der Staatsregierung auch der Opposition gestattet sein muß, mit der Presse Kontakt zu halten.

2. Ferner wehre ich mich gegen die Unterstellung, sämtliche Sekretärinnen und deren Arbeitsweise einer abfälligen Kritik unterzogen zu haben. Das Wort „Sekretärinnen“ wurde von mir überhaupt nie angewendet und ich habe nur von den Vorzimmerdamen gesprochen, denen ich selbst begegnet bin; von Bediensteten anderer Ministerien

war nach den guten Erfahrungen in diesen Häusern überhaupt nicht die Rede.

3. Mit Recht denkt niemand daran, z. B. die Münchner Polizei deshalb, weil einige Polizisten straffällig geworden sind, in ihrer Gesamtheit zu beschuldigen. Dagegen wird die sachliche, ohne Kritik oder Polemik getroffene Feststellung, einige leitende Herren von zwei Ministerien nicht angegriffen zu haben, als Schädigung der gesamten Staatsbediensteten durch die Opposition hingestellt. Frage: Repräsentieren diese sieben Herren die Staatsbediensteten schlechthin? Ich möchte das verneinen und maße mir nicht an, die Opposition zu vertreten, aber als einzelner Abgeordneter bin ich gerne bereit, als Blitzableiter die guten Wünsche einiger Herren des höheren Dienstes aufzufangen.

Dagegen sollten wir auf bevorzugte Behandlung nur deshalb, weil wir Abgeordnete sind, verzichten und uns darüber freuen, wenn nunmehr alle Staatsbürger gleichmäßig abgefertigt werden.

**Präsident Dr. Ehard:** Ich schlage vor, die Sitzung heute zu beendigen. Ich darf folgendes sagen. Die Rednerliste bleibt in der Reihenfolge, wie sie hier abgegeben worden ist, für die Fortsetzung der Aussprache bestehen. Besteht Einverständnis? — Das ist der Fall.

Die **nächste Vollsitzung** ist vorgesehen in der Woche zwischen dem 21. und 26. November. Einzelheiten werden Ihnen noch mitgeteilt.

Die Sitzung ist damit geschlossen. Morgen ist keine Sitzung.

(Schluß der Sitzung 17 Uhr 43 Minuten)

